

POLITISCHE STUDIEN 435

Zweimonatszeitschrift für Politik und Zeitgeschehen

 Hanns
Seidel
Stiftung

62. Jahrgang | Januar-Februar 2011 | ISSN 0032-3462 | € 4,50

/// IM FOKUS

DIE NEUE NATO-STRATEGIE AUF DEM PRÜFSTAND

Mit Beiträgen von

Karl-Heinz Kamp | F. Stephen Larrabee | Michael Rühle



/// SERAP CILELI Politische Studien-Zeitgespräch: Ist Multi-Kulti gescheitert?

/// FALK HARTIG China pflegt sein Image mit Konfuzius

/// JOCHEN KLEINSCHMIDT Drogenkrieg in Mexiko – Staatszerfall oder Modernisierungskrise?

www.hss.de



„Die **POLITISCHEN STUDIEN** werden moderner und damit für unsere Leser noch attraktiver.“

FRISCHER WIND

Mit der ersten Ausgabe dieses Jahres erhalten Sie die Politischen Studien in einem völlig neuen Design. Die Heftseiten präsentieren sich in einem frischen, modernen Layout. In Zukunft werden wir mit mehr Farbe und Bildern arbeiten, Ihnen mit eingeschobenen und hervorgehobenen Kernaussagen den Einstieg in einen Artikel und das Querlesen erleichtern.

An der inhaltlichen Struktur soll sich nicht viel ändern. Die bisherigen vertrauten Rubriken haben wir beibehalten, lediglich der Schwerpunkt wurde „Im Fokus“ umbenannt und eine neue Hauptrubrik „Analysen“ eingeführt. Eine telefonische Umfrage hat ergeben, dass sich unsere Leser in hohem Maße mit dem Inhalt der Politischen Studien identifizieren und somit die Qualität der Einzelbeiträge und deren Einbettung in unser Heftkonzept wertschätzen.

Seit dem Sommer letzten Jahres haben wir zusammen mit einem Münchner Grafik-Büro den neuen Stil der Politischen Studien entworfen und konkret gestaltet. Damit wollen wir uns den Anforderungen an ein modernes Zeitschriften-Layout stellen und hoffen, dass Ihnen das neue Bild- und Grafikkonzept gefällt. Jetzt sind wir auf Ihr Feedback gespannt und würden uns freuen, wenn Sie uns Ihre Meinung zu dem neuen Layout mitteilen würden.

Viel Spaß beim Lesen wünscht Ihnen

Reinhard Meier-Walser
Chefredakteur der Politischen Studien



35

INHALT



24



44

IM FOKUS

- 13 KALTER KRIEG WAR GESTERN**
Einführung
REINHARD MEIER-WALSER / ALEXANDER WOLF
- 16 DIE NATO IM ZEITALTER DER GLOBALISIERUNG**
Der Zukunft gewachsen sein
MICHAEL RÜHLE
- 24 AFGHANISTAN UND DIE LANGZEITFOLGEN FÜR DAS ATLANTISCHE BÜNDNIS**
Der Rückzug der NATO aus Afghanistan – wie geht es weiter?
KARL-HEINZ KAMP
- 35 DIE USA, DIE ESPV UND DAS VERHÄLTNISS VON NATO UND EU**
Die USA und die internationale Sicherheit
F. STEPHEN LARRABEE



54

POLITISCHE-STUDIEN ZEITGESPRÄCH

- 06 IST MULTI-KULTI GESCHEITERT?**
Politische Studien-Zeitgespräch mit der
Menschenrechtlerin
SERAP CILELI

ANALYSEN

- 44 CHINA PFLEGT SEIN IMAGE MIT
KONFUZIUS**
Chinas Öffnung hin zum Westen
FALK HARTIG
- 54 DROGENKRIEG IN MEXIKO –
STAATZERFALL ODER MODERNI-
SIERUNGSKRISE?**
Mexiko in der Bewährungsprobe
JOCHEN KLEINSCHMIDT

REZENSIONSESSAY

- 65 NEUKONZEPTION DER JAHR-
BÜCHER DES FORSCHUNGS-
INSTITUTS DER DGAP**
Polydimensionale Problemanalyse,
anwendungsorientierte Synopsis
REINHARD MEIER-WALSER

AKTUELLES BUCH

- 71 NEUES STANDARDWERK ÜBER
DIE CSU**
Beitrag zur Parteienforschung
GERHARD HIRSCHER

RUBRIKEN

- 03 EDITORIAL**
74 REZENSIONEN
90 ANKÜNDIGUNGEN
91 MEINUNGSFORUM
92 IMPRESSUM

/// Politische Studien-Zeitgespräch

IST MULTI-KULTI GESCHEITERT?

SERAP CILELI /// Deutschland im Herbst 2010 wurde beherrscht von der Integrationsdebatte, ausgelöst nicht zuletzt durch das umstrittene Werk von Thilo Sarrazin. Was läuft da schief? Politische Studien befragte dazu die Menschenrechtlerin Serap Cileli.

Serap Cileli, geboren 1966 in Mersin in der Türkei, kam 1974 als Kind türkischer Gastarbeiter nach Deutschland. Sie musste am eigenen Leib erfahren, welchen Einfluss Tradition und Religion auf in Deutschland lebende Muslime haben. Mit 12 Jahren wurde sie von ihren Eltern zum ersten Mal zwangsverlobt und mit 15 von Deutschland aus in die Türkei verheiratet. Seit ihrer geglückten Flucht vor fast 20 Jahren setzt sie sich für muslimische Mädchen und Frauen ein, denen ein ähnliches Schicksal widerfährt und kämpft darüber hinaus um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und für die Rechte muslimischer Frauen.

Politische Studien: Sie schreiben in Ihrem aktuellen Buch „Eure Ehre unser Leid“, 1997 wollte kein Verlag Ihr erstes Buch drucken, weil das Thema zu heikel erschien und man Angst hatte, Ausländerfeindlichkeit zu schüren. Was hat sich seitdem verändert?

Serap Cileli: Ab 1995, als ich anfang, meine Manuskripte Verlagen anzubieten, bekam ich nur Absagen. Erst 1998, im Zusammenhang mit einem Dokumentarfilm

des ZDF, traute sich ein Kleinverlag, es zu veröffentlichen. Bis 2003 arbeitete ich noch im Verborgenen und wurde von der Presse nicht wahrgenommen. Erst als ich mit der „Bild am Sonntag“ ein Interview gemacht habe, kam der Durchbruch. Im Anschluss daran bekam ich eine Einladung von Herrn Biolek. Das war mein erster Fernsehauftritt. Danach wurden auch die Journalisten auf mich aufmerksam. 2005 bin ich dann Dank der Hanns-Seidel-Stiftung bekannt geworden.

Politische Studien: Das ist ja schön.

Serap Cileli: Ja, Anfang 2005, war ich als Fachfrau zu einer Veranstaltung der Hanns-Seidel-Stiftung mit dem Thema „Frauen in der Türkei – Zwischen rechtlicher Gleichstellung und patriarchalischer Tradition“ eingeladen. Darauf folgte eine monatelange Hetzkampagne, was mir natürlich auch über die Medien öffentliche Aufmerksamkeit verschaffte. 2005 wurde dann Hatun Sürücü ermordet und das Thema Ehrenmorde damit sehr aktuell. Daraufhin kam der Blanvalet-Verlag auf mich zu und hat mein erstes Buch als Taschenbuch veröffentlicht



Das Thema ist in der Realität endlich angekommen und eine - auch öffentlich stattfindende Auseinandersetzung - mittlerweile unvermeidbar.

Dr. Isabell Kürschner (l.)
und Serap Cileli im
Gespräch



und anschließend das zweite „Eure Ehre unser Leid“.

Politische Studien: Warum hat man sich nun plötzlich getraut, das Thema aufzugreifen? Warum wollte man nun doch hören, was Sie zu sagen haben?

Serap Cileli: Dieser grauenhafte Mord an Hatun Sürücü und noch weitere. Erst seit 2005 wurde das Thema Ehrenmorde in Deutschland wirklich als real existierendes Problem erkannt und man begann, verstärkt darüber zu berichten. Auch das Bundesfamilienministerium beschäftigte sich mit der Problematik und erfreulicherweise trauten sich dann auch einige betroffene Frauen aus dem muslimischen Kulturkreis, nicht zuletzt auch dank meiner Aktivitäten, über erfahrene Gewalt zu berichten.

Politische Studien: Mittlerweile ist ja die Debatte insgesamt offener geworden, nicht zuletzt auch durch Personen wie Herr Buschkowsky oder Herr Sarrazin, die ganz bestimmte Dinge angesprochen haben. Wie sehen Sie die Veränderung, die jetzt stattfindet?

Serap Cileli: Aus meiner Erfahrung kann ich sagen, von 2005 bis 2008 war ein sehr großes Interesse an diesem Thema zu verzeichnen. Seit 2008 nahm aber die multikulturelle Einstellung wieder überhand, auch wenn das Buch von Thilo Sarrazin erneut einen Anstoß gab, erneut über die Missstände zu berichten. Die Mehrheit in Deutschland neigt weiterhin zur Verharmlosung der Problematik. Es ist ja nichts Neues, was Herr Sarazzin und all die anderen Kritiker seit Jahren sagen. Daher haben mich die aggressiven Reaktionen doch sehr überrascht. Sarrazin hatte den Mut auszusprechen, wie es wirklich ist und hat seine Thesen auch mit statistischem Material untermauert. Ihn einfach mundtot zu machen, widerspricht der in Deutschland hochgelobten Meinungsfreiheit. Roman Reusch, der Oberstaatsanwalt in Berlin, erfuhr Ähnliches wie Sarazzin. Und auch die Richterin Kerstin Heisig.

Politische Studien: Die sogar Angst hatte, nicht mehr als Richterin arbeiten zu können.

Serap Cileli: ... weil sie sich offen über die Zustände bei kriminellen muslimisch-arabischen Jugendlichen in Deutschland äußerte. Aber kann ich dann meinen Enkelkindern glaubhaft vermitteln, dass sie in einem freien, demokratischen Staat leben? Wohl eher nicht ...

Politische Studien: Jetzt hat ja neulich im Kanzleramt wieder ein Integrationsgipfel stattgefunden, von dem aber auch schon einige, die am Anfang mal dabei waren, verbannt wurden. Was halten Sie davon?

Serap Cileli: Das Konzept ist allemal einen Versuch wert. Denn es hieß ja immer von der muslimischen Seite und deren selbsternannten Vertretern, es werde immer nur über uns geredet, aber nicht mit uns. Das sollte mit der Islamkonferenz und dem Integrationsgipfel geändert werden. Sobald ich die Konstellation der Teilnehmer, hauptsächlich der Islamkonferenz, erfuhr, war mir aber klar, dass das reine Showveranstaltungen sind. In dieser Konstellation ist das kein ernst gemeinter Dialog. Diese vier Dachverbände, die als Dialogpartner statt der säkularen Muslime ausgewählt wurden, sind die radikalsten. Sie werden vom Verfassungsschutz beobachtet und als islamistische Organisationen eingestuft. Deswegen hat der jetzige Innenminister auch den Islamrat auf Grund seiner Bindung an Milli Görüş von der Islamkonferenz ausgeschlossen, was natürlich großen Unmut hervorrief. Da frage ich mich natürlich, was möchte der deutsche

Staat? Meint er das wirklich ernst, diesen Dialog mit dem Islam? Für mich ist das nur Show und sollte beendet werden. Die Partner, die das Innenministerium gewählt hat, waren die falschen und die gleichen sitzen heute in diesem Integrationsgipfel. Die Frauen, die sich kritisch mit dem Thema Integration und Menschenrechte auseinandersetzen, wurden ausgeschlossen. Und jetzt sitzen in diesem Integrationsgipfel genau die Personen, die schon seit 50 Jahren die Integration von Muslimen hier immer gebremst haben und die Aufklärung über den Islam verhindert haben. Ich kann diesen Dialog nicht ernst nehmen.

Politische Studien: Die Kanzlerin hat ja vor kurzem gesagt, Multikulti sei in Deutschland gescheitert. Hätten Sie das erwartet?

Serap Cileli: Nein, überhaupt nicht. Aber das war wirklich sehr mutig, v. a. nachdem Bundespräsident Wulff zuvor gesagt hatte, der Islam sei ein Teil Deutschlands. Dem widerspreche ich energisch. Einzelne Muslime sind Bürger dieses Landes, aber wir haben hier in Deutschland und Europa eine jüdisch-christliche Kultur. Und der Islam ist kein Teil Deutschlands. Diese Menschen leben



Einzelne Muslime sind Bürger dieses Landes, aber wir haben hier in Deutschland und Europa eine jüdisch-christliche Kultur.



Sanktionen können auch integrativ wirken.

zwar hier und sind unsere Mitbürger, sie gestalten auch durchaus die Zukunft dieses Landes mit, aber zu behaupten, dass der Islam ein Teil dieses Landes sei, ist fatal. Das zeigt aus meiner Sicht Unwissenheit über diese Religion. So eine Aussage vom höchsten Staatsoberhaupt birgt sehr große Gefahren, denn mit dieser Äußerung stärkt er die fundamentalistisch-extremistischen islamischen Kräfte in diesem Land. Danach kam zwar die Äußerung der Kanzlerin, aber sie hat Wulff doch auch in Schutz genommen.

Politische Studien: Was sollte denn in Zukunft gemacht werden?

Serap Cileli: Ich mache seit mehr als 15 Jahren diese Arbeit und war sehr oft unterwegs. Ich habe sehr viele Menschen, quer durch alle Schichten, kennengelernt. Es wurde viel geredet und viel gesprochen, auf Podien, in Talk-Shows, auch hinter den Kulissen, aber passiert ist nichts. Ich kann es nicht mehr hören. Ich kann es nicht mehr sehen und hören. Es wird sich so schnell nichts verändern. Es ist ein Boot, das sehr, sehr langsam rudert und für meinen Geschmack einfach zu langsam. Bis die deutsche Politik endlich so reagiert, wie ich es mir wünsche, muss noch einiges passieren.

Politische Studien: Was wünschen Sie sich konkret?

Serap Cileli: Wir brauchen v. a. Entschlossenheit und ein Durchgreifen in der Politik. Als konkrete Maßnahmen schlage ich Kindergartenpflicht, Elternarbeit, Prävention in der Schule, aber auch Sanktionen vor, wie sie auch schon Günther Beckstein und Heinz Buschkowsky forderten. Kindergeld streichen, Sozialhilfe

streichen, Hartz IV streichen ... Man muss diese Menschen einfach mittels Sanktionen integrieren, anders geht das nicht. Wir haben 50 Jahre gewartet und gedacht, die dritte und vierte Generation werden automatisch Deutsche, Berliner, Münchner etc. Und die Multi-Kulti-Verfechter von den Linken, von der SPD und den Grünen beklagten immer die fehlenden Integrationsangebote.

Politische Studien: Es heißt, es würden zwischen 9.000 und 20.000 auf Integrationskurse warten.

Serap Cileli: Das sind nur hochgeputzte Zahlen, das glaube ich nicht. Viele gehen auch gar nicht hin, die tricksen da. Und, in diesen sechs Monate dauernden Integrationskursen, was wird da gelehrt? Da fehlt einfach die Kontrolle. Deswegen sage ich immer wieder, da fehlt die harte Hand der Politik. Man muss da härter und aktiver rangehen. Es ist ein Fehler, die muslimische Lebensweise nur aus dem westlichen Blickwinkel zu sehen. Diese Menschen kommen aus einem Kulturkreis, in dem es Demokratie theoretisch gibt, die aber praktisch nicht existiert. Die Menschen kennen Demokratie und Freiheit nach westlicher Art nicht. Lehrkräfte in der Türkei beispielsweise sind Autoritätspersonen und dürfen die Kinder schlagen. Wenn man in der Türkei ein Kind einschult, übergibt der Vater das Kind dem Lehrer mit den Worten „sein Fleisch gehört dir und die Knochen gehören mir“. Die Lehrer werden als halbe Eltern betrachtet, weil sie ja die Kinder



Die Wahrheit ist oft unbequem und man will sie nicht hören.

erziehen, sind Autoritätsperson und dürfen das Kind auch schlagen. Die Eltern werden sich niemals beschweren.

Deutsche Lehrkräfte mit ihrer pädagogischen Art hingegen werden viel weniger respektiert, sowohl von den muslimischen Schülern als auch deren Eltern. Damit kommt man nicht weiter. Da muss man schon harte Linien und Grenzen ziehen und mit Strafen arbeiten, in den Schulen, aber auch in den anderen Lebensbereichen. Wenn z. B. ein Ehrenmordtäter sein Verbrechen mit seiner Religion und dem Ehrbegriff begründet und sich damit gar noch brüstet, sollte er wirklich unmittelbar abgeschoben werden und nicht auch noch das deutsche Justizwesen belasten und dessen Vorteile gegenüber nicht-europäischen ausnutzen. Das ist meine Meinung, auch auf die Gefahr hin, dass mir dann Ausländerfeindlichkeit unterstellt wird.

Politische Studien: In Deutschland geht das ja ganz schnell. Wenn man nicht extrem vorsichtig ist, wird man ja sofort in diese Ecke gestellt. Wo beginnt für Sie Ausländerfeindlichkeit?

Serap Cileli: Ich habe von meinem achten bis fünfzehnten Lebensjahr und dann wieder ab 1990 in Deutschland gelebt und ich kann bis heute sagen, Deutschland ist wirklich eines der fremdenfreundlichsten Länder. Fremdenfeindlichkeit, Ausländerfeindlichkeit, das erlebt man z. B. in der Türkei. Da brauche ich gar nicht in den Iran, nach Saudi Arabien, Afghanistan oder Pakistan zu ge-

hen, wo auch Ausländer leben. Die Türken als größte Migrantengruppe beklagen eine steigende Ausländerfeindlichkeit in Deutschland, seitens der Politik, z. B. in Form eines verschärften Zuwanderungsgesetzes usw. oder auch durch eine zunehmend ausländerfeindliche Stimmung in der Öffentlichkeit. Da kann ich nur sagen, schaut einmal in die Türkei, dann wisst ihr, was Ausländerfeindlichkeit und Nationalismus wirklich bedeuten, welche Rechte Minderheiten dort wirklich haben.

Ich habe in Deutschland niemals Ausländerfeindlichkeit erfahren. Ich besitze die deutsche Staatsbürgerschaft und habe einen türkischen Migrationshintergrund und als man mir dann vorwarf, mit meinen Ansichten und Äußerungen Vorurteile und Fremdenfeindlichkeit zu schüren, konnte ich darüber nur den Kopf schütteln. Anfangs habe ich das auch persönlich genommen, dann aber erkannt, dass sich diese feindselige Haltung nur auf meine Aussagen bezieht. Die Wahrheit ist oft unbequem und man will sie nicht hören. Man versucht vielmehr, den Verkünder der Wahrheit mundtot zu machen. Man wollte mich einschüchtern, z. B. indem man mir – von deutscher Seite – unter-

stellte, von der NPD bezahlt zu werden. Aber da kann ich nur entgegenen, dass jeder, der unter dem Deckmantel der Menschenrechte und der Wahrung kulturellen Eigentums über Gewalt, Ehrenmorde, Zwangsverheiratung und dergleichen mehr hinweg schaut, genau diesen Verbrechen Vorschub leistet und somit zum Mittäter wird.

Politische Studien: Jetzt gibt es ja seit einiger Zeit neben der Ausländerfeindlichkeit auch die Deutschenfeindlichkeit, die Bundesministerin Kristina Schröder ins Gespräch gebracht hat. Haben Sie dazu eine Meinung?

Serap Cileli: Ja, Deutschenfeindlichkeit besteht definitiv. Man ist in Deutschland immer sehr darauf bedacht, Minderheiten zu schützen und ein fremdenfreundliches Image zu wahren. Dabei wird übersehen, dass durchaus auch Frustration, Hass und Feindschaft von Seiten der Minderheiten gegenüber der Mehrheitsgesellschaft existieren. Diese Deutschenfeindlichkeit beginnt oftmals schon im Elternhaus bei der Erziehung der Kinder und endet in Korankursen in der Moschee. Die Kinder werden gegenüber der Mehrheitsgesellschaft, gegenüber dem Christentum oder den Juden indoktriniert. Es gibt beispielsweise einige Studien über Antisemitismus, die sehr stark verbreitet sind unter arabischen

und türkischen Jugendlichen. Jüdische Mitschüler, aber auch farbige Mitbürger oder Deutsche werden von arabischen und türkischen Jugendlichen regelrecht schikaniert und es ist gut und wichtig, dass das nun endlich auch mal thematisiert wird, wie es Familienministerin Schröder unlängst getan hat.

Politische Studien: Eine letzte Frage: Sie haben im Bayernkurier geschrieben, dass Sie den vorausseilenden Gehorsam der Deutschen manchmal unerträglich finden. Was genau verstehen Sie darunter?

Serap Cileli: Genau das, was ich zuvor schon erwähnt habe, nämlich dieser unbedingte Wille seitens der Deutschen zur Toleranz, diese präventiv offene Haltung, jeder sei mit seiner Kultur, Religion, seinen Traditionen und Sitten willkommen. Alle bedingungslos so zu akzeptieren, wie sie sind. Dabei hat man eine große Anzahl von Menschen reingeholt und reingelassen, mit deren Religion, Kultur und Mentalität man sich nie richtig auseinandergesetzt hat. Da ist



... da kann ich nur entgegenen, dass jeder, der unter dem Deckmantel der Menschenrechte und der Wahrung kulturellen Eigentums über Gewalt, Ehrenmorde, Zwangsverheiratung und dergleichen mehr hinweg schaut, genau diesen Verbrechen Vorschub leistet und somit zum Mittäter wird.

eine Angst, ja regelrechte Feigheit der Deutschen spürbar, die jegliches entschlossenes Handeln gegenüber anderen Kulturen lähmt, sei es aus Furcht vor dem Vorwurf der Ausländerfeindlichkeit, Unwissenheit oder vielleicht auch aus wirtschaftlichem Interesse.

Gerne versteckt man sich auch hinter Zahlen, Statistiken und Untersuchungen und beim leisesten Hauch der Kritik rudert man zurück. Nehmen wir z. B. die Situation der muslimischen Frauen in Deutschland. Es gab zwar diesbezügliche Gesetzeserlasse, aber darüber hinaus ist nicht viel passiert. Bundesweit gibt es nur fünf Kriseneinrichtungen für Fälle von Zwangsverheiratung. Bundesweit gibt es keine Präventionsarbeit in der Schule, wo sie notwendigerweise stattfinden müsste, oder andere Projektarbeit. Frauen- und Rechtsorganisationen und auch mein Verein bieten zwar Workshops und Fortbildungen an, aber offiziell sind wir nicht beauftragt. Momentan ist es den Schulen selbst überlassen, beispielsweise mich für einen Workshop, Schülervortrag oder eine Fortbildung der Lehrkräfte zu der Thematik einzuladen. Es ist eine sehr halbherzig geführte Politik in Deutschland, was das Thema Integration und Mädchenrechte für muslimische Frauen angeht. Und so kommen wir nicht weiter.

Politische Studien: Sind andere europäische Länder da besser?

”

Die Deutschen haben Angst, anderen Nationen und Kulturkreisen gegenüber entschlossen aufzutreten und auch einmal einen Riegel vorzuschieben, aber bedingungslose Toleranz ist der falsche Weg.

Serap Cileli: Ja. In Großbritannien gibt es zum Beispiel von der Regierung aus organisierte und finanzierte Einrichtungen, die für Frauen und Mädchen, die auf Grund von Zwangsverheiratung in ihre Heimatländer verschleppt wurden, die Rückkehr organisiert und finanziert. England hat auch ganz andere Konzepte, um Frauen und Mädchen vor Zwangsverheiratung zu schützen. Das haben wir in Deutschland nicht. Österreich war uns mit der Regelung des Straftatbestands der Zwangsheirat auch voraus. Wir haben das erst jetzt. Deutschland hinkt ständig hinterher, leider.

Politische Studien: Frau Cileli, wir danken Ihnen für das Gespräch. ///

Die Fragen stellte Dr. Isabelle Kürschner, Referentin für Arbeit und Soziales, Familien-, Frauen- und Seniorenpolitik, Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München.



/// SERAP CILELI

Serap Cileli ist Frauenrechtlerin und Autorin der Bücher „Wir sind eure Töchter, nicht eure Ehre“ und „Eure Ehre – unser Leid.“

/// Einführung

KALTER KRIEG WAR GESTERN

REINHARD MEIER-WALSER / ALEXANDER WOLF /// Die NATO steht zu Beginn des 21. Jahrhunderts vor ganz neuen Herausforderungen. Dies erfordert nicht nur ein Umdenken, sondern verlangt auch die Entwicklung eines dementsprechend veränderten, zukunftsgerichteten Strategischen Konzepts, das auch sicherheitspolitische Aspekte wie z. B. fundamentalistischen Terrorismus oder Energiesicherung umgreift.

Auf ihrem Gipfeltreffen am 19. und 20. November 2010 verabschiedete die Nordatlantische Allianz (NATO) ein neues Strategisches Konzept, das ihren eigenen Angaben zufolge die Leitlinien für die weitere Entwicklung des Bündnisses markiert, damit die Allianz „continues to be effective in a changing world, against new threats, with new capabilities and new partners.“¹ Die neue Strategie ersetzt das letzte Strategische Konzept der NATO, das aus dem Jahre 1999 stammte und somit jüngere Veränderungen der internationalen Sicherheitslage, wie sie etwa mit den Terroratтакten gegen New York und Washington am 11. September 2001 sowie späteren terroristischen Angriffen auch gegen Metropolen in Europa und Asien oder durch „Cyber War“-Angriffe auf Computersysteme entstanden sind, noch nicht berücksichtigen konnte.

Neue Akzente finden sich nicht nur im Spektrum sicherheitspolitischer Herausforderungen, wozu z. B. auch die Sicherheit der Energieversorgung der Mitglied-

staaten gezählt wird, sondern auch angesichts der Erfahrungen aus den NATO-Operationen im Kosovo und in Afghanistan. Neu ist die Strategie vor allem auch gegenüber Russland, dem die NATO „a true strategic partnership“ in Aussicht stellt und dem man ein ganzes Bündel gemeinsamer Projekte, darunter die Einrichtung eines gemeinsamen Flugkörperabwehrsystems anbietet. „We are determined to enhance the political consultations and practical cooperation with Russia in areas of shared interests, including missile defence, counter-terrorism, counter-narcotics, counter-piracy and the promotion of wider international security.“²

Als „Kernaufgaben“ listet das elfseitige Dokument mit dem Titel „Active Engagement, Modern Defence“ erstens „Collective Defence“ unter explizitem Bezug auf die Beistandsgarantie des Art.5 des Washingtoner Vertrages auf; zweitens „Crisis Management“, wobei ein integrierter Ansatz militärischer und ziviler Instrumente in allen Phasen des Krisenmanagements („before, during and after conflicts“) pro-

pagiert wird und drittens „Cooperative Security“, indem die NATO zusammen mit anderen regionalen und internationalen Akteuren Bestandteil einer globalen Sicherheitsarchitektur sein möchte. „The Alliance will engage actively to enhance international security, through partnership with relevant countries and other international organisations; by contributing actively to arms control, non-proliferation and disarmament; and by keeping the door open to membership in the Alliance open to all democracies that meet NATO’s standards.“³

Wenige Tage nach dem NATO-Gipfeltreffen in Lissabon 2010 trafen sich auf Einladung der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung Fachleute von beiden Seiten des Atlantiks zu einer euro-atlantischen Konferenz in Wildbad Kreuth, um die Ergebnisse des Gipfels im Kontext der „Strategischen Herausforderungen der NATO“ (Konferenztitel) zu erörtern. Wir haben drei Teilnehmer der Kreuther Tagung gebeten, ihre diesbezüglichen Einschätzungen in schriftlicher Form zur Verfügung zu stellen:

Michael Rühle, Leiter des Referats für Energiesicherheit in der Abteilung für neue Sicherheitsherausforderungen der NATO, verweist in seinem Beitrag auf die Tatsache, dass anders als während des Kalten Krieges die für die Bündnissolidarität so wichtigen Bedrohungswahrnehmungen der Mitgliedstaaten angesichts

KARL-HEINZ KAMP DAGEGEN: Die NATO wird sich wieder zu einem Sicherheitsabkommen im klassischen Sinne zurückentwickeln.

vielschichtiger Herausforderungen in einer globalisierten Welt stark differieren würden. Das Neue Strategische Konzept biete zwar einen „gelungenen Orientierungspunkt“ hinsichtlich der Verortung der Allianz im 21. Jahrhundert, für sich alleine genommen könne es aber keinen strategischen Konsens unter den Mitgliedstaaten generieren. Dieser Konsens müsse angesichts solcher Herausforderungen wie der „eingeschränkten Bedeutung militärischer Mittel“, dem „Fehlen einer als unmittelbar und existenziell empfundenen Bedrohung“ sowie der „Verdrängung traditioneller sicherheitspolitischer Interessen durch wirtschafts- und energiepolitische Prioritäten ... für jeden konkreten Einzelfall aufs Neue erstritten werden.“ Trotz der Betonung des Artikels 5 des Washingtoner Vertrages im Neuen Strategischen Konzept dürfe sich die NATO nicht ausschließlich auf diese Kernfunktion zurückorientieren, sondern müsse „ein potenziell global handlungsfähiges Bündnis bleiben“.

Im Kontrast hierzu vertritt Karl-Heinz Kamp, Forschungsdirektor des NATO Defense College in Rom, die These, dass sich die NATO insbesondere aufgrund ihrer ernüchternden Afghanistanenerfahrungen in näherer Zukunft genau auf diese Kernfunktion im Sinne des Artikels 5 des Washingtoner Vertrages beschränken und auf eine klassische Sicherheitsallianz zurückentwickeln werde. Anhaltende Abstimmungsschwierigkeiten zwischen der NATO und internationalen Organi-

EXPERTENMEINUNG MICHAEL RÜHLE: Der strategische Konsens muss zukünftig von Fall zu Fall erarbeitet werden.

sationen wie der UNO sowie mit Nichtregierungsorganisationen erschwerten die Umsetzung des so oft geforderten und für das Nation Building tatsächlich notwendigen Comprehensive Approach. Für das Selbstverständnis der NATO seien Kampfeinsatzerfahrungen wesentlich wichtiger als die schwer zu beantwortende Frage nach Sieg oder Niederlage in Afghanistan. Denn „gegen einen Gegner, der eine Niederlage nicht akzeptiert, kann auch kein Sieg errungen werden“. In der Frage, was die Allianz verantwortlich zu leisten im Stande sei, werde sie sich „spürbar weg vom weltweiten Engagement für Frieden und Stabilität und hin zur Sicherheitsvorsorge für die Mitgliedsländer im engeren Sinne bewegen“.

Die Entwicklungsgeschichte der ESVP nachzeichnend erörtert Stephen Larrabee, Inhaber des „Distinguished Chair in European Security“ der RAND Corporation, die Möglichkeiten institutionalisierter Sicherheitskooperation zwischen der NATO und der Europäischen Union. „Prinzipiell wollen – und brauchen – die Vereinigten Staaten einen starken europäischen Partner, der sie im Umgang mit neuartigen Bedrohungen unterstützt, die mehrheitlich aus dem außereuropäischen Raum herühren.“ Nachdem die anfängliche Skepsis vieler amerikanischer Amtsträger gegenüber der Entwicklung einer eigenständigen europäischen und potenziell konkurrierenden Verteidigungskapazität verfliegen sei, betrachte man die ESVP nun wohlwollender. Dies liegt laut Larrabee einerseits an der Tatsache, dass die EU nach der Osterweiterung wesentlich mehr atlantisch orientierte Staaten umfasse, welche keine von der NATO und den USA abge-

koppelte Verteidigungskapazität befürworteten. Andererseits sei es angesichts der verzeichnenden Defizite der NATO bei zivilen Wiederaufbauinstrumenten mittlerweile „beinahe unmöglich, sich eine Nation-building-Operation vorzustellen, die von der NATO ohne die Mitwirkung der EU durchgeführt wird.“ Bevor sich jedoch eine solche dauerhafte, institutionalisierte Zusammenarbeit von NATO und EU manifestieren könne, gelte es das derzeit größte Kooperationshindernis – die Frage der Anerkennung Zyperns durch die Türkei – aus dem Weg zu räumen. ///



/// PROF. DR. REINHARD MEIER-WALSER

ist Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen sowie Chefredakteur der Politischen Studien, Hanns-Seidel-Stiftung, München.



/// ALEXANDER WOLF

ist Promotionsstipendiat der Hanns-Seidel-Stiftung sowie wissenschaftlicher Mitarbeiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München.

Anmerkungen

¹ Dokument abrufbar auf der offiziellen Homepage der NATO unter: <http://www.nato.int/lisbon2010/strategic-concept-2010-eng.pdf>, zitiert S. 2.

² Ebd., S. 10.

³ Ebd., S. 2f.

STEPHEN LARRABEE: Die NATO kann auf die EU nicht verzichten.

/// Der Zukunft gewachsen sein

DIE NATO IM ZEITALTER DER GLOBALISIERUNG

MICHAEL RÜHLE /// Das neue Strategische Konzept der NATO liefert eine prägnante, zukunftsgerichtete Beschreibung des Bündnisses in einer globalisierten Welt und bietet damit einen gelungenen Orientierungspunkt für den künftigen Weg der Allianz. Die Zukunft des Bündnisses wird sich jedoch vor allem an der Frage entscheiden, ob es in der Lage ist, seinen einzigartigen Charakter als Werte- und Handlungsgemeinschaft auch angesichts der sich anbahnenden strukturellen Veränderungen der internationalen Sicherheitspolitik zu bewahren.

Allianz für das 21. Jahrhundert

Selten waren die Erwartungen an ein Dokument der NATO höher als an das neue Strategische Konzept, das im November 2010 auf dem Gipfel in Lissabon veröffentlicht wurde. Denn noch nie zuvor war ein strategisches Konzept der NATO unter Beteiligung der interessierten Öffentlichkeit entstanden. Durch die Einberufung einer Expertengruppe unter der Leitung der ehemaligen amerikanischen Außenministerin Madeleine Albright, die Organisation zahlreicher Seminare und die Einrichtung von Internet-Diskussionsforen war das öffentliche Interesse am neuen Strategischen Konzept systematisch geweckt worden. Schließlich sollte das Dokument Antwort auf die Frage geben, über die bereits seit Jahren kontrovers diskutiert worden war: Kann die NATO zu einer

echten Allianz für das 21. Jahrhundert werden?

Die Antwort, die das neue Strategische Konzept gab, war ein eindeutiges „Ja“. Denn kein Strategisches Konzept der NATO war je so konsequent auf künftige Herausforderungen ausgerichtet worden. Angesichts des inzwischen weitverbreiteten Pessimismus über den Afghanistaneinsatz – und damit auch über die Zukunft des Bündnisses – signalisiert das neue Strategische Konzept ein fast schon trotziges Selbstbewusstsein, das man lange Zeit vermisst hatte.

Das neue Strategische Konzept war maßgeblich von NATO-Generalsekretär Rasmussen verfasst worden. Damit hatte das Bündnis bewusst einen anderen Weg beschritten als bei vergleichbaren Dokumenten in den Jahrzehnten davor. Die inzwischen 28 Verbündeten hatten



RASMUSSEN hat im Strategischen Konzept die neuen Herausforderungen und Aufgaben der NATO knapp formuliert und die Zukunft des Bündnisses visualisiert.

verstanden, dass ihr Wunsch nach einem kurzen, einprägsam formulierten Dokument nur dann erfüllt werden konnte, wenn man auf die übliche Vorgehensweise – ein monatelang zwischen ihnen ausgehandeltes Dokument – verzichtete. Die Nationen beschränkten sich folglich darauf, dem Generalsekretär nur diejenigen Änderungswünsche mitzuteilen, die für sie von besonderem nationalen Belang waren. Das von manchen befürchtete „micro-management“ blieb aus. Dass der Entwurf des Generalsekretärs bei den Nationen ein positives Echo fand, kann daher nicht überraschen. Denn verglichen mit dem Vorgängerkonzept von 1999 ist das neue Dokument nicht nur deutlich kürzer; es liefert zudem eine prägnante Beschreibung der NATO im Zeitalter der Globalisierung und geht damit über die „eurozentrische“ Sicht des alten Strategischen Konzeptes hinaus.

Die Zustimmung, die das neue Strategische Konzept bei den Verbündeten fand, heißt jedoch nicht, dass die NATO

damit zugleich einen neuen strategischen Konsens über ihre künftige Orientierung begründet hätte. Dem Generalsekretär und seinen Mitautoren war zwar ein schwieriger Balanceakt zwischen den unterschiedlichen Interessen der Mitgliedstaaten gelungen, aber die Tatsache, dass sich jeder Bündnispartner mit seinen Kernanliegen im Dokument wiederfindet, bedeutet noch nicht, dass die Aussagen des Konzepts in ihrer Gesamtheit nun von allen Nationen in gleicher Weise interpretiert und damit auch implementiert werden. Nicht ohne Grund hatten viele Beobachter nach der Lektüre des neuen Konzeptes die Frage gestellt, wie weit dieses zupackend formulierte Dokument den aktuellen Stand der bündnisinternen Debatte tatsächlich wiedergab.

Will man das neue Strategische Konzept im Sinne seiner Autoren wirklich als „Blaupause“ (Rasmussen) für die NATO der Zukunft verstanden wissen, dann hat die Allianz jedenfalls noch einen langen Weg vor sich. Denn das neue Strategische Konzept ernst zu nehmen, heißt für das Bündnis, sich einer Reihe von Herausforderungen zu stellen, die weit über die offensiven Formulierungen des Dokuments hinausgehen. Die Zukunft der NATO wird sich daran entscheiden, ob sie in der Lage ist, die Strukturveränderungen der internationalen Sicherheitspolitik, die die Rolle von Bündnissen nachhaltig beeinflussen und deren Zusammenhalt auf eine schwere Probe stellen, als intaktes Bündnis zu meistern.

Neue Bedrohungen

Diese Strukturveränderungen vollziehen sich auf mehreren Ebenen. An erster Stelle steht der Charakter der neuen Bedrohungen. Ein Bündnis, das nach dem Konsensprinzip operiert, kann nur dann funktionieren, wenn eine Herausforderung durch alle Verbündeten in ähnlicher Weise wahrgenommen wird. Für das Szenario eines Angriffs des Warschauer Pakts, das vierzig Jahre lang die politische und militärische Planung der NATO bestimmte, galt dieser Grundsatz. Ein Angriff auf Westeuropa hätte den Bündniszusammenhalt förmlich erzwungen und nationale Alleingänge ausgeschlossen. Bündnissolidarität und nationales Sicherheitsinteresse waren deckungsgleich.

Mit den neuen Bedrohungen verhält es sich dagegen gänzlich anders. Terrorismus, gescheiterte Staaten oder die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen sind nicht notwendigerweise Bedrohungen existenzieller Natur. Vor allem aber betreffen sie die Verbündeten in unterschiedlicher Weise: Ein lokal begrenzter Terroranschlag oder ein Cyberangriff gegen die elektronische Infrastruktur eines einzelnen Landes dürfte

kaum als Angriff auf die territoriale Integrität eines Staatenbündnisses empfunden werden. Die kollektive Betroffenheit ist nur noch eingeschränkt – und Gleiches gilt auch für die anschließend praktizierte kollektive Solidarität.

Dass dieser Befund selbst dort gilt, wo alle Verbündeten gemeinsam handeln, zeigt der Afghanistaneinsatz. Während einige Verbündete ihr militärisches Engagement als Einsatz im Kampf gegen eine unmittelbare Bedrohung verstehen und folglich auch Verluste in Kampfeinsätzen hinzunehmen bereit sind, erwecken andere den Eindruck, die Operationen berührten ihre Sicherheit bestenfalls mittelbar. Die unterschiedlichen verfassungspolitischen Wirklichkeiten verstärken diese Kluft. So schränken in einigen Mitgliedstaaten parlamentarische Vorbehalte den Handlungsspielraum der Regierungen ein. Der Einsatz der Streitkräfte mancher Verbündeter erfolgt daher nur mit nationalen „caveats“; die Vermeidung von innenpolitisch schwer zu rechtfertigenden Verlusten lässt die Frage nach der militärisch-operativen Wirksamkeit des Einsatzes in den Hintergrund treten. Mit anderen Worten: Die Bündnissolidarität ist abgestuft.

Eingeschränkte Bedeutung des Militärischen

Die zweite große Strukturveränderung in der internationalen Sicherheitspolitik besteht in der eingeschränkten Bedeutung militärischer Mittel. Die neuen Herausforderungen sind nicht ausschließlich militärischer Natur – und Militärbündnisse sind folglich nicht mehr in der Lage, ihnen umfassend zu begegnen. Der Wiederaufbau gescheiterter Staaten oder die Lieferung humanitärer Hilfsgüter nach einer Naturkatastrophe

Die Bündnispartner nehmen Situationen und Bedrohungen UNTERSCHIEDLICH wahr.

bedingen vielmehr die enge Zusammenarbeit zwischen militärischen und zivilen Akteuren.

Auch hier zeigt der Afghanistaneinsatz, wie groß die Schwierigkeiten auf dem Weg zur „vernetzten Sicherheit“ sind. Da die NATO-geführte ISAF den zivilen Wiederaufbau abzusichern hilft, wird das Bündnis de facto zur Geisel der internationalen Staatengemeinschaft. Bleibt deren ziviles Engagement hinter den Erfordernissen zurück, so lässt sich der durch ISAF erzielte Gewinn an Sicherheit nicht in einen dauerhaften Entwicklungserfolg umwandeln. Und nicht nur dies. Während die NATO den Afghanistaneinsatz als oberste Priorität betrachtet, gilt dies nicht für die wichtigsten zivilen Akteure, allen voran die Vereinten Nationen und die Europäische Union.

Die Koordination der zivilen Organisationen untereinander hat sich seit dem Beginn des internationalen Engagements ebenfalls nicht entscheidend verbessert. Verantwortlich hierfür ist zum einen die Tatsache, dass jede internationale Institution und Nichtregierungsorganisation ihre eigene spezifische Agenda und Arbeitskultur besitzt und sich gegen allzu viel „Koordination“ durch andere sträubt. Zum anderen befürchten viele zivile Akteure, von einer militärisch dominierten Agenda vereinnahmt zu werden. Für die NATO bedeutet dies, dass ihr operativer Erfolg künftig von zahlreichen Faktoren abhängt, auf die das Bündnis selbst nur noch begrenzt Einfluss hat.

Gesellschaftlicher Bewusstseinswandel

Der dritte große Umbruch der internationalen Sicherheitspolitik vollzieht sich auf der gesellschaftlichen Ebene. Seit

dem Ende des Kalten Krieges messen moderne westliche Gesellschaften der Sicherheitspolitik im Allgemeinen und dem Militärischen im Besonderen einen immer geringeren Stellenwert zu. Dies resultiert zum einen aus dem Fehlen einer als unmittelbar und existenziell empfundenen Bedrohung. So dominieren bei der Frage nach der Wichtigkeit politischer Probleme in allen Ländern die wirtschaftlichen Themen das Antwortverhalten. Eine Ausnahme bilden allein die USA, die gegenwärtig zwei Kriege verantwortlich führen und nachweisbar im Zentrum des islamistischen Terrors stehen.

Das veränderte Bedrohungsbewusstsein ist jedoch nur ein Teilaspekt dieser Entwicklung. Das Ende des Kalten Krieges hat lediglich einen säkularen Wertewandel in den demokratischen Staaten des Westens beschleunigt, der sich bereits seit längerer Zeit vollzieht. Teil dieses vielfach diagnostizierten Wertewandels ist der mehrheitliche Verlust der Opferbereitschaft, das heißt der Bereitschaft, Leib und Leben für das eigene Land, die Bündnispartner oder von humanitären Katastrophen heimgesuchten Drittstaaten einzusetzen.

Die Folgen dieser Entwicklung hin zur „post-heroischen Gesellschaft“ sind nicht nur die Hinnahme chronisch unterfinanzierter Streitkräfte, sondern auch zunehmende Schwierigkeiten der verantwortlichen Politiker, riskanten militärischen Einsätzen zuzustimmen. Diese Zustimmung mag in manchen Fällen unter Hinweis auf die Bündnisolidarität leichter zu erreichen sein, längerfristig jedoch dürfte dieser Wertewandel gegen den Bündniszusammenhalt wirken. Dies umso mehr, als die Schwierigkeiten des Afghanistaneinsatz-

zes in weiten Teilen der westlichen Gesellschaften die Meinung verfestigen könnten, dass der Einsatz militärischer Mittel gegen die neuen Bedrohungen nur begrenzt wirksam und manchmal sogar kontraproduktiv ist.

Ökonomisierung der Sicherheitspolitik

Ein weiterer Faktor, der Allianzen im Kern berühren wird, ist die Verdrängung traditioneller sicherheitspolitischer Interessen durch wirtschafts- und energiepolitische Prioritäten. Die politisch fragwürdigen Ergebnisse dieser Entwicklung zeichnen sich bereits auf vielfältige Weise ab: ob bei der chinesischen Energiepolitik auf dem afrikanischen Kontinent oder bei den Versuchen Russlands, die Staaten des post-sowjetischen Raumes über deren Energieabhängigkeit wieder politisch enger an sich zu binden. Diese „Ökonomisierung“ der internationalen Politik, der sich kaum ein Staat entziehen kann, macht auch vor der Sicherheitspolitik nicht halt. Die Weigerung Chinas, in den Vereinten Nationen „harte“ Sanktionen gegen seinen künftigen Energielieferanten Iran und dessen Nuklearprogramm zuzulassen, deutet bereits an, wie das Prinzip der nuklearen Nichtverbreitung durch energiepolitische Prioritäten ausgehöhlt wird.

Aber nicht nur die eher lockeren kollektiven Sicherheitssysteme sind vom Primat der Ökonomie betroffen. Auch die klassischen Militärbündnisse, die „militärische Sicherheit“ produzieren, geraten zwangsläufig unter Druck,

wenn Wirtschaftsinteressen dieses Produkt ins zweite Glied verbannen. So zeigt sich zum Beispiel, dass die Haltung vieler NATO-Staaten zum Thema Energiesicherheit dem Grad ihrer Energieabhängigkeit von Russland entspricht. Wer sich als potenzielles Opfer russischer Energiepolitik sieht, hat ein nachvollziehbares Interesse, dieses Thema zu einem Bündnisthema zu machen. Wer hingegen seiner Energieabhängigkeit von Russland keine sicherheitspolitische Dimension zubilligt, will verständlicherweise keine „Militarisierung“ dieser sensitiven Beziehung.


In einer Allianz, in der das Engagement in Afghanistan das beherrschende Thema ist, spielen diese unterschiedlichen Auffassungen noch keine große Rolle. Aber die Ankündigungen einiger nördlicher Bündnisstaaten, ihre Rüstungsplanung mit Blick auf die durch die Klimaerwärmung zugänglich werdenden Rohstoffe in der Arktis neu auszurichten, deuten darauf hin, dass nationale Wirtschaftsinteressen gegenüber der kollektiven Sicherheitsagenda zunehmend die Oberhand gewinnen könnten. Würde sich dieser Trend verfestigen, dann wäre Bündnissolidarität künftig noch schwieriger herzustellen.

Folgerungen für die NATO

Diese Entwicklungen machen nicht nur deutlich, warum es schwieriger geworden ist, Bündnissolidarität herzustellen. Sie erklären auch, weshalb ein neues Strategisches Konzept nicht aus sich selbst heraus einen neuen Konsens begründen kann. Dieser muss für jeden konkreten Einzelfall aufs Neue erstritten werden.

Manche Beobachter haben aus diesem Dilemma den Schluss gezogen, die NATO müsse sich wieder auf ihre klas-

Sicherheitspolitische Interessen werden durch WIRTSCHAFTS- UND ENERGIEPOLITISCHE PRIORITÄTEN verdrängt.

The image shows the NATO flag, which is a blue field with a white four-pointed star in the center. The flag is waving and is set against a background of diagonal lines. The text is overlaid on the lower-left portion of the flag.

Die **RÜCKKEHR DER NATO** zu einem Bündnis mit ausschließlichem Fokus auf Europa würde die Allianz von der amerikanischen Sicherheitsagenda abkoppeln.

Bildnachweis: NIDS / NATO Media

sische Kernfunktion der kollektiven Verteidigung besinnen, um ein Auseinanderdriften zu vermeiden. Doch jeder Versuch, den inneren Zusammenhalt der NATO durch die erneute Konzentration auf die kollektive Verteidigung zu festigen, wäre zum Scheitern verurteilt. Zwar hat die Allianz mit ihrem Bekenntnis zum Aufbau einer Raketenabwehr und dem gleichzeitigen Kooperationsangebot an Russland den Schutz des Bündnisterritoriums auf ungewöhnliche Weise in den Vordergrund gerückt. Eine Rückkehr zur kollektiven Verteidigung lässt sich daraus jedoch kaum herleiten. Mehr noch. Die Rückkehr der NATO zu einem „eurozentrischen“ Bündnis würde die Allianz von der amerikanischen Sicherheitsagenda abkoppeln – ein Ergebnis, das europäischen wie amerikanischen Interessen gleichermaßen zuwider liefe. Wohl nicht zuletzt deshalb bietet das neue Strategische Konzept für eine solche restriktive Interpretation der Bündnisaufgaben – trotz seines allseits erwarteten Bekenntnisses zur kollektiven Verteidigung als Kernfunktion –

keinen Anhaltspunkt. Die NATO muss und wird ein potenziell global handlungsfähiges Bündnis bleiben.

Diese Rolle erfolgreich spielen zu können, setzt angesichts der hier aufgelisteten strukturellen Herausforderungen für den Zusammenhalt von Militärbündnissen jedoch eine Reihe von umfassenden Reformen voraus. Einige davon wurden im neuen Strategischen Konzept angesprochen, andere werden sich erst in den kommenden Jahren offenbaren.

Erstens, der Diskussionsprozess im Bündnis darf sich nicht nur auf die Themen beschränken, die die NATO unmittelbar militärisch involvieren. Es müssen auch solche Fragen erörtert werden, die keine unmittelbare militärische, wohl aber sicherheitspolitische Relevanz haben. Solange jede Diskussion in der NATO unter dem Generalverdacht steht, lediglich der Vorbereitung militärischer Operationen zu dienen, ist eine offene Debatte, z. B. über die sicherheitspolitischen Konsequenzen eines nuklearen Irans, nicht wirklich möglich. Eine sol-

che neue Diskussionskultur wird allerdings nur dann zu schaffen sein, wenn sich alle Verbündeten dazu durchringen, die NATO systematisch als politisches Konsultationsforum zu nutzen.

Zweitens, die NATO braucht Mechanismen, um jenseits ihrer Rolle als Truppensteller auch auf den politischen Prozess im Krisengebiet einzuwirken. Sowohl auf dem Balkan als auch in Afghanistan hat das Bündnis mit der paradoxen Situation zu kämpfen, dass es zwar nur Teil einer Lösung ist, in der öffentlichen Wahrnehmung jedoch grundsätzlich als Hauptverantwortlicher für Erfolg oder Misserfolg der Intervention gilt. Das setzt voraus, dass sich die Allianz auch als politischer Akteur versteht und sich nicht auf die Rolle eines militärischen Dienstleisters festlegen lässt. Die Stärkung des zivilen Repräsentanten der NATO in Afghanistan ist ein erster Schritt in diese Richtung.

Drittens, die NATO muss sich organisatorisch stärker auf die neuen Herausforderungen ausrichten. Dazu zählen nicht nur die Erarbeitung einer Verteidigungsdoktrin gegen Cyberangriffe oder die Erstellung von Notfallplänen für den Fall einer Unterbrechung der Energieversorgung, sondern auch der Ausbau der NATO-eigenen Aufklärungs- und Analysefähigkeiten und die Zusammenführung der geheimdienstlichen Erkenntnisse der einzelnen NATO-Staaten. Zur Anpassung an die neue Sicherheitslandschaft zählt jedoch auch die – vorhersehbar kontroverse – Frage nach dem Konsensprinzip. Auf der strategischen Ebene bleibt es die Geschäftsgrundlage des Bündnisses; auf der taktischen Ebene könnte es jedoch im Sinne größerer Flexibilität für die unmittelbar militärisch handelnden Verbündeten modifiziert werden. Denn das Dilemma der unter-

Die NATO wird künftig mit Partnerländern aus aller Welt **OHNE GEOGRAPHISCHE BESCHRÄNKUNGEN** zusammenarbeiten müssen.

schiedlichen Betroffenheit und Risikobereitschaft wird man in manchen Fällen nur durch „coalitions of the willing“ umgehen können.

Viertens, die militärische Transformation der NATO muss fortgeführt werden. Die Notwendigkeit, Soldaten und Ausrüstung rasch in weit entfernte Krisenregionen verlegen zu können, ist zwingend – aus militärischen ebenso wie aus humanitären Gründen. Das neue Strategische Konzept hat eine Debatte, in der die neuen Aufgaben der NATO und die klassische Bündnisverteidigung als unversöhnliche Gegensätze charakterisiert werden, geschickt vermieden – wohl wissend, dass eine solche Debatte nur in die Sackgasse führen kann. Auch wenn die spezifischen Belange der exponiertesten Mitgliedstaaten künftig wieder mehr Berücksichtigung finden werden, so ändert dies nichts an der Tatsache, dass die militärischen Reformen der Verbündeten auf Auslandseinsätze hin ausgerichtet bleiben. Ob es angesichts finanzieller Zwänge auch eine größere Bereitschaft geben wird, bestimmte militärische Fähigkeiten künftig gemeinsam zu beschaffen oder NATO-Einsätze gar gemeinsam zu finanzieren, ist gegenwärtig noch nicht absehbar. Sollte die Mittelknappheit jedoch zum Dauerproblem werden, dann dürfte die Suche nach gemeinsamen Lösungen zu einem wichtigen Element der militärischen Transformation des Bündnisses werden.

Fünftens, die NATO braucht strukturierte Beziehungen zu den zivilen Akteuren, mit denen sie bei der Bewälti-

gung neuer Herausforderungen zusammenarbeiten muss. Dies gilt für Institutionen wie die Vereinten Nationen, die EU oder die Weltbank, aber auch für die nicht-staatlichen Organisationen. Angesichts der dort vorhandenen Skepsis gegenüber der NATO bedeutet dies vor allem, die Kooperationsbereitschaft und -fähigkeit des Bündnisses glaubwürdig zu vermitteln. Trotz ihrer vielfältigen Umsetzungsschwierigkeiten bleibt die „vernetzte Sicherheit“ ein Leitbegriff für multilaterale Sicherheitspolitik im globalisierten Zeitalter.

Sechstens, die NATO muss ihre Partnerschaften mit anderen Nationen künftig weniger geographisch als vielmehr funktional ausrichten. Fast zwanzig Jahre nach dem Beginn der regional orientierten Partnerschaftspolitik ist die Zeit gekommen, das Prinzip der Selbst-Differenzierung konsequenter anzuwenden. Staaten, die enger mit der NATO zusammenarbeiten wollen, muss diese Möglichkeit eingeräumt werden, auch wenn man die regionalen Gruppierungen weiterhin nicht völlig aufgeben wird. Die Versuche zur Vereinheitlichung der regional bislang unterschiedlich entwickelten Partnerschaftsinstrumente in eine universell anwendbare „partnership toolbox“ deuten diesen Wandel bereits an.

Das Strategische Konzept als Mahnung und Ansporn

Vor dem Hintergrund der Veränderungen im internationalen Sicherheitsumfeld wie auch im sicherheitspolitischen Erwartungshorizont der westlichen Gesellschaften kann das neue Strategische Konzept der NATO kaum mehr sein als eine intelligente Beschreibung der alten und neuen Herausforderungen. Zwar ist ein Dokument gelungen, das trotz sei-

ner Kürze über allgemeine politische und militärische Grundsätze hinausgeht und durchaus konkrete Handlungsanleitungen gibt. Die konkrete Implementierung des Strategischen Konzeptes wird man jedoch vertraulichen Folgedokumenten überlassen. Im Zuge des Aushandelns dieser Dokumente wird sich erweisen, wie weit die Nationen die anspruchsvollen Forderungen des Strategischen Konzeptes verinnerlicht haben. Die Versuchung bei manchen Bündnisstaaten dürfte groß sein, diesen Prozess dazu zu nutzen, das im Strategischen Konzept Erreichte wieder infrage zu stellen.

Eine solche Entwicklung bleibt hoffentlich aus. Nicht nur deshalb, weil das Strategische Konzept eine Richtung vorgibt, mit der mittlerweile 28 Mitglieder zumindest im Grundsatz leben können, sondern auch, weil es das erste Strategische Konzept ist, das die Allianz im Zeitalter der Globalisierung beschreibt: Eine Allianz, die über neue militärische Fähigkeiten verfügt, die ohne geographische Beschränkungen operiert, die mit Partnerländern aus aller Welt zusammenarbeitet, und die auf völlig neue Weise mit den zivilen Akteuren der internationalen Gemeinschaft vernetzt werden soll. Nur eine so aufgestellte Allianz ist zukunftsfähig. ///



/// MICHAEL RÜHLE

ist Leiter des Referats Energiesicherheit in der Abteilung für neue Sicherheits Herausforderungen der NATO. Der Autor gibt seine persönliche Meinung wieder.

/// Der Rückzug der NATO aus Afghanistan – wie geht es weiter?

AFGHANISTAN UND DIE LANGZEITFOLGEN FÜR DAS ATLANTISCHE BÜNDNIS

KARL-HEINZ KAMP /// Auch nach zehn Jahren Krieg hat die NATO noch keinen entscheidenden Durchbruch in Afghanistan erzielen können. Allerdings wird nun ein Zeitplan für den schrittweisen Abzug vom Hindukusch erstellt. Warum ist der wirkliche Erfolg so lange ausgeblieben? Hat die NATO nun „gewonnen“ oder „verloren“? Und wird es jemals wieder ein Afghanistan für die NATO geben?

Wenige Tage nach dem Fall des Taliban-Regimes im November 2001 schrieb eine deutsche Tageszeitung, dass der Westen in Afghanistan einen neuen Staat aufbauen müsse. „Wie genau, weiß keiner“ – so das düstere Fazit der Autorin.¹

Heute, zehn Jahre später, ist eine internationale Streitmacht von 130.000 Soldaten aus 48 Ländern nach wie vor damit befasst, in Afghanistan Aufständische zu bekämpfen, Sicherheit zu schaffen und damit den Staatsaufbau voranzutreiben. Fast 2.200 Soldaten sind bislang gefallen, die Zahl der zivilen Opfer ist kaum zu benennen. Zahllose Offensiven wurden gestartet, Strategien wurden gewechselt, ohne dass bislang die Strukturen eines funktionierenden Staates, der wirtschaftlich und sicherheitspolitisch wirklich auf eigenen Beinen steht, zu erkennen sind.

Nun hat es in der Zwischenzeit nicht an Kritik an den Bemühungen der internationalen Staatengemeinschaft gefehlt. Gerade einige Intellektuelle und Kulturschaffende verdammt das Engagement in Afghanistan und wussten von Anfang an um das Scheitern dieser Mission.² Wie sich aber „der Westen“, den man so gerne verteufelt und in dem es sich aber so moderat leben lässt, gegen jene verteidigen soll, die ihn brutal attackieren (und dabei Afghanistan als Basis nutzen), blieb bei aller moralischen Entrüstung offen.

Allerdings verharrte auch die offizielle Politik oft im Nebulösen, wenn es um Afghanistan ging. Statt vom Krieg sprachen manche NATO-Mitglieder von der „Stabilisierungsmission“, forderten den „holistischen Ansatz“ oder die „vernetzte Sicherheit“. Man wünschte sich Demokratie und Prosperität am



Das NATO-Militär-
Kommittee auf einem
Besuch in Kandahar,
Afghanistan

AFGHANISTAN kann weder wirtschaftlich
noch sicherheitspolitisch ohne fremde Hilfe
existieren.



Bildnachweis: NIDS / NATO Media Library

Hubschrauberflug über den Khyber-Pass in Afghanistan

Hindukusch, wobei jeder mit diesen Begriffen etwas anderes meinte. Auch hier galt stets das Diktum „Wie genau, weiß keiner“.

Immerhin ist der Zenit des Krieges überschritten. Die Niederlande haben den Abzug ihrer Truppen bereits begonnen, die kanadischen Soldaten sollen bis Ende 2011 weitgehend (bis auf ein Ausbildungskontingent) aus Afghanistan zurückgekehrt sein und Präsident Obama will den amerikanischen Rückzug im Sommer 2012 einleiten. Auch die NATO hat in ihrem Gipfeldokument von Lissabon einen Zeitplan vorgegeben, auch wenn betont wird, dass der Rückzug aus Afghanistan situationsabhängig sein muss und nicht strikten Kalenderdaten folgen soll. Wenn auch Einigkeit besteht, dass der zivile Staatsaufbau fortgeführt werden muss und es dafür auch einer begrenzten militärischen Komponente insbesondere für die

Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte bedarf (die vor allem von den USA bereitgestellt werden dürften), so ist ein Ende der ISAF-Mission der NATO (International Security Assistance Force) absehbar.

Zeit also, drei grundsätzliche Fragen zu stellen: Was machte den Afghanistan-Einsatz so schwierig, warum ist die Aufgabe des „Nation Building“ so gründlich unterschätzt worden? Was ist das Ergebnis nach zehn Jahren – hat die NATO „gewonnen“ oder „verloren“? Was sind die Langfristfolgen für das Bündnis – wie geht es weiter nach Afghanistan?

Hindernisse in Afghanistan

Angesichts der langjährigen Bemühungen der NATO und vieler Partnerländer um Sicherheit und Stabilität in Afghanistan stellt sich die Frage nach den Gründen für die Dauer der Mission und

für den Umstand, dass ein selbsttragender Friede in Afghanistan derzeit noch nicht zu erkennen ist. Primär sind es drei Faktoren, die für die derzeit schwierige Lage verantwortlich sind: fehlende Planung, fehlende Handlungsspielräume und fehlende Mittel.

Fehlende Planung, fehlende Handlungsspielräume und fehlende Mittel sind die URSACHEN FÜR DIE DESOLATE SITUATION in Afghanistan.

Die Grenzen der Planung

Eine mittlerweile wohlfeile Kritik an den internationalen Bemühungen in Afghanistan ist, dass es von Anfang an keine klare Zielsetzung gegeben habe. Begriffe wie „Sicherheit“ oder „Wohlstand“, die das Handeln der internationalen Gemeinschaft leiteten, seien allgemein und beliebig. Daraus ergibt sich zwangsläufig die populäre Forderung, man müsse sich künftig vor einem militärischen Engagement über die strategischen Ziele im Klaren sein und darüber hinaus vorzeitig festlegen, unter welchen Bedingungen die Mission beendet werden kann (Exit Strategie).

So plausibel das scheint, vergessen werden häufig die Umstände, die zu diesem Einsatz führten. Mit dem 11. September 2001 wurde Afghanistan über Nacht zum Problemfall. Obgleich Afghanistan durch die sowjetische Okkupation und den nachfolgenden Bürgerkrieg lange in den Schlagzeilen stand, war es de facto „Terra incognita“. Kaum jemand wusste um die politischen oder wirtschaftlichen Strukturen im Land – „Afghanistanexperten“ gab es nahezu nirgendwo. Entsprechend schwierig war es, Modelle für die Staatsbildung zu ent-

wickeln. Auch gehörte Afghanistan zu den ärmsten Ländern der Erde, mit einer Analphabetenrate von über 90 Prozent und nur 3 Prozent der Bevölkerung, die an ein Stromnetz angeschlossen waren. Selbst heute steht Afghanistan im „Human Development Index“ der Vereinten Nationen noch auf Platz 181 von 192 Nationen.

Da es vor der Vertreibung der Taliban keine funktionierenden staatszentralistischen Strukturen gegeben hatte, verbot es sich von Anfang an, von „Wiederaufbau“ im Land zu sprechen. Stattdessen ging es um den Neuaufbau solcher Strukturen, wobei von Beginn an zweifelhaft war, ob Derartiges in dieser Region von außen überhaupt geleistet werden kann. Damit unterschied sich die Herausforderung der Befriedung und Stabilisierung Afghanistans grundlegend von vergangenen Beispielen erfolgreichen „Nation Buildings“ wie in Japan oder Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. Zwar kann man zu Recht beklagen, dass es nicht genug Planung gegeben habe – angesichts der Kurzfristigkeit und der mangelnden Kenntnisse war aber kaum etwas anderes zu erwarten.

Grenzen des Handelns

Eine Selbstverständlichkeit, die aber in gewichtige Schlagworte wie „Comprehensive Approach“, „Vernetzte Sicherheit“ oder „Integrated Approach“ gekleidet wird, ist die Erkenntnis, dass Krisenmanagement und Staatsaufbau sowohl militärische als auch nicht militärische Anstrengungen erfordern. Zivile Helfer und Soldaten vor Ort müssen sich eng abstimmen, um ein Maß an Sicherheit gewähren zu können, ohne das ein ziviles „Nation Building“ nicht durchführbar ist.

Was bis an die Grenze des Banalen hin plausibel erscheint, funktioniert in der Realität Afghanistans nur sehr begrenzt. Eine schier unüberschaubare Anzahl von Internationalen Institutionen (IO) oder Nichtregierungsorganisationen³ (NGO) koordiniert ihre Aktivitäten nur in begrenztem Maße, wodurch Mittel häufig für Partikularinteressen verwendet werden, deren Nutzen für das übergeordnete Ziel des Nation Building fragwürdig ist. Ist eine Abstimmung unter den IOs und NGOs – also unter den zivilen Institutionen – schon schwierig genug, so gerät sie zwischen zivilen und militärischen Akteuren oft zur völligen Unmöglichkeit. Zum einen können diese Akteure aufgrund unterschiedlicher Kulturen und Entscheidungsprozesse nur schwer zusammenarbeiten, zum anderen wollen gerade die zivilen Institutionen dies häufig nicht – entweder weil sie um ihre vermeintliche Neutralität gegenüber den Afghanen fürchten oder weil es tief sitzende Vorbehalte gegenüber allem Militärischen gibt.⁴

Selbst gegenüber geradezu natürlichen Kooperationspartnern wie der

EU mit stark überlappender Mitgliedschaft oder den Vereinten Nationen als Mandatsgeber in Afghanistan hat die NATO Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit. Die Kooperation zwischen NATO und EU ist nach wie vor durch den griechisch-türkischen Streit um Zypern gelähmt und kommt trotz blumiger politischer Erklärungen nicht vom Fleck. Dies hat in der Vergangenheit immer wieder zu gefährlichen Situationen in Afghanistan geführt, etwa weil aufgrund fehlender Abkommen keine Informationen ausgetauscht oder EU-Polizeikräfte nicht von NATO-Streitkräften geschützt werden können.

Bei den Vereinten Nationen sehen viele UN-Mitglieder die NATO nach wie vor als eine „westliche“ – oder noch negativer – eine von den USA gesteuerte Organisation an, die vor allem dazu dient, amerikanische Weltmachtinteressen zu vertreten. Dies ist einer der Gründe, warum NATO und UN trotz einer 2008 unterzeichneten gemeinsamen Erklärung zur Zusammenarbeit bislang nur wenig Gemeinsames erreicht haben. Fakt ist, dass der Erfolg in Afghanistan von dem Zusammenwirken verschiedener Institutionen abhängig ist, dieses Zusammenwirken aber nicht funktioniert.

Die Zusammenarbeit der politischen, militärischen und Nichtregierungsinstitutionen in Afghanistan gestaltet sich aufgrund GEGENSEITIGER VORBEHALTE als äußerst schwierig.

Grenzen der Mittel

Schematisch ausgedrückt gab es zwei übergeordnete Ziele in Afghanistan, die zu unterschiedlichen Zeiten mit unterschiedlicher Intensität verfolgt wurden. Zu Beginn des Militäreinsatzes ging es vor allem darum zu verhindern, dass Afghanistan weiterhin der Nährboden islamistischer Terrorgruppen sein konnte. Erst in einem zweiten Schritt kam das ambitionierte Ziel des Nation Building

hinzu, bei dem es eher um den Nutzen der Bewohner der Region mit Blick auf ihre Sicherheit und wirtschaftliche Entwicklung geht.

Während das erste Ziel relativ rasch erreicht wurde, standen beim zweiten Ziel, dem Staatsaufbau, Ambitionen und Realität stets im Widerspruch. So wurden beispielsweise im Afghanistan Compact – dem Abschlussdokument der Londoner Afghanistan Konferenz im Jahr 2006 – geradezu utopische Ziele hinsichtlich des wirtschaftlichen und sozialen Gedeihens Afghanistans formuliert. Zu keinem Zeitpunkt hat die

Der FINANZIELLE AUFWAND für den Wiederaufbau Afghanistans war im Vergleich zu Bosnien oder zum Kosovo äußerst gering.

internationale Gemeinschaft aber die Mittel bereitgestellt, die angesichts der Ausgangssituation in Afghanistan zum Aufbau eines funktionierenden Gemeinwesens erforderlich gewesen wären. Nach wie vor ist der Vergleich der internationalen Mittel, die in den ersten beiden Jahren des Konfliktes zur Verfügung standen, besonders aufschlussreich. In Bosnien betrug die Auslandshilfe in den ersten beiden Konfliktjahren pro Kopf 1.390 US-Dollar. Im Kosovo waren es immerhin noch 814 US-Dollar pro Einwohner. In Afghanistan – ungeachtet der logistischen Herausforderungen – standen in den ersten beiden Jahren gerade einmal 52 US-Dollar pro Kopf zur Verfügung.⁵

Sieg oder Niederlage

Eine der Kernfragen, die immer wieder gestellt wird, ist die, ob die NATO in Af-

ghanistan nun „gewinnt“ oder „verliert“ – und daran anschließend, was denn eine Niederlage für den Zusammenhalt in der Allianz bedeuten würde. Mancher sagt schon das Ende der NATO voraus, wenn man die Operation am Hindukusch nicht siegreich beenden würde.

So interessant solche Überlegungen in akademischen Debatten sein mögen, so wenig tauglich sind sie für die praktische Politik. Angesichts der zuvor dargelegten Schwierigkeiten und Widersprüche, welche die NATO-Mission in Afghanistan von Anfang an begleiteten, wird dreierlei deutlich: Zum einen ist die Größe der Aufgabe in Afghanistan von allen Beteiligten unterschätzt worden. Darüber hinaus ist das, was bisher zuwege gebracht wurde, angesichts der Umstände offenbar das Maximum dessen, was überhaupt erreicht werden konnte. Drittens schließlich hat es außer eher allgemeinen Vorstellungen von Sicherheit und Prosperität nie einen wirklichen Konsens im Bündnis gegeben, was genau in Afghanistan erreicht werden soll und kann. Man hat also nicht genau definiert, wann der Konflikt als „gewonnen“ angesehen werden kann. Wenn es aber keine genauen Kriterien für Sieg gibt, so ist auch die Niederlage nicht klar auszumachen. Dies ist mehr als bloße Semantik. Die NATO bekämpft in Afghanistan Aufständische (Insurgents), die keine Niederlage einräumen und auch nicht zwischen Kombattanten und Nicht-Kombattanten unterscheiden. Gegen einen Gegner, der eine Niederlage nicht akzeptiert, kann auch kein Sieg errungen werden.

Natürlich gibt es ungeachtet derartiger Definitionen einen gefühlsmäßigen Eindruck, ob man gewonnen oder verloren hat. Der Abzug der USA aus Vietnam, in dessen Folge im April 1975 die

Der Afghanistan-Einsatz hat den ZUSAMMENHALT innerhalb der NATO gestärkt.

letzten US-Bürger vor laufenden Pressekameras mit Hubschraubern vom Dach der amerikanischen Botschaft in Saigon evakuiert wurden, musste selbstredend als Niederlage verstanden werden. In einer solchen Situation ist die NATO aber keinesfalls, hat sie doch eine Reihe von Erfolgen in Afghanistan zu verzeichnen. Ungeachtet aller Schwierigkeiten bestreitet niemand ernsthaft, dass die Situation im Land heute wesentlich besser ist als vor dem Beginn des Krieges im Oktober 2001. Wenn auch regional sehr unterschiedlich und meist auf die großen Städte beschränkt, wurde Infrastruktur aufgebaut, wurden Bildungseinrichtungen geschaffen und medizinische Versorgung gewährleistet. Auch wurden mehrere Wahlen abgehalten, die demokratischer abliefen als in vielen anderen Ländern, die den Begriff „Demokratisch“ in ihrem Namen tragen.

Allerdings ist selbst die Frage nach dem „Erfolg“ der Afghanistan-Mission kaum zu beantworten, da nur selten zwischen dem Erfolg für die internationale Gemeinschaft und dem für Afghanistan unterschieden wird. Aus der Perspektive der an ISAF beteiligten Länder

ist der Erfolg, d. h. das Ziel, dem Jihad-Terrorismus den Nährboden zu entziehen, weitgehend erreicht worden. Der Erfolg für Afghanistan selbst wird je nach Region und Standpunkt des Beobachters hingegen sehr unterschiedlich und meist zurückhaltend bewertet.

Ein Erfolg aber, der zu wenig zur Kenntnis genommen wird, ist der des Zusammenhalts der Allianz. NATO-Länder sind seit mittlerweile zehn Jahren in Afghanistan engagiert, obwohl der Einsatz Opfer gefordert hat und den Regierungen weder eine gute Presse noch einen Zuwachs an den Wahlurnen verspricht. Angesichts der Tatsache, dass der NATO immer wieder fehlende Kohäsion, mangelnde Lastenteilung und zu geringe Solidarität vorgehalten werden, ist dies ein bemerkenswerter Umstand.

Wie weiter nach Afghanistan?

Ungeachtet der Frage, wie erfolgreich die NATO in Afghanistan war, zeichnet sich ein Ende der Mission ab. Sowohl die USA als auch die NATO haben entsprechende Zeitpläne vorgelegt. Damit stellt sich die Frage nach den Konsequenzen, die das Bündnis aus den Erfahrungen in Afghanistan zieht.

Mit Sicherheit wird versucht, sich für künftige Operationen jenseits der Bündnisverteidigung und weit ab von den Grenzen des NATO-Territoriums besser zu wappnen. Nicht zuletzt deshalb nimmt der Comprehensive Approach, also die Koordination militärischen und zivilen Handelns, solch großen Raum in den künftigen Planungen der NATO ein. Dabei widmet sich die Allianz vor allem der Frage, wie diese an sich nicht sonderlich revolutionäre Idee einer Kombination militärischer und nicht-militärischer Maßnahmen konkret um-

gesetzt werden kann. Schließlich geht es darum, zivile Organisationen und militärische Akteure möglichst frühzeitig, das heißt noch vor Beginn der eigentlichen Operation, an einen Tisch zu bekommen.

Allerdings stellt sich die Frage, ob es in Zukunft überhaupt noch Stabilisierungsmissionen der NATO jenseits der Bündnisverteidigung gemäß Artikel 5 des Washingtoner Vertrages geben wird. Viel wahrscheinlicher ist nämlich, dass sich die NATO nach dem Abzug vom Hindukusch (ob in zwei oder vier Jahren) zu einer eher klassischen Sicherheitsallianz zurückentwickeln wird. Diese wird ihr Handeln weit stärker als in der Vergangenheit an ihrer Verteidi-

gungsrolle – und das beinhaltet die Verteidigung des Territoriums, seiner Bürger und der vitalen Interessen der Mitgliedsländer – orientieren.

Grund für diese wahrscheinliche Re-Orientierung ist die Afghanistan-Mission selbst. Wie auch immer das Abschneiden der NATO dort bewertet werden wird, so wird Afghanistan für alle NATO-Mitglieder auf lange Zeit ein Trauma bleiben. Das gilt nicht nur für den erbrachten Blutzoll. Auch sind die Ergebnisse im Land angesichts des großen militärischen und zivilen Aufwands eher ernüchternd. Selbst wenn es gelingen sollte, in der nächsten Dekade Stabilität und ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum zu erreichen, wird Afghanistan auch langfristig kaum über die Wirtschaftskraft eines afrikanischen Staates wie z. B. des Tschad hinauskommen und stets auf Hilfe von außen angewiesen sein. Dieses bescheidene Resultat ist nicht die Folge von falschem Handeln, sondern eher das Maximum dessen, was in derart unterentwickelten und kriegszerrissenen Ländern überhaupt erreicht werden kann.

Kein NATO-Mitglied wird künftig mehr Illusionen über den Staatsaufbau in armen und instabilen Weltregionen haben. Die Bereitschaft zum „Nation Building“ in Krisengebieten wird dramatisch abnehmen, und selbst Bilder von den Gräueltaten im Kongo oder Sudan werden daran wenig ändern. Stattdessen wird die Einsicht der NATO-Länder über die Begrenztheit der eigenen Möglichkeiten den Kurs der Allianz

Die Zivilbevölkerung braucht internationale Unterstützung beim Wiederaufbau.



Bildnachweis: Dana Ward / Shutterstock

Das gegenseitige Sicherheitsversprechen gemäß Artikel 5 des NATO-Vertrages wird weiterhin die **QUINTESSENZ DES BÜNDNISSES bleiben.**

insgesamt prägen. Die NATO nach Afghanistan wird in vielerlei Hinsicht eine andere sein.

Mit Blick auf ihr Selbstverständnis wird sich das Pendel spürbar weg vom weltweiten Engagement für Frieden und Stabilität und hin zur Sicherheitsvorsorge für die Mitgliedsländer im engeren Sinne bewegen. Zwar kann dies im heutigen globalisierten Sicherheitsfeld auch Aktionen jenseits der Bündnisgrenzen erfordern. Die Vorstellung aber, die NATO würde als Auftragsnehmer der Vereinten Nationen ihre militärischen Dienste für weltweites Krisenmanagement zur Verfügung stellen, ist passé. Energieversorgung, Klimaprobleme oder Streit um natürliche Ressourcen wie Wasser werden nur ganz am Rande zu NATO-Aufgaben werden – ganz gleich, wie populär solche Szenarien derzeit scheinen. Stattdessen wird das gegenseitige Sicherheitsversprechen gemäß Artikel 5 des NATO Vertrages auch weiterhin die Quintessenz des Bündnisses bleiben. Der Wortlaut des neuen Strategischen Konzeptes und die Debatten, die zur neuen NATO-Strategie geführt haben, zeigen diese Schwerpunktsetzung ganz deutlich.

Wird das Ende des Militäreinsatzes in Afghanistan vor allem der Auslöser für den Kurswechsel der Atlantischen Allianz zu ihren Wurzeln sein, so gibt es weitere Bereiche, welche diese Rückwärtsentwicklung fördern: die wirtschaftliche Lage, die Beziehungen zu Russland sowie die Entwicklungen bei den Nuklearwaffen.

KOSTSPIELIGE MILITÄRISCHE EINSÄTZE
außerhalb der jeweiligen Landesgrenzen wird es in Zukunft kaum noch geben.

Die wirtschaftliche Lage wird die Belange der NATO in geradezu dramatischer Weise beeinflussen. Die Folgen der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise werden die Budgets der Bündnismitglieder noch auf Jahre hinaus erheblich belasten. Nimmt man die Erfahrungen der Vergangenheit zum Maßstab, so werden die Ausgaben für das Militär davon besonders betroffen sein. Da es in parlamentarischen Demokratien aus innenpolitischen Gründen wesentlich leichter ist, den Rotstift im Verteidigungsbereich statt bei Sozialausgaben anzusetzen, werden die Verteidigungshaushalte künftig noch mehr als jetzt schon als Steinbrüche zum Stopfen von Haushaltslöchern erhalten müssen. Der Effekt wäre zweifach: Zum einen wird der Anteil der Verteidigungsbudgets an den Gesamthaushalten der NATO-Partner weiter sinken. Schon jetzt erfüllen nur fünf von 28 NATO-Mitgliedern die langjährige Übereinkunft, mindestens 2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Sicherheit und Verteidigung bereitzustellen. Zum anderen wird, da die Wirtschaftsleistung und damit das Bruttoinlandsprodukt derzeit in nahezu allen NATO-Ländern sinken, das Rechnen in Prozentanteilen ohnehin immer weniger aussagekräftig. Der Betrag, der für das Militär künftig zur Verfügung steht, schrumpft überall erheblich.

Nimmt man noch hinzu, dass manche Bündnispartner mehr als zwei Drittel ihrer Verteidigungshaushalte für Personalkosten verwenden, wird deutlich, wie es künftig um Investitionen für neue sicherheitspolitische Herausforderungen steht. Gelder für die militärische Transformation hin zu „Expeditionsstreitkräften“, die rasch in ferne Regionen verlegt werden kön-

nen, wird es kaum geben. Große Projekte für „strategischen Lufttransport“, für moderne Kommunikationsmittel oder was sonst noch auf den Prioritätenlisten der NATO gehandelt wird, werden in einer Weise gestreckt werden, dass das avisierte Ziel weitreichender Machtprojektion in weite Ferne rückt. Die Mehrheit der NATO-Staaten wird noch lange mit dem auskommen müssen, was derzeit zur Verfügung steht und was einst für die Landes- und Bündnisverteidigung beschafft wurde. Auch werden sich viele NATO-Mitglieder schon aus rein finanziellen Gründen kostspieligen militärischen Einsätzen weit jenseits ihrer Landesgrenzen widersetzen.

Die Unsicherheiten hinsichtlich der künftigen Entwicklungen in Russland sind ein zweiter Grund für das künftig engere Verständnis von Bündnisverteidigung. Gerade die osteuropäischen NATO-Mitglieder sehen aufgrund ihrer historischen Erfahrung in Russland nach wie vor eine Bedrohung, deretwegen sie dem Bündnis beigetreten sind. Moskaus oft harsche Rhetorik trägt wenig dazu bei, solche Befürchtungen auszuräumen. Beides, starke Worte und offensive Gesten Russlands, werden sich auf absehbare Zeit nicht ändern. Folglich werden auch die unterschwelligen Ängste im östlichen Teil der NATO bestehen bleiben. Die Kernaufgabe der NATO wird dort nach wie vor in der Landes- und Bündnisverteidigung gemäß Artikel 5 gesehen. All das schließt eine Kooperation mit Moskau auf klar definierten Feldern gemeinsamen Interesses nicht aus. Sie darf aber nicht zu Lasten der Sicherheitsinteressen einzelner NATO-Mitglieder gehen. Die Kernaufgabe der NATO, vor allem Sicherheit für die

Trotz GLOBAL ZERO werden die Welt und die NATO nuklear geprägt sein. Für die NATO NACH AFGHANISTAN werden sich die Prioritäten hin zum Schutz der unmittelbaren Sicherheitsinteressen ihrer Mitglieder verschieben.

Mitgliedsländer, deren Bevölkerung und deren vitalen Interessen zu bieten, wird durch die Lage in Russland aber an Relevanz gewinnen.

Eine Rückbesinnung auf herkömmliche Denk- und Handlungsmuster wird sich auch im Nuklearbereich zeigen. Die derzeit mit großer Verve verbreiteten Träume von einer nuklearwaffenfreien Welt können nicht darüber hinwegtäuschen, dass Kernwaffen auf absehbare Zeit ein Faktor in der internationalen Politik bleiben werden. Nicht umsonst betont das neue Strategische Konzept, dass die NATO eine „nukleare Allianz“ ist. Mehr noch: Die Zahl der Kernwaffenstaaten dürfte eher zu- als abnehmen. Nordkorea hat seinen Status als Atommacht bereits mit einem Kernwaffentest im Oktober 2006 unter Beweis gestellt. Der Iran arbeitet seit Jahren an der Bombe und kommt dem Ziel, eine Atomwaffe zu produzieren, trotz internationaler Drohungen und Sanktionen immer näher. Wird der Iran Kernwaffenstaat, dürften andere Länder in der Region

folgen. Gleiches gilt für den asiatischen Raum. Länder wie Südkorea oder Japan sind bereits heute sogenannte „virtuelle“ Nuklearmächte, also technisch in der Lage, Kernwaffen zu produzieren. Sie dürften diese Option ernsthaft in Erwägung ziehen, je nachdem, wie sich die Lage in Nordkorea entwickelt.

Ein solcher Trend hin zu einer multinuklearen Welt hat zwei Konsequenzen. Zum einen werden Konzepte der nuklearen Abschreckung, die nach dem Ende des Kalten Krieges vorschnell als antiquiert angesehen wurden, eine Renaissance erleben. Zum anderen wird die Idee der nuklearen Sicherheitsversprechen wieder stärker an Bedeutung gewinnen. Schon in der Vergangenheit hatten die USA ihren nuklearen Schutzschirm über die NATO-Verbündeten sowie über Japan und Südkorea ausgedehnt. Dies nannte man „erweiterte Abschreckung“. Ein nuklearer Iran wird von den USA eine Ausweitung ihres Nuklearschirms erfordern, will man die unkontrollierte Ausbreitung von Kernwaffen in der Region verhindern. Die klassische Nuklearstrategie wird also wieder auf der internationalen Agenda stehen.

Die NATO wird nach Afghanistan vermutlich andere Prioritäten haben. Sie dürfte sich weit stärker als heute auf den Schutz der unmittelbaren Sicherheitsinteressen ihrer Mitglieder konzentrieren. Eine solche Evolution ist für sich genommen weder „positiv“ noch „negativ“, allerdings wird sie immer wieder zu Debatten darüber führen, was denn nun diese „vitalen“ Interessen sind. Diese werden nicht immer harmonisch verlaufen und gelegentlich zum Familienkrach führen. Besorgt wird dann mancher wieder den transatlantischen Bruch und

das Dahinscheiden der NATO an die Wand malen. Dabei ist die Erklärung viel banaler: Die NATO ist mehr als nur Afghanistan. Sie ist nach wie vor der Kern euro-atlantischer Sicherheit und darüber hinaus eine überaus agile Organisation. ///



/// DR. KARL-HEINZ KAMP

ist der Forschungsdirektor des NATO Defense College in Rom. Der Autor gibt seine persönliche Meinung wieder.

Anmerkungen

- ¹ Steinberger, Petra: Die Stunde der Imperialisten, in: Süddeutsche Zeitung, 22.11.2001.
- ² Für einen Abzug – 25 Künstler und Intellektuelle rufen auf: In Afghanistan müssen zivile Aufbauorganisationen innerhalb von zwei Jahren an die Stelle der Bundeswehr treten, in: Der Freitag, 8.9.2009.
- ³ Der amerikanische Council on Foundations spricht von 1.550 registrierten Non Governmental Organizations (NGO). Siehe <http://www.usig.org/countryinfo/afghanistan.asp>. Interne Dokumente der NATO gehen von 1.800 aus – eine exakte Zahl ist kaum ermittelbar.
- ⁴ Rotmann, Philipp: Built on Shaky Ground: the Comprehensive Approach in Practice, NDC Research Paper No. 63, Rom 2010.
- ⁵ Dobbins, James u.a.: America's Role in Nation Building, Rand Corporation, Santa Monica 2003, S. 146.

/// Die USA und die internationale Sicherheit

DIE USA, DIE ESVP UND DAS VERHÄLTNIS VON NATO UND EU

F. STEPHEN LARRABEE /// Nach anfänglicher Skepsis haben die USA ihre Bedenken und Einwände gegen die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) aufgegeben. Mittlerweile anerkennen sie, dass die NATO der Unterstützung der EU bedarf, um alle Krisen bewältigen zu können.

Die Haltung der Vereinigten Staaten zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) ist ambivalent. Den USA fällt es schwer zu entscheiden, ob die ESVP nun ein Partner (companion) oder ein Konkurrent (competitor) der NATO ist.¹ Prinzipiell wollen – und brauchen – die Vereinigten Staaten einen starken europäischen Partner, der sie im Umgang mit neuartigen, mehrheitlich aus dem außereuropäischen Raum kommenden Bedrohungen unterstützt. Allerdings wollte Washington nicht, dass sich die ESVP in einer Weise entwickelte, welche die NATO unterminieren könnte, und hat heftig auf jeden Versuch der EU reagiert, eine eigenständige Kapazität zu entwickeln, die nicht eng mit der NATO verbunden ist.

Die amerikanische Reaktion auf den französisch-britischen Gipfel in St. Malo im Dezember 1998 spiegelt diese Bedenken. Während die Clinton-Regierung im Allgemeinen die Entwicklung

eines starken und geschlossenen europäischen Partners unterstützte, hatten etliche amerikanische Amtsträger die Sorge, dieser Gipfel könne einen Versuch darstellen, eine eigenständige europäische Militärcapazität außerhalb der NATO zu entwickeln.

Diese Sorgen wurden auf dem EU-Gipfel 1999 in Helsinki für eine längere Zeit zerstreut. Auf diesem Gipfel verkündete die EU, sie werde nur handeln, wenn „die NATO als Ganzes nicht involviert ist“. Diese Aussage schien anzudeuten, dass der NATO für jeden Krisenfall Priorität eingeräumt werde und dass die EU nur handeln werde, wenn die NATO entscheiden würde, dies nicht zu tun. Hierdurch verringerte die EU – ohne sie gänzlich zu zerstreuen – die amerikanischen Bedenken, dass die ESVP sich zu einem Rivalen der NATO entwickeln könnte.

Die amerikanischen Zweifel wurden erneut offenkundig, als Frankreich,



Bildnachweis: Joe Gough / Fotolia.com

Symbol einer Weltmacht: Das Capitol in Washington

Deutschland, Belgien und Luxemburg auf dem so genannten „Pralinengipfel“ im April 2003 den Vorschlag zur Errichtung einer eigenständigen Operationsplanungszelle in Tervuren durch die EU machten. Dieser Vorschlag ließ in Washington die Alarmglocken schrillen. Er schien ein Abrücken von der „Berlin plus“-Formel zu signalisieren, während die EU in der Lage wäre, auf NATO-Ressourcen zum Krisenmanagement zurückzugreifen, falls die NATO nicht hineingezogen werden wollte. In den Augen vieler US-Beamter schien dies ein erster Schritt zur Schaffung einer europäischen Militärkapazität außerhalb der NATO zu sein und damit eine Bedrohung des Vorranges der NATO als des Schlüsselforum für die transatlantische Sicherheitszusammenarbeit.

Einige amerikanische Amtsträger hielten **FRANKREICH** als größten Gegner der US-Politik.

Die starke amerikanische Reaktion auf den Vorschlag der Errichtung einer Planungszelle in Tervuren spiegelte auch die weitere Sorge, dass einige EU-Mitglieder, besonders Frankreich, versuchen könnten, die EU als „Gegengewicht“ zur NATO zu etablieren. Diese Befürchtungen wurden noch verstärkt durch Präsident Chiracs Betonung der „Multipolarität“ – einem Codewort für den Ausgleich bzw. die Eindämmung der US-Macht – sowie durch die französisch-deutsche Opposition gegen die US-Invasion im Irak. In den Augen mancher amerikanischer Amtsträger schien Frankreich von einem aufsässigen Ver-

bündeten zu einem regelrechten Gegner der US-Politik geworden zu sein.

Der Wind des Wechsels

Im letzten Jahrzehnt hat sich die Haltung der USA zur ESVP allmählich in eine positivere Richtung bewegt. Nach Jahren der Verunglimpfung der ESVP haben die amerikanischen Amtsträger mittlerweile erkannt, dass die EU mit ihrer Betonung ziviler Kapazitäten durchaus etwas anzubieten hat, auch wenn sie nicht viel zur Lösung hochgradiger Konflikte beitragen kann.

Gleichzeitig haben die USA realisiert, dass die Bedrohung der NATO durch die ESVP bei Weitem nicht so gravierend ist, wie viele US-Kritiker glauben wollten. Während die ESVP in der europäischen Öffentlichkeit starke Unterstützung erhält, gibt es auf dem Weg zu einer ESVP, die eine ernsthafte Herausforderung des Primats der NATO darstellen könnte, eine Reihe von Hindernissen. Das erste und wichtigste stellt die britische Politik dar. In den letzten Jahren ist zunehmend deutlicher geworden, dass eine starke ESVP ohne England nicht möglich ist und dass London nicht gewillt ist, seine besonderen Beziehungen zu Washington auf dem Altar der ESVP zu opfern. Dies gilt für die neue konservative Regierung unter David Cameron genauso, wie es für die Labour-Regierungen unter Tony Blair und Gordon Brown galt.

Außerdem hat die Aufnahme zehn neuer Länder in Osteuropa die politische Balance innerhalb der EU verändert und den Einfluss der „Atlantiker“ innerhalb der Organisation gestärkt. Die neuen osteuropäischen Mitgliedsstaaten unterstützen zwar die ESVP, wollen aber nicht, dass die Stärkung der

Die Aufnahme zehn neuer Länder in Osteuropa hat den Einfluss der „ATLANTIKER“ innerhalb der Organisation gestärkt.

ESVP zu einer Schwächung der NATO führt. Dasselbe gilt für die atlantisch orientierten westeuropäischen NATO-Mitglieder – Portugal, Dänemark, die Niederlande und Italien. Alles zusammen genommen, kann man darauf zählen, dass die „Atlantiker“ jeden Versuch blockieren werden, die ESVP in eine anti-amerikanische Richtung zu dirigieren.

Die Veränderung der amerikanischen Haltung zur ESVP ist Teil einer umfassenderen Veränderung der allgemeinen amerikanischen Haltung zur EU. Über weite Strecken in den 1990er-Jahren wurde die EU von den Vereinigten Staaten entweder ignoriert oder man neigte dazu, sie als potenziellen Rivalen der NATO zu sehen. Letztere Befürchtung war vor allem in den ersten Jahren der Bush-Regierung vorherrschend. In ihrer ersten Amtszeit war die Bush-Regierung misstrauisch gegenüber Bemühungen zur Stärkung des europäischen Zusammenhalts, besonders in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung. Indem sie die grundsätzliche Unterstützung aufgab, welche die Clinton-Regierung der EU gewährt hatte, nahm die Bush-Regierung eine deutlich skeptischere Haltung gegenüber der europäischen Integration ein, da sie befürchtete, eine stärkere EU wäre ein unbequemer Partner und würde die NATO unterminieren.

Allerdings begann die Bush-Regierung in ihrer zweiten Amtszeit eine wesentlich positivere Haltung zur EU einzunehmen. Während seiner Europareise im Februar 2005 besuchte Präsident Bush nicht nur das NATO-Hauptquar-

Während seiner Europareise im Februar 2005 besuchte Präsident Bush sowohl das NATO-Hauptquartier als auch die EU. Er betonte seine **UNTERSTÜTZUNG** für ein starkes, einiges Europa.

tier, sondern stattete auch der EU einen Besuch ab – als erster US-Präsident überhaupt. In seiner Rede in Brüssel betonte Bush ausdrücklich, dass die USA ein starkes, einiges Europa unterstützten.²

Bushs Rede signalisierte eine Abkehr seiner Regierung von der früheren Ambivalenz gegenüber der europäischen Integration. Diese Abkehr war auf die veränderten strategischen Realitäten in der Welt nach dem Kalten Krieg zurückzuführen, besonders seit dem 11. September: Im Einzelnen sind dies die größere Notwendigkeit, Alliierte zu finden, um neuen Herausforderungen für die Sicherheit begegnen zu können, sowie die Bemühungen der EU, eine umfangreichere Sicherheits- und Verteidigungsdimension zu entwickeln, und schließlich die begrenzten Möglichkeiten der NATO, einigen dieser neuen Herausforderungen zu begegnen. Diese Entwicklungen trugen zu der wachsenden Erkenntnis bei, dass ein stärkerer, einiger europäischer Partner im Interesse der USA sei – eine Position, die von der Obama-Regierung in noch stärkerem Maße übernommen worden ist. Während die USA die EU nun eher als einen

entscheidenden Partner und weniger als einen potenziellen Rivalen sehen, bleiben dennoch einige kontroverse Punkte.

Operationsplanung

Operationsplanung war und ist ein wichtiges Thema für die USA. Manche EU-Mitglieder, besonders Frankreich, argumentieren, dass die EU dort eine eigene Kapazität zur Operationsplanung benötigt, wo die NATO nicht verwickelt werden möchte. Es war immer Tradition der Vereinigten Staaten, einer derartigen Konstellation entgegenzuwirken, da man die Befürchtung hegte, dies würde die Planung erschweren und zu unnötigen Duplizitäten führen. Dies war einer der Hauptgründe, warum Washington so heftig auf den Vorschlag, eine EU-Planungszelle einzurichten, reagierte.

Allerdings entstand der Streit über Tervuren aus dem Kontext wachsender Differenzen zwischen den USA und Frankreich bezüglich des Iraks. Außerdem glaubte Washington, dass Präsident Chirac versuche, die ESVP als ei-

DIE BEZIEHUNGEN zwischen den USA und Frankreich haben sich mittlerweile entspannt.

nen Rivalen bzw. ein Gegengewicht zur NATO zu etablieren. Mittlerweile haben sich die Beziehungen zwischen den USA und Frankreich entspannt und normalisiert. Anders als Chirac sieht Präsident Sarkozy NATO und ESVP als jeweilige Ergänzung, und nicht als Rivalen. Frankreichs Rückkehr in die militärische Struktur der NATO hat darüber hinaus die Atmosphäre der Verdächtigungen und des Misstrauens zwischen beiden Seiten verringert und die Etablie-

rung von EU-Planungskapazitäten zu einer weniger kontroversen und einfacher zu handhabenden Angelegenheit gemacht.

Krisenmanagement

Traditionell sehen die USA die NATO als eine optionale Organisation zum Krisenmanagement. Der Helsinki-Gipfel von 1999 stellte das Prinzip auf, dass die EU dann in das Krisenmanagement einbezogen wird, „wenn die NATO als Ganzes nicht involviert ist ...“ Dies wurde weitgehend so interpretiert, dass die EU im Krisenmanagement nur dann die Führung übernehmen soll, wenn die NATO nicht beteiligt sein will.

Die Krise in Darfur demonstrierte allerdings, dass man weit von einer Lösung des Problems entfernt war. Anfänglich führte die Krise zu einem unangemessenen „Schönheitswettbewerb“ zwischen beiden Organisationen. Die Vereinigten Staaten sahen die Krise als eine Gelegenheit für die NATO, ihre

weiterhin bestehende Relevanz und globalere Ausrichtung zu demonstrieren, während Frankreich argumentierte, dass die EU und nicht die NATO die Führungsrolle im Umgang mit der Krise übernehmen solle. Schließlich kam es zu zwei Luftbrücken – eine der NATO und eine der EU.

Die **KONKURRENZ** zwischen NATO und EU zeigte sich besonders an der Krise in Darfur.

Die Differenzen über Darfur unterstrichen die Begrenztheit der Möglichkeiten, wenn man sich auf ad-hoc Vereinbarungen verließ. Wenn man zukünftige Probleme vermeiden will, wird es notwendig sein, im Voraus vereinbarte Mechanismen einzurichten, einschließlich gemeinsamer Planung und Bereitstellung der Kräfte. Ohne solche Vereinbarungen wird es für NATO und

Das NATO-Hauptquartier in Brüssel



EU schwierig werden, sich auf eine Kooperation zu einigen – wie es anfänglich in Darfur der Fall war.

Kooperation zwischen NATO und EU

Seit Darfur hat es beachtliche prinzipielle Fortschritte bei der Verbesserung der Kooperation zwischen NATO und EU gegeben. Das neue Strategiekonzept, das auf dem Lissabonner Gipfel vereinbart wurde, erkennt ausdrücklich die Wichtigkeit einer verbesserten Zusammenarbeit mit der EU an. Festgehalten wird, dass „eine aktive und effektive Europäische Union zur Sicherheit der Euro-Atlantischen Zone beiträgt“ und dass NATO und EU „einander ergänzende Rollen“ bei der Verbesserung der Sicherheit in der Region spielen.³ Allerdings wird nicht spezifisch erläutert, wie diese Kooperation verbessert werden könnte. Dies ist eine beachtliche Schwäche und sollte im Rahmen des verstärkten Dialogs zwischen den beiden Institutionen angesprochen werden.

Gleichzeitig besteht die Notwendigkeit, einige der Modalitäten der Kooperation zwischen NATO und EU zu überdenken. In der Vergangenheit konzentrierte sich der Dialog zwischen NATO und EU größtenteils darauf, in welcher Weise die NATO die EU bei der Durchführung militärischer Operationen unterstützen könnte. Wie allerdings mein Kollege von der RAND Corporation, James Dobbins, aufgezeigt hat, ist es die NATO, welche die Hilfe der EU benötigt, um viele der Aufgaben erfüllen zu können, die heute von ihr verlangt werden, und nicht umgekehrt.⁴ Es wäre durchaus möglich, so Dobbins weiter, sich eine von der EU geführte Operation vorzustellen, die ohne Mitwirkung der NATO stattfindet. Allerdings ist es beinahe unmöglich, sich eine nation-building Operation vor-

Die NATO bedarf der **UNTERSTÜTZUNG DER EU**, um ihre Aufgaben erfüllen zu können.

zustellen, die von der NATO ohne die Mitwirkung der EU durchgeführt wird.

Die EU verfügt über eine Reihe ziviler Kapazitäten, die der NATO fehlen und die während der Stabilisierungs- und Wiederaufbauphasen von Friedensoperationen gebraucht werden. Das neue Strategiekonzept fordert die NATO auf, eine bescheidene Kapazität zum zivilen Management aufzubauen, um effektiver mit zivilen Partnern interagieren zu können.⁵ Wie Dobbins allerdings feststellt, ergibt es wenig politischen und finanziellen Sinn, solche zivilen Kapazitäten innerhalb der NATO zu duplizieren, wenn es sie innerhalb der EU bereits gibt. Eher sollte die NATO die Möglichkeit haben, auf die Ressourcen der EU zurückzugreifen. Dies würde im Endeffekt ein „umgekehrtes Berlin plus“ ergeben.

Frankreichs Rückkehr in die militärischen Strukturen der NATO erleichtert die Kooperation zwischen NATO und EU. Derzeit ist das hauptsächliche Hindernis, durch das eine engere Kooperation zwischen NATO und EU blockiert wird, nicht Frankreich, sondern die Türkei. Im Zusammenhang mit ihrem Versuch, Druck auf die EU auszuüben, damit diese Zugeständnisse in der Zypern-Frage und ihrem Wunsch nach EU-Zugehörigkeit macht, hat Ankara eine en-

gere Zusammenarbeit zwischen NATO und EU verhindert – eine Taktik, mit der es sowohl EU- als auch NATO-Offizielle gegen sich aufgebracht hat.

Angesichts der Wichtigkeit einer engeren Zusammenarbeit zwischen NATO und EU zur Verbesserung des Krisenmanagements müssen größere Anstrengungen unternommen werden, um die Einwände der Türken zu überwinden. NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen hat zum Beispiel vorgeschlagen, dass die EU mit der Türkei eine Vereinbarung abschließen könnte, durch die Ankara ein besonderer Status bei der Europäischen Verteidigungsagentur eingeräumt und die Tür-

Die **TÜRKEI BLOCKIERT** weiterhin eine Zusammenarbeit zwischen NATO und EU.

kei an der Entscheidungsfindung über EU-Sicherheitsmissionen beteiligt wird.⁶ Dies würde die Türkei klarer in die EU-Sicherheitsstrukturen integrieren und könnte helfen, aus der derzeitigen Sackgasse herauszukommen. Für Norwegen, das wie die Türkei Mitglied der NATO, aber kein EU-Mitglied ist, besteht solch eine Vereinbarung. Warum sollte man nicht dasselbe für die Türkei tun? Allerdings hat Zypern sein Veto gegen Rasmussens Vorschlag eingelegt.

Die Wurzel des Problems ist das Gefühl der Türkei, ausgeschlossen zu sein. Die Türkei ist der drittgrößte Teilnehmer an ESVP-Operationen. Aber als nicht-Mitglied der EU hat die Türkei keine besonderen Rechte. Solange die Türkei den Eindruck hat, dass ihre Probleme nicht beachtet werden, wird sie wahrscheinlich weiterhin eine Zusammenarbeit zwischen

NATO und EU blockieren. Eine Lösung läge darin, der Türkei einen Status einzuräumen, den sie innerhalb der Westeuropäischen Union (WEU) innehatte, bevor diese in der EU aufging.⁷ Dann hätte die Türkei nicht mehr das Gefühl, ausgegrenzt zu sein, und wäre eher bereit, ihre Blockade einer Zusammenarbeit zwischen NATO und EU aufzugeben.

Die europäische Fraktion

Eine der Hauptsorgen der USA ist, dass eine stärkere ESVP zur Formierung einer „europäischen Fraktion“ innerhalb der NATO führen könnte – das heißt, dass nicht-EU-Mitglieder im Zusammenhang mit Debatten innerhalb der NATO mit einer gemeinsamen Front seitens der EU-Mitglieder konfrontiert wären. Mehrere aufeinander folgende US-Regierungen haben gegen eine derartige Fraktionsbildung vehement opponiert, da dies die Entscheidungsfindung der Allianz erheblich verkomplizieren könnte. Europäischen Alliierten, die gleichzeitig EU-Mitglieder sind, könnte der Wille zu Kompromisslösungen fehlen, falls dabei schwer erarbeitete Positionen innerhalb der EU auf dem Spiel ständen. Außerdem könnte eine europäische Fraktion den Prozess alliierter Entscheidungsfindung verlangsamen, falls die Allianz erst abwarten müsste, bis die EU eine gemeinsame Position gefunden hätte.

Die Formierung einer europäischen Fraktion könnte besonders störende Auswirkungen auf die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten haben. Sie könnte im Kongress eine starke Gegenreaktion provozieren und zu einer Verringerung der Unterstützung für NATO und EU führen. Allerdings dürfte die EU-Erweiterung die Aussichten auf die Bildung einer solchen Fraktion verringern. Die pro-Atlantik Länder inner-



NATO-Truppen im Afghanistan-Einsatz

halb der EU, insbesondere Großbritannien, Spanien und die neuen Beitrittsländer in Mittel- und Osteuropa, werden kaum einer verteidigungs- oder sicherheitspolitischen Position zustimmen, die offen gegen die USA gerichtet wäre.

Der Blick nach vorn: Was geschehen sollte

Während die Kooperation zwischen NATO und EU voranschreitet, müssen die USA und Europa sicherstellen, dass dadurch die transatlantische Bindung gestärkt und nicht geschwächt wird. Mehrere Schritte sind notwendig, damit dies der Fall ist.

Zunächst sollten die Vereinigten Staaten akzeptieren, dass Europa ein ge-

wisses Maß an eigenständiger Operationsplanung außerhalb der NATO braucht. Angesichts der vorrangigen Beschäftigung der USA mit Afghanistan, dem Iran und dem Krieg gegen den Terrorismus sind europäische Bedenken, dass die Vereinigten Staaten in bestimmten Situationen nicht involviert sein möchten, durchaus berechtigt. Für die wenigen Fälle, in denen die USA keine Verwicklung der NATO wünschen, brauchen die Europäer daher eine eigene Handlungskapazität, um in der Lage zu sein, selbst zu handeln.

Zweitens müssen die Übergangsprozesse und Prioritäten im Bereich der Verteidigung in den USA und Europa eng miteinander harmonisiert werden. Die Vereinigten Staaten und Europa

müssen eine gemeinsame Wahrnehmung von Bedrohungen sowie gemeinsame oder zumindest kompatible Militärdoktrinen entwickeln.

Drittens müssen NATO und EU Mechanismen entwickeln, die schnelle, koordinierte Reaktionen im Krisenfall erlauben. Dies sollte die Entwicklung von Planungsmechanismen und Mechanismen des Aufbaus der Kräfte sowie eine verbesserte politische Konsultation beinhalten. Bis eine derart fortgeschrittene Planung in die Tat umgesetzt ist, wird es NATO und EU wahrscheinlich schwer fallen, in Zukunft miteinander zu kooperieren, und viele der Probleme, die während der Darfur-Operation offenkundig wurden, dürften sich wiederholen.

Viertens müssen die Vereinigten Staaten anerkennen, dass die EU zunehmend zu einem wichtigen Partner in der Politik und in Sicherheitsfragen wird. In Zukunft werden Verteidigungspolitik und die entsprechenden Beschlüsse zunehmend im europäischen Rahmen stattfinden. Dies wird erfordern, dass die Vereinigten Staaten eine stärkere Sicherheitspartnerschaft mit der EU entwickeln. ///



/// F. STEPHEN LARRABEE

ist Inhaber des Distinguished Chair in European Security der RAND Corporation in Arlington, USA.

Anmerkungen

Der Beitrag wurde vom Amerikanischen ins Deutsche übersetzt.

¹ Siehe Hunter, Robert E.: The European Security and Defense Policy: NATO's Companion – or Competitor?, RAND, MR-1463-NDRI/RE, Santa Monica 2002.

² Der Text von Bushs Rede findet sich unter: <http://www.whitehouse.gov/news/releases/2005/02/20050221.html>

³ Siehe Strategic Concept for the Defense and Security of the Members of the North Atlantic Treaty Adopted at Lisbon, Abschnitt 32.

⁴ Siehe Dobbins, James: Friends Again?, in: Friends Again: EU-U.S. Relations after the Crisis, hrsg.von Marcin Zaborowski, Paris 2006, S. 26.

⁵ Strategic Concept, Abschnitt 25.

⁶ Siehe Rasmussen drängt die EU, der Türkei eine Rolle in der Sicherheitspolitik zuzugestehen, in: Today's Zaman, 1.10.2010. Siehe auch: Rasmussen konzentriert sich auf die Verbindung zwischen NATO und EU, in: Hurriyet Daily News, 8.10.2010.

⁷ Die Türkei war assoziiertes Mitglied der WEU, was ihr die Teilnahme an Sicherheitsoperationen der WEU ermöglichte. Die Türkei verlor diesen Status, nachdem die WEU in der EU aufgegangen war – eine Entscheidung, die in Ankara für beachtliche Verstimmung sorgte.

Die USA müssen akzeptieren, dass die EU ein wichtiger Partner in der Politik und in Fragen der INTERNATIONALEN SICHERHEIT ist.

/// Chinas Öffnung hin zum Westen

CHINA PFLEGT SEIN IMAGE MIT KONFUZIUS

FALK HARTIG /// China ist zurück auf der Weltbühne und agiert auf dieser zunehmend selbstbewusst. Doch dieses wiedererstarke Selbstbewusstsein wird auch von einer erstaunlichen „Charme Offensive“ begleitet, mit der das Reich der Mitte vor allem dem Westen die „China-Angst“ nehmen will. Diese aktive Außendarstellung der Volksrepublik, die das Land als friedlichen Partner darstellen soll, stößt allerdings trotz gewaltiger Investitionen seitens der chinesischen Regierung an systemimmanente Grenzen.

Chinas Rückkehr auf die Weltbühne

Seit Beginn der Reform- und Öffnungspolitik 1978/79 hat sich die Volksrepublik China nicht nur ökonomisch zu einem der weltweit führenden Akteure entwickelt. Mit dem Bedeutungszuwachs im Wirtschaftsbereich ist China auch globalpolitisch zunehmend wieder ins Blickfeld der Welt gerückt. Dieser Tatsache ist sich Peking sehr wohl bewusst und dementsprechend haben sich auch die außenpolitischen Strategien im Laufe der vergangenen 20 Jahre erkennbar verändert. Seit den frühen 90er-Jahren galt Deng Xiaopings Diktum, wonach China in der Außenpolitik seine „Fähigkeiten verbergen und Zurückhaltung üben“ sollte. Dieser Ansatz wurde von Dings Nachfolger Jiang Zemin rhetorisch weitergeführt. Jiang war der Überzeugung, dass Chinas Außenpoli-

tik darauf ausgerichtet sein müsse, Vertrauen auf- und auszubauen, Schwierigkeiten zu vermeiden, die internationale Zusammenarbeit zu fördern und so insgesamt Konfrontationen zu vermeiden.

Diese Zurückhaltung hat Peking in den letzten Jahren abgelegt. Mitte dieses Jahrzehnts wurde zunächst Chinas „Friedlicher Aufstieg“ propagiert. Als die chinesische Führung aber merkte, dass die direkten Nachbarn und einige westliche Länder hauptsächlich den „Aufstieg“ und nicht dessen „friedliche“ Ausrichtung wahrnahmen, wurde das Konzept modifiziert und firmiert seither unter dem Schlagwort der „Friedlichen Entwicklung“, die zur Schaffung einer „harmonischen Welt“ beitragen soll. Ende 2009 legte der derzeitige Partei- und Staatschef Hu Jintao eine außenpolitische Initiative vor, die deutlich erkennbar

von der seiner Vorgänger Deng und Jiang abweicht. Laut Hu soll sich China nun energisch an globalen Angelegenheiten beteiligen und ebenso zur Schaffung der „harmonischen Welt“ beitragen.

Basierend auf diesen Konzepten betreibt Peking eine zunehmend aktive Außenpolitik. Das Land übernimmt als regionale Führungsmacht vermehrt Verantwortung und engagiert sich beispielsweise verstärkt im Rahmen internationaler Schutz- und Friedenstruppen. Das grundlegende Ziel dieser im Großen und Ganzen auf Kooperation ausgerichteten Außenpolitik ist die Schaffung einer friedlichen Umgebung, die für die weitere Entwicklung des Landes – und somit für die Machtsicherung der Kommunistischen Partei – unerlässlich ist.

Allerdings hat die Volksrepublik trotz dieser selbst betriebenen Integration in die internationale Gemeinschaft zumindest im Westen ein Imageproblem. Die Streitigkeiten um die Aufwertung der chinesischen Währung, die rüden Reaktionen auf die Verleihung des Nobelpreises an Liu Xiaobo oder die aggressiven Gebietsstreitigkeiten mit Japan zeigen, dass sich Peking seiner neuen Stellung durchaus bewusst und auch bereit ist, diese für seine Zwecke einzusetzen. Auch wenn diese Aktionen, die immer auch als Botschaft an die chinesische Bevölkerung zu lesen sind, im Westen mitunter Kopfschütteln und Unverständnis hervorrufen, weiß Peking doch um die „China-Angst“ des Westens und versucht, die-

Partei- und Staatschef Hu Jintaos Konzept der „FRIEDLICHEN ENTWICKLUNG“: China öffnet sich der Welt.



ser neuerdings mit einer „Charme Offensive“¹ zu begegnen.

Konzepte chinesischer Außendarstellung: Public Diplomacy und Soft Power

Die Integration in die Weltpolitik geht einher mit einer zunehmend institutionalisierten Außendarstellung der Volksrepublik. So wurden beispielsweise seit Beginn der Reformpolitik in chinesischen Ministerien auf verschiedenen administrativen Ebenen die Posten von Pressesprechern eingeführt und seit Anfang der 90er-Jahre publiziert China Stellungnahmen zu Themen, die international kontrovers diskutiert werden, in Form sogenannter Weiß-Bücher. Während diese Maßnahmen in erster Linie als Informationsmöglichkeiten für offizielle Stellen im Ausland und ausländische Journalisten zu verstehen sind, erweitert die chinesische Regierung seit einigen Jahren ihre Arbeit auch auf dem Gebiet der Public Diplomacy. Anders als traditionelle Diplomatie, bei der es vornehmlich um die Kommunikation zwischen Regierungen geht, bezieht sich Public Diplomacy auf die Kommunikation einer Regierung mit der Öffentlichkeit eines anderen Landes.

In diesem Zusammenhang ist auch der Begriff der Soft Power von Bedeutung. Geprägt vom US-amerikanischen Politikwissenschaftler Joseph Nye meint diese weiche Macht die Fähigkeit, das zu erreichen, was man will, und zwar nicht durch Zwang, sondern durch Anziehungskraft. Für Nye sind die Quellen von Soft Power die Kultur, die politischen Werte und die politischen Strategien eines Landes.²

In China bezieht man sich auf Nyes Konzept, adaptiert dies allerdings zweckrational und passt es – wie bei fast allen politischen Begrifflichkeiten üblich – den chinesischen Gegebenheiten an. Ein Streitpunkt in China ist die Frage, welche Rolle Kultur in diesem Konzept spielen soll. Yu Xintian beispielsweise ist der Ansicht: „Kultur ist der Kern von Soft Power“.³ Ihr gegenüber stehen Wissenschaftler wie Yan Xuetong, der argumentiert, dass die Soft Power eines Landes viel mehr auf der politischen Leistungsfähigkeit als auf Kultur beruht.⁴ Argumentativ steht Yu damit dem offiziellen chinesischen Verständnis von Soft Power näher, während Yan einen Ansatz vertritt, der das Dilemma dieses Konzepts für die chinesische Regierung aufzeigt.

Mag Pekings Entwicklungsmodell von entfesseltem Markt und nach wie vor autoritärer Herrschaft in einigen Ländern der Dritten Welt ein Erfolgsmodell sein, global lässt sich das Image der Volksrepublik mit diesen politischen Werten und Strategien nicht nachhaltig verbessern. Dass Hu Jintao in seiner Parteitagrede 2007 Soft Power vor allem mit dem Parameter Kultur in Verbindung brachte, erscheint da nur folgerichtig. Interessanterweise bezieht man sich in China vor allem auf die traditionelle Kultur. Dies geschieht wohl als Reminis-

„TRADITIONELLE KULTUR“ als Vermittler: Mit Mah-Jongg und chinesischer Medizin soll das Image unverfänglich verbessert werden.

zenz an die vieltausendjährige chinesische (Kultur)Geschichte. Außerdem hat die traditionelle Kultur den Vorteil, dass sie als genuin „chinesisch“ verstanden werden kann, während moderne Kulturerscheinungen oftmals aus dem Westen importiert sind. Allerdings drängt sich in diesem Zusammenhang noch ein dritter Gedanke auf: Möglicherweise wird von offizieller Seite die traditionelle Kultur in erster Linie als apolitisch und somit weniger „gefährlich“ betrachtet. Die Internetkultur, die kritische Blogs und Satirevideos hervorbringt, oder der im Westen so gefeierte Ai Weiwei bereiten der Führung sicherlich größeres Kopferbrechen als Kalligraphie, Mah-Jongg oder traditionelle chinesische Medizin.

Chinas Außerdarstellung in der Praxis

Bei der Außerdarstellung geht es also darum, andere Staaten und deren Bevölkerung von den guten Absichten Chinas zu überzeugen, und dabei setzt Peking vor allem auf Information und Kulturvermittlung. Einerseits investiert die Regierung große Summen in chinesische Staatsmedien, damit diese einem möglichst globalen Publikum die chinesische Sicht der Dinge erklären. Andererseits werden auf der ganzen Welt Kulturinstitute gegründet, die die chinesische Kultur und Sprache vermitteln sollen.

In den vergangenen zwei Jahren hat Peking rund 8,7 Milliarden US Dollar in seine vier großen staatlichen Medienbetriebe, die Nachrichtenagentur Xinhua, das Staatsfernsehen CCTV, den Radiosender Radio China International und die englischsprachige Tageszeitung China Daily investiert. Die jüngste Maßnahme war die Inbetriebnahme des englischsprachigen Fernsehsenders China Xinhua News Network Corporation

(CNC) im Juli 2010. Der täglich 24 Stunden sendende Nachrichtenkanal gehört zur Nachrichtenagentur Xinhua und soll laut offiziellen Angaben „einen internationalen Blick auf die Welt aus chinesischer Sicht präsentieren“.⁵ Da die chinesischen Medien trotz aller Fortschritte nach wie vor nicht wirklich unabhängig berichten können und vor allem die erwähnten großen Staatsmedien in erster Linie als Sprachrohr der Kommunistischen Partei gelten, haben all diese Angebote im globalen Wettbewerb vor allem im Westen ein ernstes Glaubwürdigkeitsproblem.

Kultur- und Sprachvermittlung durch die Konfuzius-Institute

Ein anderes Instrument der chinesischen Außerdarstellung bilden die weltweit entstehenden chinesischen Kulturinstitute im Namen des Philosophen Konfuzius. Bereits die Namenswahl ist aufschlussreich. Im März 2004 beschloss der chinesische Staatsrat, die zu gründenden Institute nach Konfuzius zu benennen.⁶ Diese Entscheidung ist durchaus bemerkenswert. Noch in der Kulturrevolution galt Konfuzius als der „Weise“ der reaktionären Klasse⁷ und seine Lehre, der Konfuzianismus, galt als Grundübel der Gesellschaft und als eines ihrer entscheidenden Entwicklungshemmnisse. Dies ist heute offiziell vergessen und die Namenswahl erfolgte mit Bedacht.

Konfuzius sagt ... - Kultur- und Sprachvermittlung soll unter seinem Namen und im GEISTE DER HARMONIE vermittelt werden.

Einerseits ist ein Hauptaspekt der konfuzianischen Lehre das Konzept der Harmonie, welches sich im außenpoliti-

schen Ziel des Aufbaus einer „harmonischen Welt“ spiegelt. Andererseits kann sicherlich unterstellt werden, dass Peking den Wert der Marke Konfuzius für sich nutzen möchte, da Konfuzius weltweit die bekannteste Figur der chinesischen Geistesgeschichte ist und außerdem ein Mao-Zedong-Institut in den meisten Ländern wohl eher weniger willkommen gewesen wäre.⁸ Neben all diesen taktischen Erwägungen gilt Konfuzius als „Lehrer der 10.000 Generationen“ und bietet sich auch so als Namenspatron für ein Kulturinstitut bestens an.

Im Jahr 2004 wurden die ersten Konfuzius-Institute gegründet, Mitte 2010 existierten 316 Konfuzius-Institute und 337 Konfuzius-Klassenzimmer in 94 Ländern. Beide Einrichtungen unterscheiden sich lediglich in einigen organisatorischen Aspekten, Aufgabe und Zielsetzung sind identisch. Wenn das Goethe-Institut mit seinen derzeit 136 Instituten und elf Verbindungsbüros in 92 Ländern als Vergleich dient, dann sind die chinesischen Zahlen überaus beeindruckend. Allerdings muss konstatiert werden, dass noch nicht alle der bereits gegründeten Institute auch schon arbeiten. Darüber hinaus sind viele der Konfuzius-Institute von der Größe und Ausstattung her nicht mit den Goethe-Instituten zu vergleichen.

Organisation und Finanzierung der Konfuzius-Institute

Ein weiterer Unterschied zu den Goethe-Instituten, die gemäß chinesischen Quellen als ein Vorbild für die Konfuzius-Institute dienten,⁹ sind die unterschiedlichen Organisationsformen der chinesischen Einrichtungen. Während China die Institute an verschiedenen Standorten, vor allem in Afrika, allein

betreibt und auch finanziert, sind die meisten Konfuzius-Institute in Europa, Amerika, weiten Teilen Asiens und in Ozeanien Joint Ventures zwischen chinesischen und örtlichen Partnern.

Auch wenn jedes Institut seine Besonderheiten bei Struktur und Organisation hat, lassen sich zumindest für die als Joint Ventures organisierten Konfuzius-Institute einige grundlegende Gemeinsamkeiten erkennen. In Deutschland zum Beispiel existieren elf Institute (und ein Klassenzimmer), von denen die meisten Kooperationsprojekte zwischen deutschen und chinesischen Universitäten sind, die oft schon jahrelang vorher zusammengearbeitet haben. Die deutsche Seite stellt im Rahmen dieser Kooperation die Räumlichkeiten und Ortskräfte, die chinesische Universität schickt zwei oder drei Sprachlehrer, von denen eine / r auch Managementaufgaben übernimmt. Darüber hinaus werden die Institute finanziell von Hanban unterstützt.

Hanban, die Nationale Leitungsstelle für Chinesisch als Fremdsprache in Peking, setzt sich aus Mitgliedern von zwölf Ministerien und Kommissionen der chinesischen Zentralregierung zusammen, wobei das Erziehungsministerium federführend ist. Hanban koordiniert die Zusammenarbeit der Universitäten, entsendet chinesisches Personal an die Institute, stellt Lehrmaterialien zur Verfügung und eben auch Finanzmittel. Im Jahr 2009 investierte Hanban rund 60 Millionen US-Dollar, dank der Joint Venture-Struktur sind dies allerdings nur rund 50 % des Gesamtbudgets. Die restlichen 50 % kommen von den internationalen Partnern. Laut offiziellen Statuten zahlt Hanban jedem Institut zwischen 50.000 und 100.000 US-Dollar jährlich als Finanzhilfe. In ihrem Jahresbericht für 2009 allerdings

erklärte Xu Lin, die Generalsekretärin aller Konfuzius-Institute, dass durchschnittlich bis zu 400.000 US-Dollar für jedes Institut ausgegeben wurden.¹⁰ Andere Studien zeigen, dass zum Beispiel in Japan einige Institute bis zu 200.000 US-Dollar bekommen.¹¹ Die deutschen Institute erhalten jährlich durchschnittlich 100.000 US-Dollar, können aber für Sonderprogramme weitere Gelder beantragen.

Insgesamt ist die Joint-Venture-Struktur ein durchaus cleveres Modell: Indem China das globale Interesse an seiner Kultur und vor allem an seiner Sprache geschickt nutzt, bezahlen internationale Partner einen Teil der chinesischen Imagekampagne im Ausland mit. Außerdem, und hierin besteht ein entscheidender Unterschied zu den Bemühungen der chinesischen Staatsmedien, profitieren die Institute durch die Joint Venture-Struktur vom Renommee der Gastinstitutionen. Ein weiterer Vorteil dieses Kooperativmodells besteht für die chinesische Seite darin, dass alle Konfuzius-Institute in Deutschland eingetragene Vereine und somit deutsche Körperschaften sind. So gelten sie formal nicht als chinesische Einrichtungen. Dieser Aspekt ist nicht unbedeutend, da die chinesische Regierung bei der Einrichtung ausländischer Kulturinstitute in China selbst noch immer sehr restriktiv ist. Da Peking das Motto „Ein Land, ein Kulturinstitut“ verfolgt, hat beispielsweise das Goethe-Institut in China offiziell lediglich nur ein Büro in Peking und der zweite Standort in Shanghai wird offiziell vom dortigen Konsulat betrieben. Mit den Joint Ventures hält sich Peking formal an diese Vereinbarung, hat aber faktisch ein viel größeres Netzwerk von Kultureinrichtungen.

Die **JOINT-VENTURE-STRUKTUR** der Konfuzius-Institute bringt China sowohl finanzielle als auch ideelle Vorteile.

Was passiert in den Konfuzius-Instituten?

Konfuzius-Institute richten sich in erster Linie, aber nicht ausschließlich, an die interessierte Öffentlichkeit, die kein Spezialistenwissen über China besitzt, und vermitteln dieser Zielgruppe die chinesische Sprache und Kultur. Gebührenpflichtige Sprachkurse gibt es für verschiedene Sprachniveaus und Themenbereiche wie Business-Chinesisch oder Crash-Kurse für Reisende. Die Kulturveranstaltungen beinhalten überall Filmvorführungen, Kalligraphie- und Mah-Jongg-Kurse oder auch Kochkurse und Einführungen in die traditionelle chinesische Medizin. Außerdem gibt es Ausstellungen und jedes Institut hat eine Vortragsreihe, in der renommierte Chinawissenschaftler über ihre Forschungsthemen sprechen.

Trotz dieser grundsätzlich ähnlichen Angebote setzen die meisten Institute unterschiedliche Arbeitsschwerpunkte. In Berlin zum Beispiel liegt ein solcher auf der Lehrerfortbildung und in Frankfurt konzentriert man sich unter anderem auf Schulungen für Geschäftsleute. Diese Varianz ist auch global erkennbar. Ähnlich wie das Institut in Frankfurt bietet beispielsweise das Konfuzius-Institut in Athen neben Sprachkursen und

Macht „KONFUZIUS“ PROPAGANDA für die kommunistische Partei?



Bildnachweis: Duncan Walker / iStockphoto

Kulturprogrammen vor allem auf Geschäftsleute zugeschnittene Schulungen und Kurse an.¹² Ein Schwerpunkt des Instituts im norwegischen Bergen hingegen ist die Förderung des Wushu, der chinesischen Kampfkunst.¹³ Und die Institute an der London South Bank University und am Royal Melbourne Institute of Technology sind beispielsweise auf traditionelle chinesische Medizin spezialisiert. Der Direktor des Instituts in Melbourne erklärt denn auch, dass er mit Politik nichts zu tun habe und dass sich sein Institut in erster Linie der Vermittlung traditioneller chinesischer Heilmethoden verschrieben hat.¹⁴

Der Hinweis auf die Politik ist durchaus berechtigt und wird mitunter heftig diskutiert. Denn die organisatorische Nähe zu Hanban und somit zur chinesi-

schen Regierung ist nicht ganz unproblematisch. Nahezu jeder Medienbericht über die Konfuzius-Institute beschäftigt sich mit der Frage, ob diese ein Propagandawerkzeug der Kommunistischen Partei sind oder nicht.

Kritik an der Arbeit der Konfuzius-Institute und Handlungseinschränkungen

Kritiker behaupten mitunter, dass im Sprachunterricht kommunistische Propaganda verbreitet werde. Dies ist zumindest in Deutschland schwerlich möglich, da die von Hanban gelieferten Lehrmaterialien alle auf Englisch verfasst sind und die meisten Besucher der Konfuzius-Institute nicht so gut Englisch sprechen, dass sie damit eine weitere Fremdsprache lernen könnten. Deshalb sind die deut-

schen Institute dazu übergegangen, eigene Lehrmaterialien zu konzipieren, die besser auf die hiesigen Lerngewohnheiten zugeschnitten sind. Von einem Propagandainstrument kann in diesem Zusammenhang also keine Rede sein.

Nicht so eindeutig ist der Fall bei den nicht-sprachlichen Angeboten der Institute. Wer sich die Programme und die Jahresberichte der Institute anschaut und mit den Verantwortlichen in Deutschland spricht, muss der chinesischen Direktorin des Leipziger Konfuzius-Instituts, Lai Zhijin, zustimmen, die erklärt: „Wir machen keine politische Propaganda.“¹⁵ Einerseits ist die chinesische Führung dafür zu realistisch und antizipiert wohl richtigerweise, dass solche Versuche im Westen das genaue Gegenteil bewirken würden. Andererseits spielt hier auch die skizzierte Joint-Venture-Struktur eine entscheidende Rolle. Dadurch werden inhaltliche Entscheidungen nicht ausschließlich von chinesischer Seite gefällt, sondern die internationalen Partner entscheiden immer mit. Außerdem ist kaum zu befürchten, dass ein Akademiker außerhalb Chinas seine Karriere aufs Spiel setzt, um für die Kommunistische Partei Chinas Schönwetter zu machen. So erklärt beispielsweise der deutsche Direktor des Leipziger Instituts, Philip Clart, der gleichzeitig Professor am Ostasiatischen Institut der Universität ist, dass es prinzipiell keine Vorgaben aus Peking gibt, und entkräftet den oftmals erhobenen Vorwurf, dass Universitäten, die ein Konfuzius-Institut beherbergen, wissenschaftlich nicht mehr frei arbeiten könnten: „Wenn ich an der Uni den Dalai Lama einlade, fliege ich [beim Konfuzius-Institut] nicht raus.“¹⁶

Dennoch gibt es bestimmte Themen, die in den Konfuzius-Instituten nicht oder nur sehr zurückhaltend behandelt

werden. Alle Entscheidungsträger der deutschen Institute sind entweder ausgebildete Chinawissenschaftler oder haben langjährige Erfahrungen mit der Volksrepublik und wissen somit, was die sensiblen Themen sind. Der Grundtenor aus den Instituten lautet: Wer einen solchen Vertrag unterzeichnet, weiß, wo die Grenzen liegen. Und diese liegen beispielsweise bei Taiwan, Tibet oder Falun Gong. So gab es während der Konferenz aller Konfuzius-Institute 2008 in Peking zwar keine direkten inhaltlichen Vorgaben, aber dennoch wurde erklärt, dass Themen wie eben Tibet, Falun Gong und Taiwan „nicht gerne gesehen werden.“¹⁷ Allerdings bieten die deutschen Konfuzius-Institute im Rahmen ihrer Möglichkeiten ein durchaus ausgewogenes Programm. Wenn in Leipzig eine Podiumsdiskussion über Zensur in China veranstaltet wird, wenn in Düsseldorf Wolfgang Kubin spricht, der einer der schärfsten Kritiker der chinesischen Gegenwartsliteratur ist, oder wenn in Berlin Dokumentarfilme gezeigt werden, die mehr aufdecken als

Trotz einer erkennbaren Zurückhaltung gibt es keine völlige Staatsferne wie z. B. bei den GOETHE-INSTITUTEN.

verbergen, dann ist das keine aktive Propaganda. Allerdings gilt festzuhalten, dass die Staatsferne, auf die das Goethe-Institut zu Recht stolz ist, in dieser Form für die Konfuzius-Institute nicht gilt und gewisse Themen dadurch nicht oder nur sehr zurückhaltend stattfinden.

Diese Probleme sind bekannt und führen mitunter auch dazu, dass an einigen Standorten keine Konfuzius-Institute eingerichtet werden. So erklärte

beispielsweise Mette Halskov Hansen, Sinologieprofessorin an der Universität Oslo, dass ihr Institut zwar mit zahlreichen chinesischen Universitäten und Wissenschaftlern zusammenarbeite, man aber nicht glaube, „dass die Gründung eines Konfuzius-Instituts der beste Weg wäre, gute akademische Beziehungen zu chinesischen Einrichtungen und Dozenten zu schaffen.“¹⁸

Neben der Skepsis in der Öffentlichkeit haben die Institute allerdings auch mit praktischen Schwierigkeiten zu kämpfen. So erklärte Xu Lin 2009, dass die Konfuzius-Institute vor allem zwei Probleme hätten: Einerseits fehlen Lehrer, die die Sprache des Gastlandes so gut sprechen, dass sie Chinesisch unterrichten können, und andererseits fehlen nach wie vor Lehrmaterialien, die auf die lokalen Bedürfnisse der Chinesisch-Lernenden zugeschnitten sind.¹⁹ Nicht zuletzt deshalb – so ist aus allen Instituten zu hören – ist Hanban flexibel, wenn es um die tägliche Arbeit geht. So können die Institute wie beschrieben eigene Lehrmaterialien entwickeln und auch lokale Sprachlehrer einstellen. Erstaunlicherweise arbeiten die meisten Institute in dieser Hinsicht relativ autonom. Zwar gibt es immer wieder informellen Austausch und mitunter kommt es zu Kooperationen, wenn zum Beispiel eine Ausstellung erst im Leipziger Institut und später in Berlin gezeigt wird, aber insgesamt, so hat es nicht nur in Deutschland den Anschein, arbeiten die Institute recht unabhängig voneinander.

Konkurrenz aus den eigenen Reihen?

Ebenso erstaunlich ist die Tatsache, dass es im Bereich der Sprach- und Kulturvermittlung in China zwei Akteure gibt, die nahezu identische Ansätze verfolgen.

Während die Konfuzius-Institute vom Erziehungsministerium koordiniert werden, betreibt auch das chinesische Kulturministerium sogenannte Chinesische Kulturzentren, eines davon in Berlin.

Laut Bai Yang, dem Direktor des Chinesischen Kulturzentrums in Berlin, gibt es derzeit weltweit acht Kulturzentren, darunter drei in Europa, in Berlin, Paris und Malta, wobei im Gegensatz zu den Konfuzius-Instituten dieses Netz nicht sehr viel weiter ausgebaut werden soll.²⁰ Diese Kulturzentren basieren auf den oben erwähnten zwischenstaatlichen Kulturabkommen und unterscheiden sich hauptsächlich in ihrer Organisation von den Konfuzius-Instituten. Die Kulturzentren sind keine Joint Ventures, sondern werden komplett vom chinesischen Kulturministerium betrieben und finanziert. Inhaltlich allerdings unterscheiden sich diese Zentren nur wenig von den Konfuzius-Instituten. Beide Einrichtungen bedienen die interessierte Öffentlichkeit und bieten mit gebührenpflichtigen Sprachkursen, chinesischen Filmen und Vortragsreihen ein ähnliches Programm.

Für die globale Public-Diplomacy-Strategie der Volksrepublik China allerdings spielen die Konfuzius-Institute aufgrund des global äußerst umfangreichen und nach wie vor wachsenden Netzwerkes die wichtigere Rolle. Ob die Tatsache, dass zwei Akteure innerhalb der chinesischen Regierung diese Form der Außendarstellung betreiben, eher auf einen Mangel an konziser Strategie oder auf den Versuch, die Schlagkraft zu verdoppeln, zurückzuführen ist, muss dabei offen bleiben.

Ausblick

Insgesamt wird deutlich, dass die Volksrepublik China zu Beginn des 21. Jahrhunderts erkannt hat, dass ein Staat, der

Chinas „CHARME-OFFENSIVE“ zur besseren Außendarstellung zeigt Wirkung, stößt dabei aber auch noch an systemimmanente Grenzen.

auf der internationalen Bühne umfassend wahrgenommen werden will, auch im Bereich seiner Außendarstellung aktiv sein muss. Dabei geht China auch in diesem Bereich eigene Wege. Wie andere politische Ideen und Konzepte auch, werden im Bereich der Außendarstellung westliche Ansätze – die Gründung von Kulturinstituten im Ausland – aufgegriffen und wie im Fall der Konfuzius-Institute zweckrational adaptiert. Allerdings stößt die hier beschriebene „Charme-Offensive“ an systemimmanente Grenzen, die über Schwierigkeiten bei der täglichen Arbeit hinausgehen. Denn die Arbeit von mehr als 600 Kultureinrichtungen kann im Rahmen der Möglichkeiten noch so gut sein – solange die chinesische Regierung in China selbst nach wie vor und immer noch Dissidenten einsperrt, Webseiten und Medien zensiert oder die Unabhängigkeit der Gerichte nicht akzeptiert, können auch Konfuzius-Institute nur bedingt zur Imagepflege der Volksrepublik China beitragen. ///



/// FALK HARTIG

Falk Hartig ist Promotionsstudent des East Asia China Program am ARC Centre of Excellence for Creative Industries and Innovation, der Queensland University of Technology, Brisbane.

Anmerkungen

- ¹ Kurlantzick, Joshua: Charm Offensive: how China's soft power is transforming the world, New Haven 2007.
- ² Nye, Joseph Jr.: Soft Power: the means to success in world politics, New York 2004.
- ³ Yu Xintian: The role of soft power in China's external strategy, in: Global Review, Trial Edition 2007, S. 113-127.
- ⁴ E-Mail-Korrespondenz mit dem Verfasser, 6.4.2009.
- ⁵ http://news.xinhuanet.com/english/2010/china/2010-07/01/c_13378575.htm, Stand: 20.9.2010.
- ⁶ Zhou Hanbin: Faguo Kongzi Xueyuan Zhaji (Anmerkungen zu den Konfuzius-Instituten in Frankreich), in: Faguo Yanjiu (Frankreich-Studien) 3/2007, S. 81-84.
- ⁷ Yang Jung-Guo: Konfuzius – der ‚Weise‘ der reaktionären Klasse, Peking 1974.
- ⁸ <http://www.atimes.com/atimes/China/HE17Ad01.html>, Stand: 20.8.2009.
- ⁹ Wang Ping: Cong Kongzi Xueyuan de sheli kan Zhonghua Wenhua yu Waiyu Jiaoxue (Konfuzius-Institute: Traditionelle chinesische Kultur und Fremdsprachenunterricht), in: Zeitschrift der Universität Zhaoqing 27/6, 2006, S. 65-67.
- ¹⁰ Xu Lin: Report on the 2010 Work Plan of the Confucius Institute Headquarters, in: Confucius Institute 6/1, 2010, S. 16-19.
- ¹¹ Ren Zhe: Confucius Institutes: China's Soft Power?, in: Policy Commentary, Sigur Center for Asian Studies, 6/2010, S. 1-3.
- ¹² Broschüre des Konfuzius-Instituts Athen: „Welcome to the Business Confucius Institute in Athens“, 2009, S. 20.
- ¹³ <http://www.konfutse.no/>, Stand: 10.11.2010.
- ¹⁴ Interview des Verfassers.
- ¹⁵ http://nachrichten.lvz-online.de/nachrichten/aktuell_themen/weltmacht-china/leipziger-konfuzius-institut-will-china-bild-fernab-von-vorurteilen-vermitteln-r-weltmacht-china-a-23651.html, Stand: 15.8.2010.
- ¹⁶ Ebd.
- ¹⁷ Weigl, Aron: Auswärtige Kulturpolitik der Volksrepublik China. Eine Untersuchung kultureller Programme der Konfuzius-Institute in Berlin, Hamburg und Hannover, Hildesheim 2009.
- ¹⁸ Hartig, Falk: Wie Konfuzius Europa erobert, in: Kulturaustausch, Zeitschrift für internationale Perspektiven 3/2007, S. 69-70.
- ¹⁹ Xu Lin: Conference Presentation, Joint Conference of European Confucius Institutes, Leuven / Belgium, 18.10.2009.
- ²⁰ Hartig, Falk: Mit Konfuzius ins 21. Jahrhundert – Chinas Auswärtige Kulturpolitik, in: Kultur und Außenpolitik, Handbuch für Studium und Praxis, hrsg. von Kurt-Jürgen Maaß, Baden-Baden 2009, S. 401-410.

/// Mexiko in der Bewährungsprobe

DROGENKRIEG IN MEXIKO – STAATZERFALL ODER MODERNISIERUNGSKRISE?

JOCHEN KLEINSCHMIDT /// Die brutale Gewalt zwischen Drogenkartellen und mexikanischen Sicherheitskräften macht seit mehreren Jahren weltweit Schlagzeilen. Wenig ist jedoch über die sozialen und politischen Hintergründe des Konflikts bekannt.

Die Entwicklung des Drogen- schmuggels in Mexiko

Der grenzübergreifende Schmuggel zählte bereits in der spanischen Kolonialherrschaft zu den bedeutenden Wirtschaftsfaktoren des heutigen Mexikos, wobei sich der Schmuggel aufgrund der Nähe der USA stets im Norden des Landes konzentrierte. Während der kolonialen Epoche diente er zunächst der Überwindung von durch das merkantilistische Regime des Mutterlandes verursachten Knappheiten. Seine Bedeutung wuchs noch beträchtlich nach der Unabhängigkeit Mexikos und der Westausdehnung der USA im ersten Viertel des 19. Jahrhunderts. So waren etwa im Jahr 1850 zwei Drittel der im nordöstlichen Mexiko gehandelten Waren Schmuggelgut – und bereits damals operierten die Schmuggler häufig mit der Rückendeckung der politischen Führung der nördlichen Bundesstaaten. Durch die Bürgerkriege in den USA und einige Jahre später in Mexiko kam es zu

einem zusätzlichen Aufschwung des Waffenhandels.

Nach dem Verbot des Opiumimports in den USA im Jahr 1909 wurde der Opiumhandel zu einem weiteren Rückgrat der Grenzlandökonomie, wobei er – von chinesischen Immigranten etabliert – bald von Bauern und Schmugglern in den weitgehend gesetzlosen Bergregionen des Bundesstaates Sinaloa übernommen wurde. Durch die im folgenden Jahr ausbrechende Mexikanische Revolution mit ihren zehn Jahre währenden Kampfhandlungen nahm das Geschäft häufig die Form des Tausches von Opium gegen Kriegswaffen an. Nach dem Abflauen der Kämpfe und der politischen Restabilisierung Mexikos etablierte sich in Mexiko das Einparteienregime der Partei der Institutionellen Revolution (PRI). Gleichzeitig entstanden durch die Prohibition in den USA neue Gelegenheiten.¹

Der Grundstein für die heute bestehende Drogenindustrie wurde aller-

dings mit der Förderung des Schlafmohnanbaus in Nordmexiko zur Gewinnung von Schmerzmitteln für das Sanitätswesen der US-Streitkräfte im 2. Weltkrieg gelegt. Danach sorgte dann der massiv ansteigende Marihuana- und Heroinkonsum in den USA für ein rasantes Wachstum. Der Anbau von Hanf und Schlafmohn breitete sich von Sinaloa auf die umliegenden Bundesstaaten Durango, Sonora und Chihuahua aus. Doch mit dem ökonomischen Wachstum gewannen auch die politischen Aspekte des Drogenhandels an Bedeutung

Die Wurzeln der heutigen Drogenindustrie wurden schon in der **SPANISCHEN KOLONIALZEIT** gelegt.

und in dem rudimentären Feudalsystem wurde es üblich, dass lokale Funktionäre „plazas“ – Gebiete und Korridore für den Anbau, die Weiterverarbeitung und den Transport illegaler Substanzen – vergaben. Immer noch wurden aber sowohl Anbau als auch Transport von kleinen, auf Familienbasis operierenden und nur gelegentlich gewaltsam kon-

Bewaffnete Polizeikräfte bewachen einen spektakulären Drogenfund.



kurrierenden Organisationen durchgeführt, die sich in einem Verhältnis hierarchischer Abhängigkeit zu den herrschenden Politikern befanden. In dieser Zeit scheint es zur Etablierung einer regelgeleiteten Praxis gekommen zu sein, dergemäß territoriale Abgrenzungen und das Leben Unschuldiger zu respektieren sowie der Verkauf an Konsumenten innerhalb Mexikos und gewalttätige Auseinandersetzungen in Großstädten Tabu waren. Dispute wurden von Stellvertretern der Gouverneure der jeweiligen Bundesstaaten entschieden.

Der Aufstieg der Drogenbarone

Ab den 70er-Jahren kam es dank der mit dem Kokainschmuggel erworbenen Gelder zu einem Aufbau eigenständiger Machtbasen führender Kartellfiguren, die in vielen Fällen ihre Heimatorte zum ersten Mal mit grundlegenden Infrastrukturen wie Elektrizität und Schulen ausstatteten, sich somit zu einer Art parastaatlichem Wohlfahrtsstaatsurrogat aufschwangen und oft umfassende Loyalität der Bevölkerung in ihren jeweiligen Gebieten genossen. Entsprechend dürfte die Bedeutung der politischen Protektion geschwunden sein bzw. sich sogar in ihr Gegenteil verkehrt haben. Ende der 1970er-Jahre kam es dann auch zu einem allmählichen Verfall der „ritterlichen“ Regeln der Nachkriegszeit.

Einer der Hauptfaktoren dürfte dabei der überwältigende Druck amerikanischer Behörden auf die mexikanische Regierung gewesen sein, angesichts der Heroinschwemme in den USA militärische Operationen gegen Opiumanbaugebiete einzuleiten. Das Resultat war die „Operation Condor“, die 1976 begann und den Einsatz von Tausenden Soldaten sowie die Verwendung von Herbizi-

den vor allem in den gebirgigen Regionen von Sinaloa mit sich brachte. Dabei hatten die eingesetzten Truppenteile nicht nur mit dem ungeheuren Ausmaß der Opiumfelder, sondern auch mit dem schwer bewaffneten Widerstand ihrer Besitzer zu kämpfen. Zahllose Menschenrechtsverletzungen, die geographische Zerstreuung der Kartelle und der Opiumbauern sowie vor allem eine weitreichende Delegitimierung des Staates in den betroffenen Gebieten waren die Folge. Zum ersten Mal in der Geschichte Mexikos hatte das Gewaltniveau das gemeinhin für „rein kriminelle“ Gewalt als typisch angesehene Maß überschritten und zum Teil durchaus aufstandsähnliche Formen mit schweren Gefechten und abgeschossenen Hubschraubern angenommen.²

Trotz des vorübergehenden Erfolgs der Operation – abzulesen an gestiegenen Preisen für Heroin und gesunkenen Zahlen von Drogentoten in den USA – dürfte das Resultat mittelfristig extrem kontraproduktiv gewesen sein, denn die Organisationen verteilten sich auf verschiedene neue Operationsbasen. Fast symbolisch scheint die Tatsache, dass dem Verantwortlichen für die Operation

Erste staatliche Maßnahmen gegen den Drogenhandel erfolgten in den 70er-Jahren auf DRUCK DER USA.

Condor, einem Beamten der Bundesstaatsanwaltschaft, Jahre später selbst eine zentrale Rolle bei dieser Reorganisation nachgewiesen werden konnte. Als Konsequenz kam es zu einer zunehmenden Professionalisierung und Monopolisierung des Geschäfts, ein Prozess, der eng mit der Person Miguel Ángel Félix Gallardos und dem Aufblühen des Handels mit kolumbianischem Kokain verbunden war. Félix Gallardo begann seine Karriere als Kriminalpolizist in Sinaloa und wurde Ende der 1960er-Jahre zum Leibwächter des dortigen Gouverneurs Leopoldo Sánchez Celis. Er organisierte seine, nach seiner späteren Operationsbasis im Bundesstaat Jalisco auch als „Guadalajara-Kartell“ bezeichnete Gruppe nach kolumbianischem Vorbild gemäß betriebswirtschaftlicher Regeln und verwaltete zentral die Kontakte zu den Lieferanten nach Kolumbien. Viele Anführer heutiger mexikanischer Kartelle stammen aus dem Umfeld Félix Gallardos oder sind wie im Fall der Familie Arellano Félix, die seit Jahren die Anführer des Tijuana-Kartells stellen, direkt mit ihm verwandt.

Die von Félix Gallardo vorgenommene Aufteilung von Territorien und Schmuggelrouten hielt noch bis in die späten 90er-Jahre, er selbst wurde im Zusammenhang mit der Ermordung eines Beamten der US-amerikanischen Drogenbehörde DEA auf deren Druck hin 1989 verhaftet. In dieser Zeit nahm der Drogenhandel einen massiven Aufschwung sowohl in wirtschaftlicher als auch in politischer Hinsicht. Dabei spielten auch externe Faktoren eine Rolle: Aufgrund der massiven Überwachung der Seegrenzen durch die amerikanische Marine und Küstenwache verlor die von kolumbianischen Kartellen

beherrschte Schmuggelroute über die Karibik allmählich an Attraktivität. Hinzu kam Anfang der 90er-Jahre, dass die mächtigen Kartelle von Cali und Medellín sich in der Auseinandersetzung mit dem kolumbianischen Staat

Anfang der 90er-Jahre übernimmt MEXIKO DIE FÜHRENDE ROLLE im Drogenhandel von Kolumbien.

aufgerieben hatten und somit die führende Rolle im Kokainhandel an die mexikanischen Organisationen abtreten mussten. Wurden diese zuerst von den genannten kolumbianischen Netzwerken in Bargeld und später mit Anteilen an den Lieferungen bezahlt, so verwalteten sie nun in Eigenverantwortung die gesamte Lieferkette bis in die USA. Sie beherrschten damit den weltweit lukrativsten Punkt der Schmuggelkette, nämlich den Zugang zum amerikanischen Konsumentenmarkt. Die Entwicklung wurde durch das NAFTA-Freihandelsabkommen begünstigt, welches das bilaterale Handelsvolumen vervielfachte und die Kontrolle der Grenzübergänge erschwerte.³

So wuchs der über Mexiko laufende Anteil des in die USA geschmuggelten Kokains von 50 % im Jahr 1991 auf etwa 90 % im Jahr 2004. Bis heute ist der mexikanische Konsumentenmarkt hingegen weitgehend bedeutungslos für die Kartelle. Die Verbraucherpreise betragen etwa ein Zehntel derer in den USA, und der Anteil der Drogenkonsumenten an der wesentlich kleineren mexikanischen Bevölkerung ist ca. achtmal niedriger als in den USA (und fünfmal niedriger als in Deutschland). Die dominante Position im Kokaingeschäft

wurde in den 90er-Jahren noch ergänzt durch den Ausbau der Rolle im Handel mit Amphetaminen. Aufgrund laxer Einfuhrkontrollen war es ohne Weiteres möglich, die Ausgangsprodukte (Ephedra) über Industriehäfen am Pazifik aus Asien zu importieren und in Mexiko weiterzuverarbeiten, so dass auch hier eine weitgehende Kontrolle über die Lieferkette ausgeübt wurde. Alles in allem liefern mexikanische Organisationen gegenwärtig etwa 70 % der in die USA geschmuggelten illegalen Narkotika und erzielen dabei regelmäßig – die Schätzungen variieren erheblich – Profite zwischen 18 und 39 Milliarden Dollar im Jahr.

Narcocultura

Der Aufstieg der Drogenkartelle hatte auch sozialstrukturelle Konsequenzen. Mexikanische Experten wie Nery Córdova prägten für diese den Begriff der Narcocultura – eine milieuspezifische Subkultur, die demographisch bedeutende Teile der Bevölkerung beeinflussen dürfte und der bereits aufgrund dieser Tatsache politische Relevanz zukommt. Für das gesamte Land geht die mexikanische Bundesregierung von einer Zahl von rund 500.000 direkt mit dem Drogenhandel befassten Personen aus, wobei von diesen etwa 300.000 mit der Herstellung und Verarbeitung, etwa 160.000 mit Transport und Verteilung sowie als Informanten und die restlichen 40.000 als Anführer und mit den verschiedenen Formen der Gewaltanwendung beschäftigt sind. Über finanziell abhängige Familienmitglieder und die scheinlegale Peripherie der Kartelle, von denen einige über enorme Imperien insbesondere im Immobilienbereich, aber auch in verschiedenen Industriebranchen verfügen, dürf-

te die Zahl der indirekt Abhängigen noch höher liegen, wobei die Symbolik und Ästhetik der Narcocultura noch weit über diese hinausreicht und insbesondere in den letzten Jahren geradezu popkulturelle Anziehungskraft entfaltet hat.⁴

Ihr typisches Narrativ findet sich in den Narcocorridos (Drogenschlagern), volkstümlichen Musikstücken, die insbesondere in Nordmexiko fast allgegenwärtig sind und verläuft meist ungefähr folgendermaßen: Der Narco als archetypischer Vertreter dieser Symbolwelt wird zum „Antihelden“ stilisiert, der es – aus ärmlichen Verhältnissen stammend – im Drogengeschäft durch Geschick, Glück und Charisma, vor allem aber durch strikte Loyalität gegenüber seinen Komplizen sowie durch rücksichtslose Gewalt gegenüber Außenstehenden zu Erfolg bringt. Die Verfolgung durch Behörden, Rivalen und den US-amerikanischen Grenzschutz erträgt er gelassen und sieht dabei furchtlos dem (meist frühen) Tod ins Auge. Motiviert wird er weniger durch Eigennutz als durch die Liebe zu seiner Familie und seinem Heimatdorf. Beide unterstützt er finanziell großzügig, was ihn aber nicht daran hindert, einen ausgesprochen glamourösen Lebensstil mit zahlreichen Eskapaden zu führen.

Diese Figur des Antihelden spiegelt sich auch in den quasi-religiösen Bezügen der Narcocultura wider. Die meiste Beachtung wird der kultartigen Verehrung des mythischen Räubers und Insurgenten Jesús Malverde zuteil, der vor allem im Bundesstaat Sinaloa und in den umliegenden Gebieten als Volksheiliger und Archetyp des „wohltätigen Banditen“ (und als popkulturelle Ikone des Machismo) dient. Ebenso wie im Narcocorrido wird auch hier die Figur

des Antihelden gefeiert, der sich im gewaltsamen Widerstand gegen staatliche Autoritäten beweist und schließlich ums Leben kommt.

Hier zeigt sich ein todesbejahender Immanentismus, der für die Chance auf einen schnelllebigen, exzessiven Lebensstil die damit einhergehenden Gefahren und ganz explizit auch ein gewaltsames Ende akzeptiert, so wie in dem diese Haltung zusammenfassenden Sprichwort „Más vale vivir cinco años como rey que cincuenta como güey – lieber fünf Jahre wie ein König leben denn fünfzig wie ein Ochse“. Ähnlich verhält es sich mit dem wachsenden Kult der Santa Muerte (des „heiligen Todes“), die oft auf Altären als weibliches Gegenstück zu Jesús Malverde auftritt und die vor wichtigen Vorhaben, etwa vor größeren Schmuggeloperationen, aber mehr und mehr auch von nicht in den Drogenhandel involvierten Personen durch Geschenke und Riten günstig gestimmt werden soll.

Dabei ist die Narcocultura in vieler Hinsicht keine Gegenkultur, sondern eher eine Radikalisierung von für die traditionelleren Segmente der mexikanischen Gesellschaft typischen Haltungen. In einigen Aspekten wie etwa im Bezug auf die Verteilung der Geschlechterrollen radikalisiert sie diese. Ähnliches gilt für die Einstellung zur katholischen Kirche und für das Verhalten gegenüber den etablierten Teilen der mexikanischen Oberschicht. Hier sind Elemente eines für soziale Aufsteiger – und um solche handelt es sich bei den erfolgreicheren Mitgliedern der Kartelle – typischen Strebens nach Anerkennung durch die bürgerlichen Eliten in Wirtschaft und Politik sichtbar. Unabhängig von den Außenseiterlegenden des Jesús Malverde waren die Führungsebenen

Die Narcocultura stilisiert den Drogendealer zum „**ANTIHELDEN**“.

stets um eine, wohl auch der Risikominimierung dienenden Integration in diese bemüht.

Im Zuge des wirtschaftlichen Wachstums der Kartelle kam es dementsprechend in der Endphase der Einparteienherrschaft der PRI auch zu einer immer engeren Verflechtung mit politischen Eliten. Symptomatisch war sicherlich der Fall von Generalleutnant José de Jesús Gutiérrez Rebollo, Leiter des Nationalen Instituts für Drogenbekämpfung, der Ende der 90er-Jahre der Zusammenarbeit mit Amado Carrillo Fuentes, Anführer des Kartells von Juárez, überführt wurde. Der Bruder des Präsidenten Salinas de Gortari, Raúl Salinas, konnte eine nachgewiesene Summe von 130 Millionen US-Dollar für die politische Protektion der Kartelle einnehmen. Bedeutende Anführer der Kartelle konnten sich Ausweise verschiedener Polizeibehörden ausstellen lassen, um ungehindert ihren Geschäften nachgehen zu können. Diese Gefälligkeiten waren allerdings nicht einseitig. So konnte etwa der besagte Raúl Salinas den Polizeioffizier und Kartellchef González Calderoni mit der Bspitzelung von politischen Gegnern beauftragen.



Bildnachweis: Monica Ruveda / ASSOCIATED PRESS

Raúl Salinas, Symbol für die Verstrickung von Politik und Kriminalität

Systemtransformation und Territorialkonflikte

Vor dem Hintergrund dieser engen Vernetzung ist es kein Zufall, dass der Zerfall der relativ stabilen territorialen Organisation der Kartelle – fast alle unter noch von Félix Gallardo ausgewählter Führung stehend – zeitlich mit dem Ende der Einparteienherrschaft zusammenfiel. Diese war bereits vor der Wahl von Vicente Fox Quesada zum Präsidenten im Jahr 2000 prekär geworden, waren doch in mehreren nördlichen Bundesstaaten Gouverneure aus dessen bürgerlich-konservativer Partei PAN gewählt worden. In eben diesen Staaten begannen die bisherigen kleineren Gebietskonflikte zu eskalieren,

da langjährige Absprachen mit der Wahl nicht in die Netzwerke eingebundener Politiker auf einmal hinfällig wurden. Zudem brachte die Wählerbasis der PAN, in der einerseits das urbane private Unternehmertum, andererseits aber auch ländliche und traditionell katholische Kreise stark vertreten sind, deutlich weniger Verständnis für die Tolerierung illegaler Aktivitäten auf. In einem als Demokratisierungs-, Verrechtlichungs- und Modernisierungsprojekt verstandenen politischen Reformprozess hatten die patrimonialen Netzwerke von Politikern und Kartellen keinen Platz mehr.⁵

Die Gewalt war dabei anfänglich noch sehr lokalisiert, ging es doch um

die Kontrolle der materiellen und sozialen Infrastruktur des Drogenhandels. Dazu gehörten neben Transportmitteln wie unkontrollierten Flugplätzen, klandestin angelegten Tunnels und verborgenen Umschlagplätzen und Verpackungsanlagen inklusive der dazugehörigen Tarnfirmen vor allem die Gewährleistung des risikoarmen Transits durch Bestechung oder Einschüchterung der örtlichen Polizei- und Zollbeamten. Eine für derartige Territorialkonflikte typische Gewaltform ist daher die gezielte Ermordung von auf der Gehaltsliste des gegnerischen Kartells stehenden Polizei- und Sicherheitsbeamten, um diese durch von der eigenen Seite zu beeinflussende Personen zu ersetzen und somit die Herrschaft über die Schmuggelroute zu übernehmen.

Der geographische Zugang zum US-Markt läuft über eine relativ geringe Zahl von stark genutzten Grenzübergängen in den amerikanisch-mexikanischen Zwillingsstädten. Insbesondere Tijuana / San Diego, Nogales / Nogales, Ciudad Juárez / El Paso, Nuevo Laredo / Laredo, Reynosa / Hidalgo und Matamoros / Brownsville sind von Bedeutung. Wichtig sind daneben auch bestimmte Hafenstädte wie Acapulco oder Lazaro Cárdenas als Transitpunkte sowie Städte wie Culiacán in Sinaloa, die bedeutende Mohn- und Marihuanaanbauggebiete dominieren. Letztere Stadt ist außerdem Herkunftsort vieler heute operierender Kartellanführer. Im Allgemeinen bilden sich die größten und stabilsten Kartelle um einen oder mehrere dieser strategischen Punkte, in denen dementsprechend auch die blutigsten Konflikte stattfinden. Diese haben etwa Ciudad Juárez zur vermutlich gefährlichsten Stadt der Welt gemacht.

Aufgrund der Abwesenheit politischer Netzwerke zur Vermittlung derartiger Territorialkonflikte kam es seit Anfang der 2000er-Jahre zu einer zunehmenden Militarisierung der Kartellstrukturen. Hatte man zuvor die Exekution von internen Rivalen oder Abtrünnigen zahlenmäßig wenigen Auftragsmördern (sicarios) überlassen und sich bei Streitigkeiten mit konkurrierenden Organisationen auf die Dienste korrumpierter Polizisten oder Militärs verlassen, so kam es nun zu einem enormen Bedeutungsgewinn regelrechter Privatarmeen. Die bekanntesten unter ihnen sind nach wie vor

Fehlende politische Netzwerke bewirken seit Beginn 2000 eine **ZUNEHMENDE MILITARISIERUNG** der Kartelle.

die sogenannten Zetas. Sie entstanden 1997, als eine Gruppe von Elitesoldaten der Drogenbekämpfungs-Spezialeinheit GAFES (Grupo Aeromóvil de Fuerzas Especiales) ein Angebot von Osiel Cárdenas Guillén, Anführer des Golf-Kartells, annahm, seine Leibwächter zu werden. Auch tauchten desertierte Soldaten der Kaibiles, einer bereits aus dem dortigen Bürgerkrieg in den 1980er-Jahren berüchtigten Spezialeinheit des Militärs im benachbarten Guatemala, in den mexikanischen Organisationen auf. Die Arsenalen dieser Organisationen sind beeindruckend und erklären auch die Notwendigkeit des Einsatzes von Streitkräften bereits aus rein taktischen Gründen. Neben Schnellfeuergewehren des Typs AK-47 und AR-15, Handgranaten und Panzerfäusten finden sich auch schwere Scharfschützenge-

wehre vom Typ Barrett M82, Maschinengewehre und vollautomatische Granatwerfer, Sprengfallen sowie gepanzerte Fahrzeuge und verschlüsselungsfähige Kommunikationstechnik. Darüber hinaus verfügen einige der Mitglieder insbesondere der Zetas über eine Ausbildung in militärischen Spezialeinheiten.⁶

Daneben sind immer mehr Handlungsweisen zu beobachten, die nach gängigen Definitionen als terroristisch bezeichnet werden müssen. Das bekannteste Beispiel ist sicherlich der Anschlag auf die Feierlichkeiten zum Unabhängigkeitstag am 15. September 2008 in Morelia, bei dem Splittergranaten acht Todesopfer verursachten. Wesentlich häufiger und in einigen Bundesstaaten fast alltäglich sind allerdings Taktiken wie die Zurschaustellung von verstümmelten Leichen getöteter Konkurrenten oder Polizisten an gut einsehbaren Orten, oft verbunden mit auf Plakaten geschriebenen Botschaften (den sogenannten *Narcomantas*), oder auch ins Internet gestellte Videoaufzeichnungen der Folter und Enthauptung gefangener Gegner – eine von irakischen Terrorgruppen kopierte Innovation. Mittlerweile wurden auch Autobomben in das Repertoire zumindest einer Organisation aufgenommen.

Paramilitarisierung der Kartelle

Diese Aktionen deuten bereits darauf hin, dass es sich zumindest bei einigen der in Mexiko aktiven Kartelle nicht mehr um kommerziell orientierte Gruppen der klassischen organisierten Kriminalität handelt. Einige der Organisationen können als hybride Gewaltakteure beschrieben werden, die Merkmale sowohl von klassischen gewinnorientierten Drogenkartellen als auch solche

von Aufständischen und terroristischen Organisationen aufweisen. Pioniere in dieser Hinsicht waren wiederum die bereits genannten Zetas, die nach mehr Unabhängigkeit von den Befehlsstrukturen des Golf-Kartells strebten und sich in ihrem Operationsgebiet im nordöstlichen Mexiko zunehmend über klassische Gewaltkriminalität wie Erpressung, Entführung, aber auch Diebstahl von Erdölprodukten in großem Stil finanzierten. Auch andere Kartelle wie das von Tijuana oder die mittlerweile weitgehend zerschlagene Beltrán Leyva-Organisation zeigen Tendenzen in diese Richtung. Es handelt sich dabei um Aktivitäten, deren Profitraten so gering sind, dass sie noch Anfang der 2000er-Jahre von den großen Kartellen so gut wie keine Beachtung fanden – sie hätten allenfalls das Entdeckungsrisiko bei den eigentlich profitablen Schmuggeloperationen gesteigert. Und da die Ausübung derartiger Kriminalitätsformen nicht mehr an wenige Drogenumschlagsplätze gebunden ist, hat diese Entwicklung auch zu einer territorialen Ausweitung der Kampfzone geführt, die letztlich das massive Eingreifen der staatlichen Sicherheitskräfte ab Ende 2006 unvermeidlich machte.⁷

Bei diesen neuen „paramilitärischen“ Kartellen handelt es sich ganz offensichtlich nicht mehr um die sich auf finanziellen Gewinn (und soziale Anerkennung) konzentrierenden Gruppen der 70er- oder 80er-Jahre. Diese ordneten die Gewaltanwendung zum einen der kommerziellen Logik und darüber hinaus wie zuvor beschrieben impliziten gewaltlimitierenden Regeln unter, allenfalls kam es zu eher atavistischen, duellartigen Racheakten bei empfundenen Vergehen gegen die persönliche Ehre. Die neue Lo-

Neue „paramilitärisch“ organisierte Kartelle erheben nun auch **HERRSCHAFTS-ANSPRÜCHE** gegenüber der Staatsgewalt.

gik ist eine der kollektiven Gewaltausübung, der Vergeltung und Gegenvergeltung. Dies wird auch in einer neuartigen Ästhetik der Gewalt sichtbar: Anstelle der alten cowboyartigen Kleidung mit diversen Luxusaccessoires nebst vergoldeten Maschinenpistolen werden bei getöteten oder gefangengenommenen Kartellmitgliedern mittlerweile häufig uniformartige Kleidungsstücke, inklusive Einheitsabzeichen und die Kartellzugehörigkeit symbolisierende Wappen gefunden, in einigen Fällen auch mit diesen gekennzeichnete Standarten und Fahrzeuge. Sie wird auch deutlich an dem Wandel der Botschaften, die durch die bereits erwähnten Narcomantas verbreitet werden. Enthielten diese noch vor einigen Jahren meist Botschaften, die auf die behaupteten Verfehlungen konkurrierender Gruppen oder einzelner Mitglieder der eigenen Organisation hinwiesen, so sind neben diese in letzter Zeit Botschaften getreten, die regionale Herrschaftsansprüche gegenüber der Staatsgewalt geltend machen und zum Teil explizite politische Entscheidungen einfordern.

Dementsprechend richtete sich die Aufmerksamkeit der Sicherheitskräfte auf diejenigen Kartelle, die diesen Pro-

zess der Paramilitarisierung am weitesten durchlaufen hatten und somit am ehesten das staatliche Gewaltmonopol in Frage stellten. Sowohl die Zetas als auch die ideologisch verbrämte, sektenartig organisierte Familia Michoacana mussten schwere Verluste verkraften und befinden sich nach Ansicht einiger Analysten am Rande ihres finanziellen und personellen Durchhaltevermögens. Profiteur dieser Lage ist das Sinaloa-Kartell unter der Führung von Joaquín Guzmán Loera, eine vergleichsweise klandestin agierende Organisation. Damit wird auch deutlich, dass im Gegensatz zu einigen Aussagen US-amerikanischer Medien die gegenwärtige Gewalteskalation in Mexiko keineswegs ein Symptom scheiternder Staatlichkeit darstellt. Trotz gelegentlicher wirtschaftlicher Krisenerscheinungen und den Betrugsvorwürfen um die Präsidentschaftswahlen 2006 werden die demokratischen Institutionen allgemein als stabil betrachtet. Zudem hat sich die Sicherheitslage für die Bürger zahlreicher Gegenden, etwa der großen Metropolitanregionen des Landesinneren, seit den 1980er-Jahren mit ihrer ausufernden Straßenkriminalität trotz des Drogenkriegs stark verbessert. Somit dürfte es sich bei der ausufernden Gewalt um die temporäre Nebenfolge eines insgesamt recht erfolgreich verlaufenen Modernisierungsprozesses handeln – um den Versuch von Gruppen, die unter den veränderten politischen Bedingungen die Privilegien, die sie unter dem Einparteienregime besaßen, mit Gewalt zurückerpressen wollen.

Ausblick

Ob dieser Versuch von Erfolg gekrönt sein wird, bleibt fraglich. Nach wie vor ist die allgemeine Zustimmung in der

Die Regierung Calderón fährt weiter ihren **HARTEN KURS**.

Bevölkerung für den harten Kurs der Regierung Calderón relativ hoch und mit den zahlreichen Festnahmen und Tötungen von Kartellbossen in den letzten zwölf Monaten dürften vor allem die besonders gewaltaffinen Akteure unter ihnen stark geschwächt worden sein. Andererseits eskaliert die Gewalt weiterhin, und angesichts der immensen Armut in Mexiko dürfte auch der personelle Nachwuchs der Kartelle auf absehbare Zeit gesichert sein. Vermutlich wird die Zukunft auf dem Gebiet des Drogenhandels aber eher denjenigen Organisationen gehören, die sich auf eine klandestine Operationsweise beschränken und das staatliche Gewaltmonopol nicht in Frage stellen. Fraglich ist allerdings, wie viele Opfer die Auseinandersetzungen bis dahin noch fordern werden und fraglich ist auch, ob die USA durch ein vielfach diskutiertes verstärktes Eingreifen in den Konflikt diesen nicht noch verschärfen, indem sie den paramilitärischen Kartellen eine neue Legitimationschance verschaffen. ///



/// JOCHEN KLEINSCHMIDT

ist Doktorand am Geschwister-Scholl-Institut für Politische Wissenschaft und Lehrbeauftragter an der Universität der Bundeswehr München.

Anmerkungen

- ¹ Sadler, Louis R.: The Historical Dynamics of Smuggling in the U.S.-Mexican Border Region, 1550-1998. Reflections on Markets, Cultures, and Bureaucracies, in: *Organized Crime and Democratic Governability. Mexico and the U.S.-Mexican Borderlands*, hrsg. von John Bailey und Roy Godson, University of Pittsburgh Press 2000, S. 161-176.
- ² Córdova, Nery: *La narcocultura: Simbología de la transgresión, el poder y la muerte. Sinaloa y la „leyenda negra“*, México, D.F., 2011 (im Erscheinen).
- ³ Grayson, George W.: *Mexico. Narco-Violence and a Failed State?*, New Brunswick, 2010.
- ⁴ Aguilar V., Rubén / Castañeda, Jorge G.: *El Narco: La Guerra Fallida*, México, D.F., 2009.
- ⁵ Millán, René: *Complejidad social y nuevo orden en la sociedad mexicana*, México, D.F., 2008.
- ⁶ Pacheco, Fernando Celaya: *Narcoterrorism: How has Narcoterrorism Settled in Mexico?*, in: *Studies in Conflict & Terrorism* 32/12, 2009, S. 1021-1048.
- ⁷ Logan, Samuel / Sullivan, John P.: *The Gulf-Zeta Split and the Praetorian Revolt*, in: *ISN Security Watch*, <http://www.isn.ethz.ch/isn/Current-Affairs/Security-Watch/Detail/?lng=en&id=114551>, Stand: 28.5.2010.

/// Polydimensionale Problemanalyse, anwendungsorientierte Synopsis

NEUKONZEPTION DER JAHRBÜCHER DES FORSCHUNGSINSTITUTS DER DGAP

REINHARD MEIER-WALSER /// Vor zwei Jahren veröffentlichte die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) mit Band 27 „Weltverträgliche Energiesicherheitspolitik“ der Jahrbücher ihres Forschungsinstituts eine grundlegende und in einschlägigen Fachkreisen vielbeachtete Änderung der konzeptionellen Gestaltung dieser seit Jahrzehnten als enzyklopädische Standardwerke internationaler Politik geltenden Sammelbände. Vor kurzem erschien nun Band 28 „Einsatz für den Frieden – Stabilität und Entwicklung in Räumen prekärer Staatlichkeit“.

Da die in verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen charakteristische Methodik der Erkenntnisgewinnung durch Vergleich auch zu den zentralen Elementen der Neukonzeption der DGAP-Jahrbücher zählt, bietet sich die Veröffentlichung des Bandes 28 der Reihe an, um die neue inhaltliche Gestaltungsphilosophie der Herausgeber nicht nur im Vergleich mit der traditionellen Konzeption, die die ersten 26 Bände der Reihe seit deren Gründung im Jahre 1958 prägte, sondern auch mit „komparativem“ Blick auf die thematische Fokussierung und konzeptionell-analytische Aufbereitung der beiden neueren Bände kritisch zu würdigen.¹

Von der historischen Dokumentation zur vergleichenden Politikfeldforschung

Zwischen 1958 und 2006 erschienen 26 Bände der vom Auswärtigen Amt geför-

derten und der „Strategic Community“ hochgeschätzten Jahrbücher der DGAP. Die Mitte der 1950er-Jahre von den Gründervätern der DGAP entwickelte Konzeption sah vor, dass jeder, überwiegend nach geographischen Regionen gegliederte Band dieser Reihe das weltpolitische Geschehen einer (meist) zweijährigen Phase durch eine Fülle jeweils einzelnen Staaten gewidmeten Aufsätzen wissenschaftlich sachgerecht rekonstruierte und analytisch aufarbeitete. Es entstanden beeindruckende Standardwerke in Form nahezu lückenloser weltpolitischer Dokumentationen, die zwar auch heute noch für die (zeit-)historische Forschung von Bedeutung sind, deren Ansatz einer umfassenden Aufbereitung vergangener Ereignisse im Zeitalter der sekundenschnellen globalen Informationsvermittlung des Internet jedoch – wie

Frischer Wind gegen die „zunehmende **VERSTAUBUNG**“ der letzten Jahre

ein Rezensent anlässlich des Erscheinens des ersten Bandes der Jahrbücher in der neuen Struktur in dieser Zeitschrift kritisch meinte – „zunehmend verstaubt“ und als „Anachronismus“ erscheint.² Vor diesem Hintergrund gewannen im Laufe der Jahre bei den Verantwortlichen der DGAP, unterstützt durch maßgebliche Stimmen des Auswärtigen Amtes, Überlegungen in Richtung einer grundlegenden konzeptionellen Neubearbeitung der Jahrbücher die Oberhand. Dieser – wie dem „Dankeswort“ der Herausgeber des Bandes 27 zumindest zwischen den Zeilen zu entnehmen ist – langwierige und mühsame, aber letzten Endes erfolgreiche Prozess in Richtung Neukonzeption führte dazu, dass das letzte, dem „traditionellen“ Ansatz folgende „Jahrbuch Internationale Politik 2003/2004“³ schließlich im Jahre 2006 erschien, also wie bis dahin üblich drei bzw. vier Jahre nach Ablauf des Untersuchungszeitraumes.

Zentrales Thema und abgeleitete Detailstudien

Der „traditionellen“ Konzeption der DGAP-Jahrbücher zufolge waren, so die Herausgeber des Bandes 27 in ihrer Einleitung „zur Neukonzeption des Jahr-

buchs“, auf „derselben Ordnungsebene (Hauptkapitel) ein funktionales Ordnungsprinzip (Kapitel mit thematischen Schwerpunkten) mit dem geographischen Ordnungsprinzip (Kapitel zu Europa, Afrika, Nord-, Mittel- und Südamerika und Asien) aneinandergereiht.“ Der Neuansatz sieht nunmehr vor, dass aus einer „systematisch vergleichenden Sicht“ zunächst ein „aus der Rückschau gewonnenes zentrales Thema der internationalen Politik bzw. daraus abgeleitete Leitfragen die gedanklich grundlegende Gliederungsebene bilden“, wobei die nach Staaten sowie supranationalen, transnationalen oder nichtstaatlichen Akteuren untergliederten Einzelfallstudien jeweils relevanten Teilaspekten der zentralen Fragestellungen gewidmet sind.

Während Band 26 zwar bereits in der Fokussierung der Hauptkapitel stark funktionale Problemorientierung aufweist, aber in der Gesamtstruktur noch weitgehend der herkömmlichen, geographischen Gliederung folgt,⁴ präsentiert sich Band 27, der erstmals einem übergeordneten Thema gewidmet ist, der neuen Konzeption folgend umstrukturiert. Vor dem Hintergrund des sogenannten „energiepolitischen Zieldreiecks“ (aus Versorgungssicherheit, Umweltverträglichkeit und Rentabilität), das die Herausgeber um eine weitere Dimension (Menschenrechte) zu einem „magischen“, weil nicht gleichzeitig zu verwirklichenden Zielvier-eck ausgeweitet haben, wurde die Operationalisierung der Hauptfragestellung nach Szenarien einer „weltverträglichen Energiesicherheitspolitik“ in vier Hauptkapiteln strukturiert. In einem Hauptkapitel („Innen- und außenpolitische Rele-

Neu: Ein ZENTRALES THEMA dient als Leitfaden im internationalen Vergleich.

vanz nachhaltiger Energie- und Umweltpolitik“) kommen Stimmen der operativen Politik zu Wort. Zwei weitere Hauptkapitel sind Energieproduzenten („Oligopolisierungstendenzen in Angebotsregionen“) bzw. Konsumentenländern („Verschärfung der Konkurrenz in Nachfrage-regionen“) gewidmet. Ein weiteres Hauptkapitel vergleicht die Genese, Funktionen, Problembereiche und Entwicklungsmöglichkeiten von insgesamt 19 supranationalen Akteuren und transnationalen Strukturen („Supra und transnationale Koordination von Energieangebot, -nachfrage, Umwelt- und Nichtverbreitungspolitik“). Insgesamt wird in diesem Band das noch relativ junge Thema Energiesicherheitspolitik (das Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands widmet dieser Frage lediglich einen kurzen Abschnitt auf S. 27) in einer Breite und Tiefe aufgearbeitet, die so „Think Tank Alert“ im Juni 2008 zu Recht, „kaum eine Frage offen lässt“.

Letzteres gilt mit der einzigen Einschränkung, dass nicht alle relevanten Bundesministerien zur Frage der Kriseninterventionspolitik Stellung nehmen, auch für Band 28 der DGAP-Jahrbücher. Die Frage der „Sicherheit und

Entwicklung in Räumen begrenzter Staatlichkeit“ wird dabei nicht nur unter – wie der Titel möglicherweise suggeriert – Gesichtspunkten der Friedens- bzw. Krisenintervention bearbeitet, sondern vor allem auch vor dem Hintergrund der grundsätzlicheren Fragen nach dem Staat und der Staatlichkeit und zwar in historischen, staatstheoretischen, staatsrechtlichen, völkerrechtlichen und politischen Kontexten, wobei auch Global-Governance-Konzepte in den vergleichenden, praxisorientierten Szenarien Berücksichtigung finden. Diese „grundlegenden Perspektiven“ sind unter drei Aspekten („Nachwestfälische Unordnung“; „Teufelskreis prekäre Staatlichkeit: Triebkräfte und Folgen“; „Herausforderungen für staatliche und transnationale Akteure“) im ersten Hauptkapitel des Bandes zusammengefasst. Es folgen weitere Abschnitte zu jeweils ausgewählten „Prekären Staaten und Gebieten von deutschem Interesse“, „Nationalstaatlichen Exporteuren von Stabilität und Entwicklung“ und zu „Supra- und transnationalen Strukturen und Akteuren“, wobei die kluge Auswahl jeweils wohlbegründet bzw. selbst erklärend ist.

Strukturelle Harmonisierung der Beiträge

Seine angestrebte Signifikanz für die zukunftsgerichtete praktische Politikgestaltung sucht das „neue“ Jahrbuch der DGAP u. a. durch eine strukturelle Harmonisierung der Einzelbeiträge zu erreichen, was durch „jeweils spezifische Fragenkataloge bzw. Stichpunkte“ für die Autorinnen und Autoren der einzelnen Aufsätze initiiert werden soll. Dass dadurch lediglich eine „bessere Vergleichbarkeit“ ermöglicht, in keinsten Weise aber inhaltliche Zensur praktiziert wer-

Das Leitthema wird nun aus **GRUNDLEGENDE PERSPEKTIVEN** heraus analysiert.

den soll, zeigt sich nicht zuletzt an der Bandbreite der Positionen und an der Aufnahme argumentativ mitunter stark voneinander abweichender Beiträge.

Hinsichtlich dieser angestrebten „Vergleichbarkeit“ unterscheiden sich die Bände 27 und 28 relativ deutlich. Während den Autorinnen und Autoren von Beiträgen zur „Weltverträglichen Energiesicherheitspolitik“ lediglich relativ pauschale und kurze „Stichworte zur Analyse der Produzentenländer“ (bzw. Konsumentenländer) an die Hand gegeben wurden, konnten die Beiträge zu Band 28 auf der Basis umfassender, detaillierter und differenzierter „Fragenkataloge für die Fallstudien“ basiert werden. In jeweils drei Fragenblöcken mit insgesamt 15 Fragen erhielten die Autorinnen und Autoren der drei fraglichen Hauptkapitel (zur Analyse prekärer Staaten; zur Analyse einzelstaatlicher Bemühungen um Stabilität und Entwicklung; zur Analyse supra-, multi- und transnationaler Strukturen und Akteure) reichhaltige Anhaltspunkte für die Strukturierung ihres Forschungsdesigns – eine beispielhafte redaktionelle Leistung, die auch die Konzeption und Strukturierung der weiteren Bände kennzeichnen möge.

SPEZIELLE FRAGENKATALOGE als Leitfaden für die Autoren ermöglichen eine bessere Vergleichbarkeit.

„Praktische Politikgestaltung“ im Mittelpunkt

Wie die Herausgeber des Bandes 27 der Jahrbücher der DGAP in ihrer Einleitung ausführen, möchte die DGAP durch die Neuausrichtung des Erkenntnisinteresses der Jahrbücher „von der

bisherigen historischen Dokumentierung des weltweiten Geschehens hin zu einer systematisch-themenfokussierten Analyse innen- und außenpolitischer Herausforderungen“ explizit auch der „praktischen Politikgestaltung“ dienen. Dieser Zielsetzung einer Nutzbarmachung der Jahrbücher für die Vorbereitung operativen Entscheidungshandelns, dient insbesondere ein beiden „neuen“ Bänden jeweils nachgestelltes, detailliertes Fazit mit Handlungsempfehlungen, die die Herausgeber als Quintessenz aller Beiträge erarbeitet haben. In Band 27 bieten sie „Lösungsansätze für Politik und Wirtschaft“ an, wobei sie sinnvoller Weise ein „Überdenken nationaler Schranken“ im Sinne der „Notwendigkeit inter- und supranationaler Ordnungspolitik“ sowie „ressortübergreifende Wahrnehmungs- und Steuerungsmechanismen“ anregen. In Band 28 entwickeln sie ein „Plädoyer für zukunftsorientiertes (in der Gliederung heißt es „vorausschauendes“) innen- und außenpolitisches Handeln“, in dessen Mittelpunkt das Plädoyer für eine realistische, kooperative und koordinative Politik in Räumen begrenzter Staatlichkeit steht.

Diese, zweifellos mit hohem Arbeitsaufwand verbundenen, im Zuge der korrelierenden Auswertung der einzelnen Beiträge gewonnenen und zu synoptischen Schlussbetrachtungen verdichteten Handlungsempfehlungen der Herausgeber stellen eine äußerst nützliche Informationsquelle, insbesondere für die operative Politik dar, die in den ersten 26 Bänden der Reihe nicht angeboten wurde.

Die „neuen“ Jahrbücher sollen auch der PRAKTISCHEN UMSETZUNG dienen.

Beiträge von politischen Entscheidungsträgern

Im Sinne der von den Verantwortlichen der DGAP angestrebten stärkeren Verankerung der Gesellschaft im Kreise der politischen Entscheidungsträger als auch der mit der Neukonzeption der Jahrbücher verknüpften Idee der Initiierung eines fruchtbaren Dialoges zwischen Wissenschaft und Politik wurden in die beiden neuen Bände neben wissenschaftlichen Aufsätzen jeweils auch Beiträge aus der Feder von Entscheidungs- und Funktionsträgern der operativen Politik aufgenommen, um ihnen die Möglichkeit zu geben, „ihre Problemwahrnehmung und Lösungsansätze darzulegen“. So wurden in Band 27 neben den Positionen der im deutschen Bundestag vertretenen Parteien auch die Perspektiven des Bundeskanzleramtes, des Bundesverteidigungsministeriums, des Bundesumweltministeriums, des Bundeswirtschaftsministeriums und des Bundesinnenministeriums (sowie des Bundesaußenministeriums in Form eines Vorwortes des Ressortchefs) in jeweils separaten Beiträgen berücksichtigt.

Beiträge der „PRAKTIKER“ ergänzen nun auch die wissenschaftlichen Meinungen.

Band 28 würdigt neben Einzeldarstellungen zur Position der Parteien u.a. auch die Rolle des Bundesverfassungsgerichtes und des Bundestages (angesichts des Parlamentsvorbehaltes bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr). Außerdem kommt neben dem Bundesaußenminister (Vorwort) ein Vertreter des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) zu Wort. In diesem

Zusammenhang fragt man sich bei dem komplexen Thema der Friedenseinsätze bzw. der Krisenintervention und angesichts des in diesem Zusammenhang vieldiskutierten Ansatzes der „Vernetzten Sicherheit“ allerdings, warum nicht auch die Rolle und Perspektive anderer relevanter Ressorts aufgenommen wurde bzw. warum nicht alle relevanten Ministerien die Einladung angenommen haben, ihre Position darzustellen?⁵

Didaktisch wertvoll

An der bewährten Tradition der DGAP, als Autorinnen und Autoren ihrer Jahrbücher jeweils nur hervorragend ausgewiesene Experten zu berücksichtigen, hat sich auch mit der Neukonzeption der Jahrbücher nichts geändert. Diesen hohen Maßstab hat der Mitherausgeber und Leiter der Jahrbuch-Redaktion, Josef Braml, aus guten Gründen vom langjährigen Geschäftsführenden Herausgeber, dem im Juli 2005 verstorbenen Wolfgang Wagner, übernommen. Das neue Konzept der Jahrbücher der DGAP, das auch aus didaktischen Gründen sehr zu begrüßen ist,⁶ verleiht diesen seit Jahrzehnten verdienten Standardwerken aber abgesehen von der Fortführung dieser Qualitätskomponente durch eine charakteristische Kombination aus erstens einer Fokussierung auf polydimensionale Problemstrukturen der internationalen Politik, zweitens einer multiperspektivischen und vergleichenden Analyse dieser Problemstrukturen und drittens einer synoptisch gewonnenen, Handlungsempfehlungen ableitenden und insofern bewusst anwendungs-

Trotz der Anpassung an die Herausforderungen zeitgemäßer Darstellung erfolgten KEINE QUALITÄTSABSTRICHE.

orientierten Auswertung einen beeindruckenden (Mehr-)Wert.

Zusammenfassend gilt ein uneingeschränktes Kompliment all denen, die die Neukonzeption der Jahrbücher der DGAP initiiert und entwickelt haben. Mit dieser zeitgemäßen Anpassung an die Realitäten der Informationsvermittlung und -gewinnung des 21. Jahrhunderts einerseits und an die Erfordernisse moderner praktischer Politikgestaltung im Bereich der Internationalen Beziehungen andererseits gelingt es der DGAP, sich noch stärker als bisher als wertvolle Quelle der Information im von Josef Braml zu Recht in Erinnerung gerufenen Sinne von Winand Gellners Begriff der „Ideenagentur“ für die Politik und die politisch interessierte Öffentlichkeit im Zentrum der „strategic community“ an der Schnittstelle zwischen Politik, Wissenschaft, Wirtschaft, Medien etc. zu etablieren. ///

/// PROF. DR. REINHARD MEIER-WALSER

ist Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen und Chefredakteur der Politischen Studien der Hanns-Seidel-Stiftung, München.

Braml, Josef / Kaiser Karl / Maull Hanns W. / Sandschneider, Eberhard und Schatz Klaus-Werner (Hrsg.): Weltverträgliche Energiesicherheitspolitik, Jahrbuch Internationale Politik 2005/2006 (=Jahrbücher des Forschungsinstituts der DGAP, Bd.27). München: Oldenbourg Verlag, 2008, 439 Seiten, € 49,80.



Braml, Josef / Risse, Thomas / Sandschneider, Eberhard (Hrsg.): Einsatz für den Frieden. Stabilität und Entwicklung in Räumen prekärer Staatlichkeit (=Jahrbücher des Forschungsinstituts der DGAP, Bd.28). München: Oldenbourg Verlag, 2010, 496 Seiten, € 49,80.



Anmerkungen

- ¹ Hinsichtlich des letztgenannten Punktes fällt bereits beim Bibliographieren auf, dass Band 28 keine Jahreszahl(en) mehr trägt. Der chronologischen Logik und dem traditionellen zweijährigen Erscheinungsturnus folgend müsste nach Bd. 27 (2005/06) der nächste Band den Jahren 2007/2008 gewidmet sein. Aber möglicherweise – dazu machen die Herausgeber jedenfalls keine Angaben – fällt auch diese zeitliche Zuordnung der einzelnen „Jahrbücher“ fortan weg.
- ² Patrick Keller, in: Politische Studien, Bd.423, Januar/Februar 2009, S.82.
- ³ Wagner, Wolfgang / Hubel, Helmut / Kaiser, Karl / Maull, Hanns W. / Sandschneider, Eberhard / Schatz, Klaus-Werner (Hrsg.): Jahrbuch Internationale Politik 2003/2004 (Jahrbücher des Forschungsinstituts der DGAP, Bd. 26). München 2006.
- ⁴ Kap. I Die USA als dominierende Weltmacht; Kap. II Krisen im nahen und Mittleren Osten; Kap. III Globale Probleme; Kap. IV Weltwirtschaft und internationale Finanzen; Kap. V Europa; Kap. VI Afrika; Kap. VII Mittel- und Südamerika; Kap. VIII Asien.
- ⁵ In Band 28 (S. 11, Fußnote 26) heißt es diesbezüglich: „Erfreulicherweise haben alle fünf im Bundestag vertretenen Fraktionen sowie auf Seiten der Exekutive der Bundesaußenminister und ein Vertreter des Bundesentwicklungsministeriums (BMZ) das Angebot angenommen, ihre Problemwahrnehmung und Lösungsansätze darzulegen.“
- ⁶ Der Verfasser dieser Zeilen, der Internationale Politik an den Universitäten Regensburg und München lehrt, hat den Band „Weltverträgliche Energiesicherheitspolitik“ mit großem Erfolg in Seminaren an beiden Universitäten eingesetzt. Im Hauptseminar „Energieaußen- und Energiesicherheitspolitik“ im Wintersemester 2010 am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Regensburg, wo die Lektüre des Bandes als „einführende Pflichtlektüre“ für alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer gilt, dienen zahlreiche Beiträge des Sammelwerkes nicht nur als geschätzte Grundlage zur Vorbereitung der Referate, sondern wegen der detailliert angelegten Fußnotenapparate und des umfassenden Literaturverzeichnisses verkörpert die Publikation insgesamt auch eine wertvolle Informationsgrundlage zur weiteren Recherche für die einzelnen Hausarbeiten.

/// Beitrag zur Parteienforschung

NEUES STANDARDWERK ÜBER DIE CSU

Sammelbände sind so eine Sache: Meist zwingt ein recht willkürlich gewählter Anlass (womöglich ein Geburtstag oder ein Jubiläum) die Herausgeber (die in diesen Fällen nicht um ihre Arbeit zu beneiden sind) dazu, mit heterogenen Beiträgen die Räume zwischen den Buchdeckeln zu füllen. Von den meisten Sammelbänden bleibt denn auch kaum etwas in Erinnerung – außer vielleicht ein paar wenige gute Aufsätze darin, die weiterhin zitiert werden. Dieser Sammelband ist hingegen etwas komplett anderes: Ein einziges Thema, nämlich die Zukunft der Volkspartei CSU, hat eine Gruppe Regensburger Wissenschaftler dazu gebracht, ihren Forschungsgegenstand mit großem Aufwand in einem Buch mit zahlreichen Autoren aus verschiedensten Perspektiven zu betrachten. Diese Form von „Parteienforschung als Teamarbeit“ (S. 19) hat Neuigkeitswert; nicht zuletzt deswegen, weil sie sehr aufwändig ist. Nach einer Einführung durch die drei Herausgeber folgen nicht weniger als 27 Einzelbeiträge in sechs Abschnitten, die durch ein zusammenfassendes Kapitel von Martin Sebaldt beschlossen werden. Die einzelnen Beiträge sind sehr gut aufeinander abgestimmt; es treten nur ganz wenige Redundanzen auf. Es wurde an

fast alles gedacht; man darf getrost behaupten, dass in diesem Buch alle wesentlichen Aspekte der aktuellen Lage der CSU, deren innere Verfasstheit wie deren Einbindung in die politischen Strukturen Bayerns und Deutschlands behandelt werden. Entstanden ist in der Form eines Sammelbandes ein umfassendes und aktuelles Lehrbuch über die heutige CSU.

Nach dem einführenden Beitrag der Herausgeber, der auf der Basis der wichtigsten neueren Forschungsergebnisse den Anspruch des Bandes umreißt, werden im ersten Abschnitt die politischen und sozialen Rahmenbedingungen beschrieben, mit denen sich auch die CSU in der Gegenwart auseinandersetzen muss. Ein weiterer Abschnitt behandelt die CSU in der bayerischen Verbändelandschaft, wobei speziell die Kirchen, die Landwirtschaft, die Gewerkschaften und die Sudetendeutsche Landsmannschaft im Vordergrund stehen. Neben den generellen sozialen Trends werden dabei am stärksten die Schwierigkeiten deutlich, denen die CSU heute gegenübersteht: Selbst wenn ihr Verhältnis zu den Gewerkschaften heute eher inhaltlich-kompetitiv als ideologisch-konfrontativ geworden sein mag (S. 138), so wird



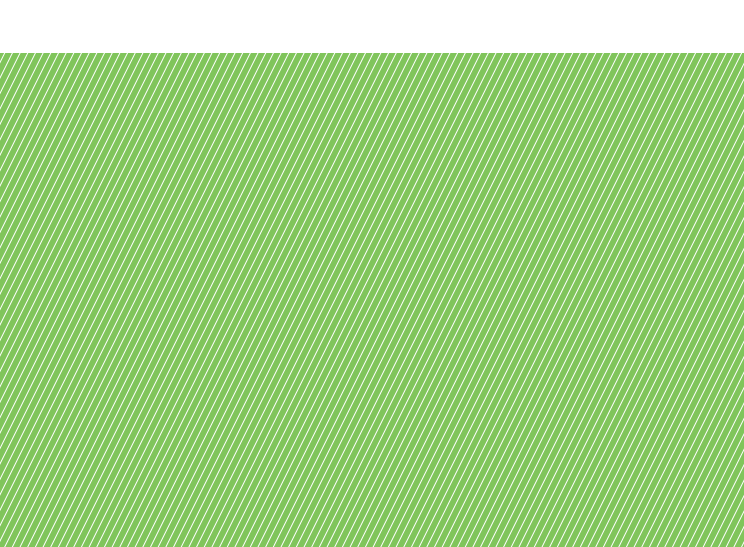
Hopp, Gerhard / Sebaldt, Martin / Zeitler, Benjamin (Hrsg.): Die CSU. Strukturwandel, Modernisierung und Herausforderungen einer Volkspartei. Wiesbaden: VS Verlag, 2010. 590 Seiten, € 39,95.

ihr das kaum neue Wählerschichten erschließen. Im Verhältnis zu den Kirchen (insbesondere zur Katholischen) hingegen könnte es sinnvoll sein, sich zu einer „postsäkularen CSU“ (S. 94) zu entwickeln, die versucht, durch die Formulierung moderat-christlicher Positionen die Mitte der Gesellschaft anzusprechen. Bei der Landwirtschaft wie den Sudetendeutschen mag die Einbettung der CSU nach wie vor sehr gut sein (bei Letzterer spricht Gerhard Hopp sogar von einer „privilegierten Partnerschaft“; S. 162), was sich aber für die Volkspartei CSU tendenziell immer weniger auszahlt, weil diese Verbände in ihrer Klientel oder in der Gesellschaft insgesamt eine schrumpfende Teilmenge repräsentieren.

Der folgende Abschnitt widmet sich der politischen Programmatik der Partei. Darin werden alle Grundsatzprogramme betrachtet sowie zusätzlich die

Politikfelder der Wirtschaftspolitik, der Umweltpolitik und der Europapolitik. Insgesamt wird dabei der CSU große Wandlungsfähigkeit bei gleichzeitiger programmatischer Konstanz hinsichtlich zentraler Grundausrichtungen bescheinigt. Die Europapolitik scheint in den Augen der Autoren weit mehr geeignet zu sein als Raum zur Bewahrung konservativer Programmatik als die Wirtschafts- und Umweltpolitik, zumal sich die Partei in den beiden letzten Feldern – so darf man die Aussagen der Beiträge wohl verstehen – künftig eher schwertun dürfte.

Der vierte und umfangreichste Abschnitt behandelt in acht Beiträgen die innere Struktur, die „Machttektonik“ der CSU. Dort wird der Versuch unternommen, die wesentlichen Binnenakteure der Partei genauer unter die Lupe zu nehmen. Jeweils ein Artikel behandelt die Staatskanzlei, die Landtagsfraktion, die Landesgruppe in Berlin, die Europagruppe, Präsidium und Vorstand, die Landesleitung, die Bezirksverbände sowie die Arbeitsgemeinschaften. Über Detailbewertungen kann man immer diskutieren, aber alles in allem ergibt sich so ein schlüssiges Bild der wichtigsten Machtzentren der CSU der



Gegenwart. Erfreulich ist, dass hierbei viel Material gesammelt und ausgewertet wurde und die Ergebnisse daher sehr fundiert sind.

Etwas spekulativer sind die meisten Beiträge des nächsten Abschnitts über politische Führung in der CSU, wo zunächst die politische Führung nach Strauß thematisiert, ein Vergleich zwischen dem „Charismatiker“ Strauß und dem „Bürokrat[en]“ Stoiber sowie Überlegungen über den CSU-Fraktionsvorsitzenden angestellt werden. Stärker empirisch unterfüttert ist hingegen der Beitrag zur Jungen Union. Der letzte Abschnitt widmet sich den Wahlkämpfen und Wahlen der letzten Jahre und schließt mit einem Artikel über die Koalitionsregierung in Bayern aus journalistischer Sicht. Den Band beschließt ein Beitrag von Martin Sebaldt, in dem die wesentlichen Ergebnisse zusammengefasst werden. Dort gibt er der CSU in fast allen Merkmalen, die seiner Meinung nach eine Volkspartei auszeichnen, die Note „gut“. Die zentralen Probleme der Partei in den letzten fünf Jahren seien unter die Kategorien „Führungsfragen“ und „Fehlentscheidungen im Polit-Management“ zu verorten. Seine Analyse legt daher nahe, die CSU als

eine im Kern gesunde Volkspartei mit intakter Gesamtstruktur zu bezeichnen.

Keine Frage: Dieser Sammelband ist gelungen, der Gesamteindruck ist sehr positiv. Wenn man überhaupt etwas kritisieren kann, dann ist das das Fehlen eines Registers und vielleicht einer Gesamtbibliographie. Dieses Buch, mit großem Aufwand und sehr kenntnisreich erstellt und noch dazu aktuell, darf sich jetzt schon als Standardwerk über die CSU sehen. Aber auch für die deutsche Parteienforschung insgesamt kann ein solcher Ansatz, eine synchrone Analyse einer politischen Partei in Form eines intelligent konzipierten Sammelbandes vorzunehmen, vorbildlich sein. ///

GERHARD HIRSCHER

**Joachim, Laurent: Der Einsatz von
„Private Military Companies“
in modernen Konflikt. Ein neues
Werkzeug für „Neue Kriege“?
Münster: LIT Verlag, 2010,
648 Seiten, € 29,90.**



Seit dem Irak-Krieg 2003 sind private Sicherheits- und Militärfirmen verstärkt in das Blickfeld der Politikwissenschaft und einer breiteren Öffentlichkeit gerückt. Unter dem normativ eingefärbten Schlagwort der „Neuen Söldner“ versuchen Autoren, Journalisten und Wissenschaftler Licht in das Dunkel einer sich nach innen verschlossen gebenden Branche zu bringen. Dennoch fehlte auf dem deutschsprachigen Markt ein wissenschaftlicher Versuch das breite Spektrum der Branche zu erfassen, ihre Implikationen für Staat und Gesellschaft darzulegen und zugleich die Rahmenbedingungen für das Entstehen privater Militärfirmen zu analysieren. Laurent Joachim hat sich in seiner umfangreichen Dissertation dieser Lücke und noch weiteren Fragestellungen angenommen: Was sind eigentlich private Militärfirmen, was für Leistungen bieten sie an, gibt es Unterschiede zum „klassischen“ Söldnertypus? Welche Faktoren haben dazu beigetragen, dass diese milliarden schwere Branche entstehen konnte? Und letztlich widmet sich der Autor der philosophischen Frage, „welcher Umgang mit diesem neuen Phänomen vorzuziehen ist, damit die Kontinuität unseres Staatsmodells gewährleistet werden kann.“ (S. 19)

Zu Beginn werden die Begriffe „Söldner“ und „Private Military Company“

voneinander abgegrenzt. Mit Hilfe bereits bestehender Definitionsversuche und eines historischen Abrisses arbeitet der Autor klar heraus, dass private Militärfirmen mehr sind als eine bloße Ansammlung kriegswilliger Söldner, sondern sie „haben die Möglichkeit, eine komplette Infrastruktur zur Kriegsführung zu schaffen“ und „gleichzeitig liefern sie quantitativ und qualitativ Leistungen, die denen einer regulären Armee gleichkommen.“ (S. 37) Bei entsprechender Finanzierung können private Militärfirmen also dauerhaft staatliche Sicherheitsstrukturen substituieren und geben mehr oder weniger respektablen Personen und Organisationen die Möglichkeit, privatwirtschaftliche Armeen für dubiose Zwecke zu mieten.

In der begrifflichen Differenzierung zeigt sich gleich am Anfang ein großer Verdienst der Dissertation: Der Leser bekommt einen intensiven Einblick in die innere „Lebenswelt“ der sonst sehr verschlossen agierenden Militärfirmen. Zusammengetragen aus einer Fülle von Dokumenten und Berichten zeigt der Autor auf, mit welchen Methoden Mitarbeiter angeworben werden, welche Ausrüstung sie zur Verfügung haben, welche finanziellen Konditionen und Modalitäten die Arbeitsverträge regeln und wie Einsatz- und Stellenausschreibungen aussehen. Dabei wird klar, dass zum Teil auch ganz offen Stellen ausgeschrieben werden, meistens auf der jeweiligen Firmenwebseite oder in speziellen „Guns to Hire“-Foren und Fachzeitschriften. Es gibt, so das Fazit bezüglich Rekrutierung und Ausbildung der „neuen Söldner“, „sogar in Europa vielfältige Wege eine militärisch orientierte Ausbildung jenseits einer regulären Armee [zu] absolvieren.“ (S. 77)

In der sicherheitspolitischen Community ist man sich einig, dass ohne

den Einsatz von privaten Militärfirmen die USA den letzten Irak-Krieg nicht hätte bestreiten können. Der Autor fragt konsequenterweise nach den Entstehungsfaktoren, die für den Aufstieg der Branche verantwortlich sind. So werden als Ursachen erstens die so genannte „casualty shyness“ der westlichen Zivilgesellschaften angeführt, die Tod und Verwundung eigener Soldaten sehr kritisch gegenüberstehen, zweitens Berufsarmeen, deren ausscheidende Soldaten einen unerschöpflichen Pool gut ausgebildeter Fachkräfte darstellen, drittens der leichte Zugang zu Waffensystemen jeglicher Art bedingt durch eine unabhängige, global agierende Rüstungsindustrie, viertens eine indirekte interventionistische Machtpolitik der Staaten und fünftens Großkonzerne, die Schutz für ihre Investitionen benötigen (S. 277). Als weiterer Punkt wird der Wandel der internationalen Konfliktstruktur nach dem Ende des Kalten Krieges angeführt, welche das Phänomen der „Neuen Kriege“ mit ihrem asymmetrischen Konfliktcharakter hervorgebracht hat.

Abschließend geht der Autor auf die ethisch-normative Frage ein, ob Staaten überhaupt auf private Militärfirmen zurückgreifen sollen und beantwortet diesen sehr spannenden Teil der Dissertation mit einem klaren Nein. Denn langfristig gesehen ist es fraglich, ob globaler Frieden mit Hilfe eines Geschäftsfeldes, das von Konflikten und Kriegen lebt, durchzusetzen ist. Des Weiteren seien private Militärfirmen „ein Geschöpf, das eine Eigendynamik hat und sich unkontrolliert und zu Lasten der Staats- und Rechtsordnung demokratischen Musters verbreiten kann“ (S. 533). Spätestens diese These wird auf Widerspruch treffen und somit steht einer

fruchtbaren wissenschaftlichen Debatte nichts mehr im Wege.

Das Geschriebene stellt nur einen kleinen Ausschnitt der Dissertation dar. Der Autor widmet sich weiteren Themenkomplexen wie der (unzureichenden) nationalen und internationalen Gesetzgebung zur Regulierung der Branche, veranschaulicht an vielen Beispielen das praktische Wirken privater Militärfirmen im Nahen Osten und geht auch auf eine mögliche Zukunft dieser ein.

Das Buch überzeugt durch die angeführten Zahlen und Fakten, die in so komprimierter Form auf dem deutschsprachigen Markt noch nicht zugänglich waren. Hier hat Laurent Joachim Pionierarbeit geleistet. Es ist verständlich geschrieben und damit auch einem breiteren Publikum zugänglich. Manchmal wäre eine übersichtlichere Struktur wünschenswert gewesen und es gibt gewisse Redundanzen. Doch nichtsdestotrotz wird die sicherheitspolitische und normative Bedeutsamkeit der Thematik dem Leser pointiert bewusst gemacht.

ROBERT SEIDL



Jäger, Thomas (Hrsg.): Die Komplexität der Kriege. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2010, 307 Seiten, € 39,95.

Auch zwanzig Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges zeigt sich die Disziplin der Internationalen Beziehungen noch orientierungslos: Der Strom von Büchern, die seit 1989/90 mit Formulier-

rungen wie „spätestens seit dem Ende des Ost-West-Konflikts“ beginnen, und sich sodann auf die Suche nach neuen Deutungsmustern und Weltordnungsmodellen begeben, reißt bis heute nicht ab. In besonderem Maße geht es dabei um die Verortung der „neuen Kriege“ (Herfried Münkler). In diese Tradition stellt sich auch der hier anzuzeigende Sammelband, der vom Inhaber des Lehrstuhls für Internationale Politik und Außenpolitik der Universität Köln, Thomas Jäger, herausgegeben wurde. „[I]nsbesondere seit das weltumspannende Deutungsmuster des Ost-West-Konflikts für Gewaltauseinandersetzungen in und zwischen Staaten verloren ging“, so schreibt Jäger in seiner Einleitung, „wurde eine intensive Diskussion um die Veränderung des Krieges geführt“. Diese Diskussion kreiste u. a. um die Entwicklung der internationalen Ordnung, die Wandlungen von Staatlichkeit und die faktische Ordnungskraft der Globalisierung – allesamt Faktoren, die zur Neuinterpretation gewaltsamer Konflikte herangezogen wurden. Jäger und seine Autoren sind angetreten, „diese Komplexität der Kriege weiter zu vermessen“.

Komplex ist auch der Inhalt des vorliegenden Sammelbandes. 14 Aufsätze von 17 Autoren (erfreulicherweise darunter viele Nachwuchswissenschaftler) beschäftigen sich aus den unterschiedlichsten Perspektiven mit dem Phänomen des Krieges. So geht es in den Beiträgen u. a. um Clausewitz, die ESVP, private Militärfirmen, die Stabilität der Andenregion, die Kriegskultur der Tuareg, transnational organisierte Kriminalität und um den Weltraum als Kampfzone. Die Einordnung der einzelnen Themenbeiträge in die drei übergeordneten Abschnitte erscheint mitunter

zwar ein wenig gezwungen, wohl aber erhält der Leser einen guten Eindruck von der heutigen Komplexität sicherheitspolitischer Forschung.

Im ersten Abschnitt werden „Kriege im Zeichen von Ordnung und Sicherheit“ betrachtet. Matthias Zimmers Aufsatz über „Die Bedeutung des Militärs für die Großmächtepolitik“ ist besonders originell. Er wendet sich gegen die in der Disziplin populäre These, der Staatenkrieg alter Prägung sei zum historischen Auslaufmodell geworden und die Staaten hätten als faktische Monopolisten des Krieges zugunsten von parastaatlichen und privaten Akteuren abgedankt. Erfrischenderweise behauptet Zimmer das Gegenteil: Er argumentiert auf stimmige und sehr lesenswerte Weise, dass erstens „die asymmetrischen Kriege die Bedeutung staatlich verfasseter Souveränität und die Bedeutung des Militärs eher gestärkt als geschwächt haben; dass diese zweitens die Struktur des internationalen Systems anfälliger für zwischenstaatliche militärische Auseinandersetzungen machen und dass drittens die Bedeutung des Militärs für die Großmächte und ihre das System strukturierende Funktion eher ansteigt als nachlässt“.

Ähnlich originell ist der Ansatz von Daniel Lambachs Aufsatz „Gefährliche Davids: Wie schwache Staaten ihre Nachbarn bedrohen“ im zweiten Teil des Sammelbandes, welcher „Kriege im Zeichen schwacher Staatlichkeit“ untersucht. Während die Sicherheitsproblematik von „Failed“ oder „Failing States“ meist durch die Brille des Nordens betrachtet wird, wurde die Perspektive des Südens bislang weitgehend vernachlässigt. Lambach versucht diese Lücke zu schließen, bzw. zumindest eine Forschungsagenda aufzustellen. In seinem

theoretisch fundierten und hoch analytischen Aufsatz entwickelt er vier interessante Hypothesen über das zu erwartende Verhalten von Staaten angesichts des drohenden Verfalls eines Nachbarstaates.

In den Beiträgen des dritten Abschnitts werden „Kriege im Zeichen von Globalisierung“ analysiert. Dankenswerterweise widmet sich Mischa Hansel dem in Deutschland bislang wenig beleuchteten Thema „Der Weltraum und die Kriegsführung der Zukunft“. „Ist denn“, so fragt Hansel, „die Ausdehnung kriegerischer Akte auf den Weltraum nicht ebenso unvermeidlich wie es die Entwicklung des Seekrieges bzw. des Luftkrieges war?“ Am Ende einer sehr sorgfältigen und gut durchdachten Analyse kommt Hansel zu dem Schluss, dass ein solches Szenario unter bestimmten Bedingungen durchaus plausibel erscheint. Wünschenswert wäre es allerdings gewesen, dass Hansel seinen offensichtlich aus dem Jahr 2007 stammenden Artikel entsprechend der neuen amerikanischen Weltraumstrategie aktualisiert.

Mit Blick auf die große Bandbreite des abgebildeten Themenspektrums und die überdurchschnittliche Qualität vieler Beiträge ist der Band ein lohnenswerter Beitrag zur immer noch anhaltenden Debatte über die Natur des Krieges in der post-bipolaren Welt. Er weiß der enormen Diversifizierung des wissenschaftlichen Diskurses mit seiner Vielzahl neuer Konzepte konstruktiv zu begegnen und bietet darüber hinaus an vielen Stellen echtes Lesevergnügen.

JANA PUGLIERIN



Egle, Christoph / Zohlnhöfer, Reimut (Hrsg.): Die zweite Große Koalition. Eine Bilanz der Regierung Merkel 2005-2009. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2010, 602 Seiten, € 39,95.

Im Gegensatz zur ersten Großen Koalition (1966-1969) war die zweite (2005-2009) ungewollt. Weder Schwarz-Gelb noch Rot-Grün konnten eine Mehrheit erreichen. Die Linkspartei, mit der sich eine Koalition verbot, blockierte ein solches Regierungsbündnis. Da eine „normale“ („Senegal“-Bündnis) und eine „schwarze“ Ampel („Jamaika“-Bündnis) aus politischen Gründen nicht in Frage kam, blieb als letzte Möglichkeit nur die Bildung einer Großen Koalition. Für einen demokratischen Verfassungsstaat, der auf dem Gegenüber von Regierung und Opposition basiert, ist das kein Musterfall, sondern eher ein Notfall.

Der informative Band von Egle / Zohlnhöfer zieht eine Bilanz der Politik der Großen Koalition. Sie hätte zu einer „Reformkoalition“ oder zu einer „Blockadekoalition“ mutieren können. Im ersten Fall wäre mit tiefgreifenden Reformen zu rechnen gewesen. Vetospieler wie der Bundesrat entfielen und unpopuläre, aber dringend notwendige Reformen hätten sich durchführen lassen, da die beiden Parteien Interesse an einer erfolgreichen Regierungsarbeit gehabt hätten. Im zweiten Fall hätte angesichts der großen Unterschiede mit einer Politik des „kleinsten gemeinsamen Nenners“ gerechnet werden müssen. Keine Seite wollte große Konzessionen an den Regierungspartner machen. Die Frage,

ob die Große Koalition eher ein Reform- oder ein Blockadebündnis war, zieht sich wie ein roter Faden durch den Band. Fast alle Politikfelder wie Finanz-, Gesundheits-, Bildungs-, Rechts-, Verfassungs-, Europa- und Sicherheitspolitik geraten auf den Prüfstand. Diese Anlage ist eine Stärke des Werkes.

Das Ergebnis fällt höchst unterschiedlich aus. Wie Annette Henninger und Angelika von Wahl belegen, gab es bei der Familienpolitik durch die Einführung eines einkommenabhängigen Elterngeldes und durch den Ausbau der öffentlichen Kinderbetreuung für unter Dreijährige grundlegende Reformen. Als Gegenspieler der CDU-Familienministerin Ursula von der Leyen trat die CSU in Erscheinung, weniger die SPD. Auch die Außen- und Sicherheitspolitik mit der „Normalisierung“ des Verhältnisses zu den USA ist nach Sebastian Harnisch auf der Habenseite zu verbuchen. Zu den Politikfeldern mit Stärken und Schwächen zählt nach Manfred G. Schmidt die Kontinuität in der Sozialpolitik. Der Wohlfahrtsstaat wurde insgesamt gestärkt, etwa durch die Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes für ältere Arbeitnehmer. Union und SPD firmieren jeweils als „große Sozialstaatsparteien“ (S. 302). Schließlich dominierten in anderen Bereichen, etwa bei der Umweltpolitik, Politikblockaden oder halbherzige Maßnahmen wie in der Gesundheitspolitik, die dem Ziel dienten, spätere Optionen in einer politisch günstigeren Konstellation nicht zu verbauen.

Die Herausgeber erklären die Unterschiedlichkeit der Ergebnisse u. a. mit der politischen Führungskraft des jeweiligen Ministers und mit dem spezifischen Problemdruck. Die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage führte zu einer

Verschlechterung des Reformeifers. So heißt es: „Gute Zeiten‘ sind also schlechte Zeiten für umfangreiche Reformen“ (S. 595). Die große Finanzkrise 2008/09 verlief durch mehrere Konjunkturprogramme glimpflich – freilich um den Preis einer Rekordnettokreditaufnahme des Bundes. Die Politik verpflichtete sich zugleich zur Einführung einer Schuldenbremse, um die Ausgaben legitimieren zu können, so Astrid Lorenz.

Der Band behandelt nicht nur die Ergebnisse auf den einzelnen Politikfeldern, sondern auch, wenngleich recht knapp, die Strategien der Parteien. Nach Bernhard Miller und Wolfgang C. Müller spielte beim Koalitionsmanagement der aus den politischen Spitzen bestehende Koalitionsausschuss (mit Kanzlerin, Vizekanzler, Fraktions- und Parteivorsitzenden) eine beträchtliche Rolle, ohne aber alle Konflikte beseitigen zu können. Die These, diese seien oft in die Öffentlichkeit getragen worden, dürfte so nicht stimmen. Insgesamt hat die Große Koalition recht geräuscharm agiert. Laut Christoph Egle stand der Parteienwettbewerb oft „im Schatten der Linkspartei“ (S. 99). In der Tat sah sich die SPD genötigt, die Einführung gesetzlicher Mindestlöhne und die Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I zu fordern, nachdem zu Beginn der Legislaturperiode auf Initiative von Franz Müntefering die Rentenaltersgrenze auf 67 Jahre angehoben wurde. Anders als Egle meint, ist die Kurskorrektur durch die Distanzierung von der Linkspartei nicht widersprüchlich. Denn diese Kraft ist eben keine Partei innerhalb des Verfassungsbogens, wie Egle behauptet, aber nicht belegt. Die SPD kann sich doch nach links öffnen, um der linken Konkurrenz Stimmen abzuziehen.

War das Regierungsbündnis zur Zeit der Großen Koalition politisch weithin heterogen und in seinem Gestaltungsspielraum nicht durch ein Veto des Bundesrates bedroht (jedenfalls bis zur Hessenwahl im Februar 2009), so ist das jetzige Regierungsbündnis politisch weithin homogen und in seinem Gestaltungsspielraum durch ein Veto des Bundesrates bedroht (jedenfalls seit der Wahl in Nordrhein-Westfalen im Mai 2010). „Durchregieren“ ließ sich weder in dem einen noch in dem anderen Fall. Das hat auch mit dem moderierenden Führungsstil der Kanzlerin zu tun, wie Manuela Glaab erhellt. Die Autorin hebt einerseits positiv auf die Führungssicherung durch die Kanzlerin ab. Andererseits heißt es: „Eine ‚Achillesferse‘ dieses adaptiv-moderierenden Führungsstils könnte jedoch darin bestehen, dass ihre Anpassungsfähigkeit die Erwartungen und Bedürfnisse der eigenen Anhängerenschaft – vor allem der Kernklientel der Unionsparteien – nach politischer Orientierung vernachlässigte“ (S. 152).

ECKHARD JESSE

Reichinger, Martin: *Sharing the burden – Sharing the lead? Euro-atlantische Arbeitsteilung im Zeichen des allianzinternen Sicherheitsdilemmas*. Baden-Baden: Nomos Verlag, 2010, 530 Seiten, € 89,00.



Martin Reichinger hat eine anspruchsvolle theoretische Studie vorgelegt, in welcher er das transatlantische Verhältnis und dessen Friktionen vor, während

und nach dem von den USA angeführten Irakkrieg von 2003 thematisiert. Die Arbeit ist das Ergebnis einer 2009 an der Universität Passau eingereichten Dissertation.

Reichinger analysiert die empirische Mächtekonstellation und das Verhalten der einzelnen Akteure auf der Basis neo-realistischer Grundannahmen. Es ist spannend zu verfolgen, wie der Autor die Verhaltensstrategien der zentralen Akteure aus der Systemebene der internationalen Politik ableitet und dann zu klaren Hypothesen gelangt. Das zunehmend multipolar strukturierte internationale System führte zur Infragestellung klassischer Ordnungsstrukturen.

Die beiden transatlantischen Bündnispartner handeln – und hier wird auf die allianztheoretischen Annahmen des Neorealismus von Glenn Snyder zurückgegriffen – angstgetrieben: Der stärkere Allianzpartner, die USA, befürchten, im Konfliktfalle im Stich gelassen zu werden (abandonment), während der schwächere Partner Europa befürchten muss, in einen unnötigen, kostenreichen Konflikt hineingezogen zu werden (entrapment).

Die Gefolgschaftsverweigerung der „alten Europäer“ im Falle des amerikanischen Irak-Feldzugs ist leicht erklärbar. Dem Wunsch nach mehr sicherheitspolitischer Autonomie der Europäer stand die unverblümt unilateralistisch ausgestaltete Präferenz der USA entgegen, die NATO als „Werkzeugkiste“ für eigene nationale Interessen einzusetzen. Der ereignisgetrieben unvermeidliche „Bruch des Westens“ ist – und das ist eine der originellen Resultate des Buches – nicht ausschließlich und nicht einmal kausal vorrangig auf die neokonservative Ideologie der Bush-Administration zurückzuführen, sondern auf ei-

nen genuinen Interessenkonflikt in einer sich wandelnden Welt.

Reichinger leistet auch methodisch Beachtliches. Er wendet die komplexe Konstellationsanalyse des Neorealismus der Münchner Schule (NRMS) in einer systematischen Konsequenz auf den empirischen Fall an wie noch kein Wissenschaftler vor ihm. Dieser Ansatz, der von Gottfried-Karl Kindermann bereits in den 70er-Jahren im Dialog mit Hans Morgenthau eingeführt und seitdem verfeinert wurde, bietet ein diagnostisches Fragesystem an, mit Hilfe dessen die Interessen ausgewählter Akteure in einer ausgewählten Zeitperiode singulär und in ihrer Interaktivität analysiert werden können. Reichinger beschränkt seine Analyse klugerweise auf die Außenpolitiken der konstellationsrelevanten Akteure, um das Präzept des Realismus, eine erkenntnisleitende Reduktion der Komplexität zu erreichen, nicht zu gefährden. Die zu analysierenden Akteure sind neben den USA die ressourcenstärksten NATO- und EU-Akteure Großbritannien, Frankreich und Deutschland. Um die hohe Komplexität in der Analyse zu entflechten, baute Reichinger zusätzlich eine artifizielle Trennung zwischen den nationalen Akteursstrategien einerseits und institutionellen Interessen andererseits ein, die in der Empirie so nicht haltbar ist, das synoptische Bild der Gesamtkonstellation jedoch klarer werden lässt.

Wie der Titel des Buches „Sharing the Burden – Sharing the Lead“ bereits andeutet, wird die Debatte um die transatlantischen Beziehungen unter den Begrifflichkeiten der Lastenteilung (USA) und der Arbeitsteilung (Europa) geführt. Während die USA die NATO als Instrument zur Entlastung der USA unter Beibehaltung der US-Hegemonie

betrachten, fordern die Europäer eine schrittweise Arbeitsteilung *inter pares* ein. Psychologisch führt diese divergente Perzeption dazu, dass die USA die Europäer meist als zahnlöse Tiger oder Trittbrettfahrer im Sinne der Theorie kollektiver Güter ansehen, während die Europäer in den Amerikanern immer noch schießwütige Cowboys ausmachen, denen zivile Lösungen für gesellschaftlich bedingte Konflikte immer noch wesensfremd zu sein scheinen. Die Bedingungen der sicherheitspolitischen Umwelt, die durch asymmetrische Konflikte und neue Fähigkeitsanforderungen geprägt ist, macht jedoch eine Kooperation zwischen den transatlantischen Partnern unerlässlich.

Der Verfasser zeigt in einer quellenmäßig üppig ausgestatteten Untersuchung auf, wie es der Bush-Administration gelang, die Intra-Allianz-Problematik durch eine Verlagerung der Kernprobleme in den Mittleren Osten und an den Hindukusch für die USA vorteilhaft zu entscheiden. Die Bildung flexibler Koalitionen im Krieg gegen den Terror, in die gerade auch die mittel- und osteuropäischen Staaten (neues Europa) einbezogen wurden, verstärkten die Verhandlungsmacht der USA innerhalb der NATO und bewirkten, dass die Amerikaner quasi als trojanisches Pferd Einfluss auf Entscheidungen innerhalb der GASP der EU nehmen konnten. Die sich für die USA zunehmend nachteiliger entwickelnde Situation im Irak bis ins Jahr 2007 und in Afghanistan führte hingegen dazu, dass die USA im Rahmen der Mission Enduring Freedom einen intensiven Kampf im afghanisch-pakistanschen Grenzgebiet führten, während den Europäern mehr Raum für die Ausbildung und Ausrüstung der afghanischen Sicherheitskräfte gewährt wurde.

Bezogen auf die Entwicklungen der Gegenwart kommt Reichinger zu dem Schluss, dass die USA ihre Führungsrolle in einer zunehmend multipolaren Welt reduzieren müssen und wollen. Diese faktische und quasi-prognostische Entwicklung wird in dieser elaborierten, theoretisch fundierten und empirisch gesättigten Untersuchung überzeugend dargestellt. Reichinger hat nachgewiesen, dass ein anspruchsvoller angewandter Realismus weiterhin einen Erkenntnisgewinn zu erbringen vermag.

CHRISTOPH ROHDE

Kost, Andreas / Rellecke, Werner / Weber, Reinhold (Hrsg.): *Parteien in den deutschen Ländern. Geschichte und Gegenwart. Eine Einführung.* München: Verlag C. H. Beck, 464 Seiten, € 19,95.



Die Landeszentralen für politische Bildung kümmern sich jeweils in ihrem Land für die Stärkung der demokratischen Institutionen, Werte und Einstellungen und generell der politischen Kultur. Dabei beschäftigten sie sich – mal mehr, mal weniger – auch mit den Parteien in ihren Ländern, die ja auch in den bundesstaatlichen Untergliederungen die wesentlichen Elemente der politischen Partizipation sind. Neu an diesem Buch ist, dass sich mehrere Landeszentralen – die in Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Baden-Württemberg – daran gemacht haben, einen Sammelband herauszubringen, der die Parteien in allen Ländern behandelt. Damit hat der

interessierte Leser die Möglichkeit, sich rasch und sehr aktuell über die Lage der Parteiensysteme in den deutschen Ländern zu informieren.

Erfreulich ist, dass die Behandlung der einzelnen Länder eingebettet ist in einen größeren historischen und politischen Kontext. Der Band beginnt mit einem einführenden Beitrag von Thomas Kühne über Parteien und politische Kultur in Deutschland von 1815 bis 1990. Es folgen jeweils ein nützlicher Überblick über die Staatsparteien in der DDR (Peter Joachim Lapp) sowie über die Parteien im politischen System der Bundesrepublik Deutschland (Frank Decker). Es folgt in einem zweiten Abschnitt jeweils ein Artikel über ein Land, wobei in fast allen Fällen die historischen Wurzeln der wichtigsten Parteien und Strömungen mit berücksichtigt werden. Reinhold Weber und Ursula Münch betonen dabei in ihren Artikeln über Baden-Württemberg und Bayern stark die Kontinuität der Parteiensysteme und erwarten eher den Fortbestand bürgerlicher Mehrheiten dort.

Schwieriger sind die Vorhersagen für Berlin (Jakob Lempp), auch wenn sich dort allmählich eine Angleichung der Parteiensysteme im Osten und Westen erkennen lässt. Die Bildung einer rot-roten Koalition in Brandenburg bestätigt Jürgen Dittberner in seiner Einschätzung, dass sich dort noch sehr stark eine „kleine DDR“ wiederfinden lasse. Dass quasi auf ewig zementierte Vormachtstellungen einzelner Parteien heute immer seltener werden, unterstreicht der Beitrag von Lothar Probst über Bremen, der infrage stellt, ob die SPD dort ihre alte Dominanz wird erhalten können. Dies gilt erst recht für Hamburg (Julia von Blumenthal / Franziska Zahn), auch wenn – was der Beitrag noch nicht be-

rücksichtigen konnte – die SPD nach dem Zerfall der schwarz-grünen Koalition wieder bessere Karten hat. Hessen wird von Sigrid Koch-Baumgarten und Christoph Strünck geradezu als Muster eines Landes gezeichnet, das sich von einer Hochburg des Liberalismus über eine Hegemonie der SPD zu einer offenen Parteienlandschaft entwickelt habe. In Mecklenburg-Vorpommern, so Stefan Schoon, zeigt sich die im Osten weit verbreitete Situation, dass den Parteien in manchen Regionen immer mehr Mitglieder und Kandidaten fehlen – und das trotz relativ stabilen Wahlverhaltens. Für Niedersachsen konstatiert Tim Spier eine verzögerte Anpassung an die bundesdeutsche Normalität, indem sich das katholische, das protestantisch-weltliche und das nationalliberale Milieu abschwächte und sich CDU und SPD zu Volksparteien entwickelten, die allerdings seit 1976 nur innerhalb ihres Lagers koalitierten.

Nordrhein-Westfalen hat sich – so Marcel Solar – aus einer Vorherrschaft des politischen Katholizismus nur scheinbar in ein Stammland der Sozialdemokratie entwickelt, sodass dort das Fünfparteiensystem auch künftig die politische Konkurrenz prägen dürfte. Auch für Rheinland-Pfalz konstatieren Ulrich Sarcinelli und Timo S. Werner einen Abbau der christdemokratischen Dominanz, die nicht zur Entstehung einer sozialdemokratischen Hochburg geführt habe, sondern eher zu einer speziellen Ausprägung einer „Ministerpräsidentendemokratie“. Ein erneutes Beispiel des Weges eines Sonderfalls zur bundesrepublikanischen Normalität zeigt Gabriele B. Clemens anhand des Saarlandes, das allerdings durch die Bildung der ersten „Jamaika-Koalition“ 2009 eigene Akzente setzte.

Einen Sonderfall – und das auch innerhalb der ostdeutschen Länder – stellt, so Werner Rellecke, Sachsen dar, wo sich bei starker Fragmentierung ein CDU-dominiertes Sechsparteiensystem etabliert hat. Auch in Sachsen-Anhalt – so Klaus Detterbeck – sind die Bindungen der Wähler an ihre Parteien sehr fragil; bei aller Unsicherheit sieht er aber durchaus einen strukturellen Vorteil für die CDU im Land. Diesen hätte die CDU – nimmt man nur die Mitgliederzahlen – auch in Schleswig Holstein, aber laut Klaus Kellermann brachten die jüngsten Landtagswahlen derartige Verwerfungen, dass man ein Land mit einem „neuen Parteiensystem“ konstatieren könne. In Thüringen sei, so Andreas Hallermann, die kurzfristige CDU-Dominanz beendet; die Partei hätte ihren Landesbonus verloren, wovon bislang aber nur die Linke profitierte. Der Band wird beschlossen durch einen sehr nützlichen statistischen Anhang, ein Abkürzungsverzeichnis und ein Personenregister.

Das Buch sei allen empfohlen, die sich mit Parteien und politischer Partizipation in Deutschland befassen. Die Parteien auf Landesebene waren ja seit jeher ein Stiefkind der politikwissenschaftlichen und zuweilen auch der historischen Forschung in Deutschland; vergleichende Studien von Landesparteien sind noch seltener. Daher schließt der Band eine erhebliche Lücke und ist eine wichtige Informationsquelle für Wissenschaftler und die politische Bildung insgesamt. Er verdient es definitiv, regelmäßig in aktualisierter Form herausgebracht zu werden.

GERHARD HIRSCHER

Koch, Christoph: Ich bin dann mal offline. Ein Selbstversuch. Leben ohne Internet und Handy. München: Blanvalet Verlag, 2010, 272 Seiten, € 12,95.



Rühle, Alex: Ohne Netz. Mein halbes Jahr offline. Stuttgart: Klett-Cotta Verlag, 2010, 224 Seiten, € 17,95.



Das Internet wird „sozial“. Seit dem Aufkommen des Mitmach-Netzes „Web 2.0“ und spätestens seit der Etablierung der Begrifflichkeit „Social Media“ in den Sprachgebrauch der Nutzer hat sich ein Paradigmenwechsel in der Kommunikation vollzogen, der von manchem in die Größenordnung von Telegraf und Telefon gerückt wird. War es bis vor wenigen Jahren noch akzeptabel, ja ausreichend, handschriftlich Adressbücher zu führen und dienten gedruckte Visitenkarten noch hinreichend als Mittel, sich beruflich zu legitimieren, so ist solch altertümliches Gebaren heute längst viel zu „1.0“. Ohne einen Xing- oder LinkedIn-Account ist man beruflich quasi nicht mehr existent. Besitzt man keine Facebook-Seite zur Selbstinszenierung oder lässt die Welt nicht im Minutentakt via Twitter an seinen Befindlichkeiten teilhaben, partizipiert man nur noch eingeschränkt am sozialen Leben. Gewiss: Beruflich erleichtert das Social Web die Kontaktaufnahme- und Pflege vielfach. Und gewissen unumgänglichen Standards muss man sich eben beugen, will man im Busi-

ness mitspielen. Selbst deutsche Firmen erkennen zunehmend die Notwendigkeit, ihren Kunden in diesem Umfeld zu begegnen.

Doch auf der anderen Seite nimmt das vermeintlich „soziale“ an Social Media mitunter absurde Züge an. Auf Facebook oder persönlichen Websites gerieren sich vom Alltag gelangweilte Selbstdarsteller als fachliche Koryphäe, unentbehrliche Spitzenkraft, Mittelpunkt des Universums oder alles zusammen. Nichts ist zu banal, nichts zu peinlich, als dass man die Welt darüber im Unklaren lassen dürfte. Und im fortwährenden Dialog, dem kontinuierlichen Austausch von Belanglosem, der das Grundprinzip von Social Media bildet, wird sich gegenseitig der Aufmerksamkeit versichert. Jener neuen Gemeinschaftswährung des „sozialen“ Webs.

Doch was, wenn man sich dieser Kommunikationsform verweigert? Und das nicht nur privat, sondern auch beruflich, allumfassend? Zwei deutsche Autoren haben in ihren fast zeitgleich erschienenen Büchern den Selbstversuch gewagt, und konsequent den Stecker gezogen. Alex Rühle und Christoph Koch verzichteten in digitaler Askese auf das Internet. Während Koch sich einen Zeitraum von acht Wochen zum Ziel nahm, begab sich Rühle gleich in sechs Monate kalten Entzug.

Beiden gemein ist, dass sie in ihrem beruflichen Alltag als Journalisten auf das Internet angewiesen sind. Recherche und Informations-Austausch, geschäftliche E-Mails, Online-Termin-Abgesprachen, alles anscheinend unabdingbar. Doch auch privat wird das Netz genutzt. Weniger zwar zu Informationsdenn zu Unterhaltungszwecken, doch genutzt wird es intensiv. Beide Autoren lassen gewisse Sucht-Symptome erken-

nen und thematisieren, was sie (anfangs noch scherzhaft) „Abhängigkeit“ nennen, auch wenn das bei Koch dann doch ein wenig kokettierend wirkt. Er zumindest scheint sich in seiner „Sucht“ recht gemütlich eingerichtet zu haben und nimmt das Ganze nicht annähernd so ernst wie Rühle. Wirkliche Distanz zum Internet erreicht Koch bei allem vordergründigen Verzicht nicht.

Insgesamt wirkt Kochs Text auch etwas unstrukturiert und teilweise zusammengestückelt aus verschiedensten, oft zusammenhanglosen Erlebnissen und Erzählpassagen. Die beigefügten Listen unsinniger Betreffzeilen zum Beispiel können kaum noch ein Schmunzeln bei jenen hervorrufen, die tagtäglich mit dem Internet zu tun haben, der Zielgruppe des Textes also. Von diesen verschmerzbaeren Unzulänglichkeiten abgesehen gelingt es Koch jedoch, in ausgesprochen kurzweiliger Art mit leichter und flotter Schreibweise zu unterhalten. Hierin liegt auch eher der Schwerpunkt des Buches. Es ist weniger nachdenklich machend oder anprangernd als vielmehr augenzwinkerndes Entertainment, bei dem der hohe Wiedererkennungswert geschilderter Situationen und Verhaltensmuster als Insider-Gags besonders gut wirkt.

Rühle geht in seinem Buch tiefer. Nicht nur, dass er die Internet-Abstinenz konsequent sechs Monate lang praktizierte, sondern auch in der nahezu missionarischen Ernsthaftigkeit, mit der er das Thema behandelt. Was Kochs Werk fehlt – nämlich lehrreich zu sein – leistet Rühle ohne erhobenen Zeigefinger oder moralinsaure Predigten. In einer eleganten und humorvollen Sprache schildert Rühle seinen Entzug und dessen Folgen höchst unterhaltsam. Und er versäumt es auch nicht, konkrete Hilfestellungen für

Nachahmer zu bieten. Er gibt Tipps zu guter Literatur oder Musik und weiß mit Anekdoten und kleinen Weisheiten zu beraten, ohne oberlehrerhaft zu wirken. So wirkt Rühle insgesamt authentischer und persönlicher im Erzählstil als Koch, ist sein Buch lesbarer und bietet letztlich auch echte Anregungen und Impulse zum Umgang mit unserem Medienalltag.

Im direkten Vergleich lässt sich zusammenfassen, dass beide Bücher durchaus angenehm zu unterhalten wissen. Koch etwas leichter, oberflächlicher, Rühle dichter und tiefgründiger. Beide Autoren führen eine leichte und elegante Feder, wobei Rühle durch mehr sprachliche Finesse begeistert. Lesenswert sind beide Werke, aber die uneingeschränkte Empfehlung gilt Alex Rühles „Ohne Netz.“

SEBASTIAN BÜHLER



**Meier, Uto / Sill, Bernhard (Hrsg.):
Führung, Macht, Sinn. Ethos und
Ethik für Entscheider in Wirtschaft,
Gesellschaft und Kirche. Regens-
burg: Verlag Friedrich Pustet,
2010, 856 Seiten, € 34,90.**

2010 ist im Verlag Friedrich Pustet ein Buch erschienen, das die Konsequenzen, die auf der Managementebene vor dem Hintergrund der Wirtschafts- und Finanzkrise gezogen werden müssen, in den verschiedensten Facetten beleuchtet. Darin stellen berühmte Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und Kirche sowie Künstler ihre Vorstellungen über ethische Maßstäbe im Management dar. Dabei ist hervorzuheben, dass es den dargestellten Lösungsansätzen für die gegenwärtigen gesellschaftli-

chen Probleme in keiner Weise an Alltagstauglichkeit fehlt. Dies ist der Tatsache geschuldet, dass die Autoren sich nicht auf die abstrakte Ebene begeben, sondern vielmehr Instrumente und Handlungsmaxime für den Managementalltag aufzeigen, die ihnen selbst auf Grund ihres jeweiligen Tätigkeitsfeldes bzw. ihres Menschenbildes in besonderer Weise ins Auge gestochen sind.

Das Buch ist in fünf Kapitel gegliedert. Kapitel I hat die Überschrift „Die Macht der Führung – die Führung der Macht im demokratischen Rechtsstaat“. Namhafte Politikerinnen und Politiker erörtern hier das Verhalten von Menschen, die Machtpositionen innehaben und legen dar, welche Handlungsmaximen Menschen in Führungsfunktionen erfüllen sollten. Bundespräsident a. D. Horst Köhler beschreibt in seinem Beitrag die Bedeutung von Vertrauen als „soziales Kapital“ der Gesellschaft, wobei er einen Vertrauensverlust der Gesellschaft, zum Beispiel in Bezug auf die Soziale Marktwirtschaft, konstatiert (S. 25). Dass christliche Freiheit und politische Verantwortung untrennbar zusammengehören, macht die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Annette Schavan, deutlich (S. 31 ff.). „Warum wir ohne Werte nicht leben können“ ist ein Plädoyer des früheren SPD-Vorsitzenden Hans-Jochen Vogel für eine klare Orientierung an Werten wie Freiheit, Solidarität und der Menschenwürde. Die bayerische Sozialministerin Christine Haderthauer stellt in ihrem Beitrag „Erfolg hat kein Geschlecht! Frauen und Führung“ dar, dass immer noch zu wenig Frauen in Führungspositionen sind und regelmäßig schlechtere Gehälter bekommen als Männer. Sie bringt zum Ausdruck, dass Frauen ihre Stärken in der Kommunikation und der Teamfä-

higkeit haben, was sie als Argument für gemischte Teams aus Frauen und Männer anführt. Außerdem stellt sie die These auf, dass die Wirtschafts- und Finanzkrise anders verlaufen wäre, wenn mehr Frauen in Führungspositionen gewesen wären.

„Die Macht der Wirtschaft – eine Wirtschaft der Macht?“ lautet der Titel von Kapitel II. Manager bedeutender Konzerne sowie bekannte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler legen in diesem Kapitel das diffizile Spannungsfeld von Gewissen einerseits und Gewinn andererseits dar. Der ehemalige Vorstandssprecher und Aufsichtsratsvorsitzende der Deutschen Bank, Rolf E. Breuer, untersucht in seinem Beitrag, ob die Finanzkrise einen Wertewandel ausgelöst hat (S. 109 ff.). Dass gerade Breuer als ehemaliger Bankmanager für ein Umdenken in Richtung einer Abkehr vom ausschließlichen Denken an den jeweiligen Börsenwert eines Unternehmens plädiert, ist beachtlich. Er kommt zu dem Fazit, dass das bisherige System versagt hat und dass die handelnden Personen die gesellschaftliche und politische Reichweite ihres Handelns berücksichtigen müssen.

„Macht Sinn Führung – Letzte und vorletzte Verantwortung“ heißt Kapitel III. Experten aus Theorie und Praxis versuchen hier den umfangreichen Fundus an verschiedenen Denkrichtungen und aus der Erfahrungsgeschichte für die Begründung eines an Verantwortung orientierten Handelns von Führungskräften anzuwenden. „Gott dienen und nicht dem Mammon“ ist die Quintessenz des Beitrags von Notker Wolf OSB, Abtprimas der Benediktiner, mit dem Titel „Alter Wein in neue Schläuche“ (S. 379 ff.). Hierin legt er die Lebensregeln des heiligen Benedikt von Nursia dar und erläu-

tert, wie sich Führungskräfte diese zu-
nutze machen können.

Kapitel IV – „Philosophische und
humanwissenschaftliche Leitideen für
menschengerechte Führung“ – behan-
delt die Voraussetzung für die erfolgrei-
che Implementierung von Führung.
Dargestellt werden hier sowohl die As-
pekte, die auf den Erkenntnissen der
Humanwissenschaften über gutes Füh-
rungshandeln beruhen, als auch die Kri-
terien, die im Hinblick auf Haltungsethik
und die Strukturethik relevant sind.

Kapitel V, mit dem Titel „Kunst.
Macht. Könner – Könner machen Kunst.
'ARTiges' Management“, umfasst Bei-
träge von Künstlern der heutigen Zeit,
die erörtern, was gekonnte Führung ist.
Querdenker stellen hier ihre Leitideen
für gute Führung vor.

Der Titel des Buches „Führung.
Macht. Sinn. Ethos und Ethik für Ent-
scheider in Wirtschaft, Gesellschaft
und Kirche“ lässt schon erahnen, dass
es sich um ein breites Spektrum in Sa-
chen wertorientierter und nachhaltiger
Unternehmensführung handelt. Doch
nicht nur deswegen ist dieses Buch sehr
lesenswert. Hervorzuheben ist auch,
dass es hier nicht um graue Theorie
geht, sondern um einen Handlungsleit-
faden für die Praxis, der, wenn er nur
beherzigt würde, in vielen Unterneh-
men, Institutionen und Organisationen
mit Sicherheit ein sehr viel besseres Ar-
beitsklima nach sich ziehen könnte. Das
Buch ist auch eine sehr wichtige Orien-
tierungshilfe für Nachwuchsführungs-
kräfte, die häufig feststellen müssen,
dass ihr allzu oft theorielastiges Studi-
um in der Praxis an seine Grenzen stößt.
Daher sollte dieses Werk unbedingt
auch Pflichtlektüre in sämtlichen Wirt-
schaftsstudiengängen werden.

CHRISTIAN DICK



**Roos, Ulrich: Deutsche Außen-
politik. Eine Rekonstruktion der
grundlegenden Handlungsregeln.**
Wiesbaden: VS Verlag für Sozial-
wissenschaft, 2010. 370 Seiten,
€ 49,90.

Deutsche Außenpolitik unterliegt auf-
grund historischer Erfahrungen strenger
Beobachtung. Doch laut Ulrich
Roos, Politikwissenschaftler an der Uni-
versität Augsburg, löst sie sich seit der
Wiedervereinigung aus dieser normati-
ven Selbstfesselung immer weiter her-
aus. Roos gelingt es, die Entwicklung
der deutschen Außenpolitik weg von ei-
nem prinzipienbasierten hin zu einem
„effektiven Multilateralismus“ zu (re-)
konstruieren. Mit seinem Ansatz dis-
tanziert sich der Wissenschaftler von
konventionellen Außenpolitikanalysen,
die mehrheitlich auf den klassischen
Schemata von Hypothesenbildung und
Hypothesenüberprüfung beruhen. Drei
Faktoren determinieren seinen Erkennt-
nisprozess: Erstens stellt die deutsche
Außenpolitik einen Testfall für die The-
oriekontroversen innerhalb der Diszi-
plin dar; zweitens spielt die Entwick-
lung der deutschen Außenpolitik eine
zentrale Rolle auch beim Europäischen
Integrationsprozess und drittens soll die
Identifikation der Handlungsregeln der
Außenpolitik dazu beitragen, deren
Handlungs- und Steuerungsfähigkeit zu
optimieren. Roos bedient sich dabei ei-
nes dem pragmatistischen Denken An-
selm Strauss' verpflichteten reflexiven
Ansatzes (grounded theory).

Zunächst rekapituliert der Verfasser
den Wissensstand der deutschen Au-

ßenpolitikforschung. Deutschlands Rolle als Handelsstaat werde im Mainstream der Wissenschaft betont, vor allem von liberalen Institutionalisten. Jede Form machtzentrierten Handelns würde den deutschen Interessen schaden, so dass eine Kontinuität des Handelns in diesem Kontext wahrscheinlich sei, so fasst Roos die Debatten seit der Wiedervereinigung bis zum Jahr 2002 zusammen.

Interessant ist folgender Gedanke des Autors: Während realistische Interpretationen entgegen ihrem den Status quo präjudizierenden Paradigma einen Wandel der deutschen Außenpolitik hin zu einer machtzentrierten Politik erwarteten, sagten Sozialkonstruktivisten die Kontinuität der deutschen Außenpolitik entlang einer entwickelten politischen Kultur des Multilateralismus und normativen Integrationismus voraus – entgegen der theorieimmanenten Vorstellung stetigen gesellschaftlichen Wandels. Als Referenzobjekt der breiten Forschung hat sich, so Roos, Hanns Maulls Paradigma der Zivilmacht Deutschland durchgesetzt, an welchem divergierende Forschungsansätze kontrastiert würden. Mit der Abkehr von der Theoriestatik hin zur gegenstandsbezogenen Forschung wird die identifizierte strikte Dichotomie von Statik und Wandel in der Wissenschaftsperspektive von Roos überwunden.

Die empirischen Ergebnisse der Studie sind erhellend. Nach der Wiedervereinigung verfolgt die Bundesregierung eine stetig zunehmende machtzentrierte, potenzialorientierte Außenpolitik, die sich an der gewachsenen Größe des Landes orientiert. Zwar bleibt, so Roos, das Prinzip des Multilateralismus eine Schlüsselstrategie; dieser nehme aber

zunehmend instrumentellen Charakter an. „Die Analyse ergab ..., dass auch die internationale Regelbildung und Regeldurchsetzung letztlich als abhängig von der Verteilung und Relation staatlicher Machtpotenziale angesehen wurde“ – ein Gedanke des auf Hans Morgenthau zurückgehenden Klassischen Realismus. Im Gegensatz zum Strukturellen Realismus betont dieser Ansatz die Gestaltungsmöglichkeiten und Wahlfreiheiten einer staatlichen Außenpolitik jenseits systemischer Beschränkungen.

Seit der Wiedervereinigung haben sich, so stellt der Verfasser fest, die die deutsche Außenpolitik prägenden Grundüberzeugungen wie folgt gewandelt: Der wieder erstarkte Nationalstaat verfügt über eine breitere Problemlösungskompetenz, die eine erweiterte Vision von der Gestaltbarkeit der Welt bewirkt. Der europäische Einigungsprozess wird so nicht mehr als Ziel sui generis, sondern als Strategie zur Verwirklichung deutscher Interessen betrachtet – ein europäisches Deutschland in einem deutschen Europa sozusagen. Und Europa und Deutschland bedienen sich (wie die USA) der NATO eher als „Werkzeugkasten“ zur Herstellung von Sicherheit denn als Fabrik zur Schaffung gemeinsamer transatlantischer Werte. Insgesamt stellt Roos' Untersuchung einen anspruchsvollen, fast provokanten Beitrag zur außenpolitischen Rolle Deutschlands dar.

CHRISTOPH ROHDE

Ash, Timothy Garton: Jahrhundertwende. Weltpolitische Betrachtungen 2000-2010. München: Carl Hanser Verlag, 2010, 496 Seiten, € 25,90.



Bereits zum dritten Mal veröffentlicht der britische Historiker Timothy Garton Ash einen Sammelband, der den Anspruch hat, Bilanz einer Dekade zu ziehen. Ash lehrt in Oxford und an der amerikanischen Stanford University. Bekannt wurde er vor allem mit seinen 1990 erschienenen Beobachtungen „Ein Jahrhundert wird abgewählt“ über die Wende in Osteuropa und den Band „Zeit der Freiheit“, in dem er die europäische Entwicklung nach 1989 bewertet. Die vorliegende Essaysammlung über eine noch namenlose Dekade wurde übermütig mit dem Titel „Jahrhundertwende. Weltpolitische Betrachtungen 2000-2010“ versehen und als die erste Bilanz des 21. Jahrhunderts angepriesen. Die Tatsache, dass aufgrund des deutschen Titels Anspruch und Wirklichkeit des Buches weit auseinanderklaffen, verzeiht man Ash jedoch nach wenigen Seiten. Der engagierte Europäer, dem George F. Kennan den Titel „Historiker der Gegenwart“ verlieh, versteht es hervorragend, unterhaltsam und dennoch präzise zu schreiben und zu argumentieren.

Ash befasst sich traditionell mit Zeitgeschichte im Stadium ihrer Verfestigung. Nicht nur aus dem zeitlichen Abstand zu den Ereignissen, sondern auch aus der persönlichen Nähe zu den Ereignissen und durch den Kontakt zu

den beteiligten Personen heraus bildet er sich seine Erkenntnisse, die er mit detaillierter Recherche verfeinert. Ash offeriert eine Tour d'Horizon durch Themen, die das letzte Jahrzehnt zwischen 9/11 und der Wahl Barack Obamas geprägt haben. Das Vorwort spielt auf den englischen Originaltitel „Facts are subversive: political writing from a decade without a name“ an, eine Bedeutungsdimension, die durch den unpassenden deutschen Titel leider verlorengelht. Fakten sind für Ash subversiv, diese Tatsachen zu suchen und zu prüfen nennt er die erste Aufgabe eines Journalisten und Historikers, um aus diesen Erkenntnissen die Straße zur Analyse zu konstruieren. Seine Methode der Informationsbeschaffung ist die eines Journalisten oder Reporters, wie Ash gerne romantisierend seine Arbeit bezeichnet und an verschiedenen politischen Hotspots vor Ort zu sein, wenn Geschichte geschrieben wird. Seine Betrachtungen, die zum ersten Mal über den „Westen“ hinausreichen, sind solide Analysen, lassen aber seine Autorität vermissen, die ihn bei europäischen Themen auszeichnet.

Highlights sind, neben seiner Hommage an Isaiah Berlin und George Orwell, seine Betrachtungen zur Perspektive des Revolutionsmodells der samtenen Revolution. Besonderen Unterhaltungswert hat der Insiderbericht über seine Begegnung mit George W. Bush im Weißen Haus. Süffisant diagnostiziert er Analogien zwischen dem US-Präsidenten und der ebenso beratungsresistenten Margaret Thatcher, die er bei dem als „Chequers Seminar“ bekannten Treffen anlässlich der Wiedervereinigung beriet.

Im Abschnitt über Europa stellt er die Forderung, dass Europa in Anleh-

nung an Walter Bagehot etwas moderne Magie benötige, um weiterhin erfolgreich zu sein. Künstlich erdachte politische Strukturen seien ohne die Bindung durch emotionale Identifikation, ohne ein normatives Fundament nicht zukunftsfähig. Dieser Einblick in den politischen Ideenhaushalt und die konkurrierenden Ideen zur Legitimationsfrage der europäischen Ordnung stellen Europa noch vor große Aufgaben, die in der letzten Dekade nicht gelöst wurden. So wie das westdeutsche „Provisorium“ als ein „Staat ohne geistigen Schatten“ galt, so brauche Europa jetzt eine normative Staatsidee. Europa könne sich nicht mehr nur als Gegensatz zu den USA definieren. Ash fordert, eine zeitgerechte liberale Lösung für die Auseinandersetzung mit dem Islam in Europa zu erarbeiten und nicht zu erwarten, dass Millionen von Muslimen in Europa ihren Glauben aufgeben.

Als langjähriger Beobachter Deutschlands begrüßt er die Vergangenheitsbewältigung als erfolgreiches Modell für die ganze Welt. Mit Blick auf das deutsche Drama „Das Leben der Anderen“, in dem das Leben unter Observation der Staatssicherheit thematisiert wird, konstatiert Ash, dass keine Nation so ausdauernd und erfindungsreich die eigene Vergangenheit erforscht und den nachfolgenden Generationen vermittelt habe, wie die deutsche. Mit dieser Essaysammlung stilisiert sich Ash zu einem idealen Intellektuellen, Ratgeber und Beobachter europäischer Politik, auch wenn man sich in den Betrachtungen der nächsten Dekade mehr Texte mit der Substanz seiner Analysen Deutschlands oder der europäischen Geschichte erhofft. Für die Zeitgeschichte sind Ashs Berichte von großem Wert, da er ein Erzählverfahren

gefunden hat, das persönliche Erfahrungen und Zusammenhänge kombiniert und so Politik und Zeitgeschichte verständlich macht.

Der Sammelband ist sicherlich keine erste Bilanz des 21. Jahrhunderts, dafür ist er viel zu subjektiv angelegt und, hat man Ash richtig verstanden, soll er es auch nicht sein. Der Eindruck ist eher der unglücklichen Wahl des deutschen Titels geschuldet als der inhaltlichen Ausgestaltung des Essaybandes, in welchem Ash die subversive Kraft der Fakten facettenreich veranschaulicht. ///

ANDREAS HELLSTAB

Folgende Neuerscheinungen aus unseren Publikationsreihen können bei der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Lazarettstraße 33, 80636 München (Telefon: 089/1258-263) oder im Internet www.hss.de/publikationen.html bestellt werden:

AKTUELLE ANALYSEN

Nr. 56: Die politische Kultur Südafrikas – 16 Jahre nach Ende der Apartheid

ARGUMENTE UND MATERIALIEN ZUM ZEITGESCHEHEN

Nr. 72: Zukunftsfähig bleiben! Welche Werte sind hierfür unverzichtbar?

BERICHTE UND STUDIEN

Nr. 92: Eine Welt ohne Atomwaffen? „Global Zero“ – Realisierungschancen einer Vision

STUDIES AND COMMENTS

Nr. 12: Religious Pluralism – Modern Concepts for Interfaith Dialogue

WEITERE PUBLIKATION

Siegfried Schneider / Hans Zehetmair (Hrsg.): Perspektiven einer wertorientierten Medienpolitik



Mit dieser Ausgabe halten Sie ein völlig neu gestaltetes Heft der Politischen Studien in Händen. Wir hoffen, dass Ihnen die Inhalte und das Design gefallen. Im Editorial bittet Sie der Chefredakteur um Ihre Einschätzung. Schreiben Sie uns doch, wie Ihnen das neue Heft gefällt. Sie erreichen uns

auf dem Postweg:

Hanns-Seidel-Stiftung, Redaktion Politische Studien,
Lazarettstraße 33, 80636 München

per E-Mail:

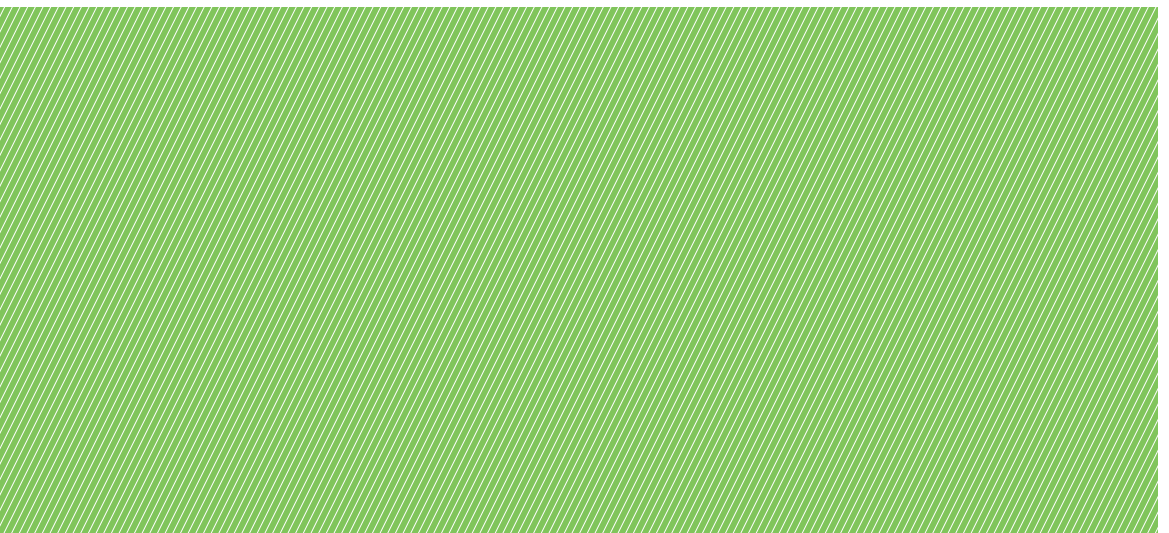
polstud@hss.de

per Blog:

<http://blog.hss.de> – darin können Sie uns Ihre Meinung mitteilen
bzw. mit anderen Lesern diskutieren.

Wir freuen uns auf Sie!

Die Redaktion der Politischen Studien



Herausgeber:

© 2011, Hanns-Seidel-Stiftung e. V., München
Lazarettstraße 33, 80636 München,
Tel. +49 (0)89 1258-0, E-Mail: polstud@hss.de,
Online: www.hss.de

Vorsitzender: Dr. h. c. mult. Hans Zehetmair,
Staatsminister a. D., Senator E. h.
Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf
Leiter der Akademie für Politik und Zeit-
geschehen: Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser
Leiter PRÖ/Publikationen: Hubertus Klingsbögl

Redaktion:

Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser
(Chefredakteur, V. i. S. d. P.)
Barbara Fürbeth M. A. (Redaktionsleiterin)
Verena Hausner (Stv. Redaktionsleiterin)
Susanne Berke, Dipl. Bibl. (Redakteurin)
Claudia Magg-Frank, Dipl. sc. pol. (Redakteurin)
Marion Steib (Redaktionsassistentin)

Grafik: Publishers Factory, München

Druck: Negele Druck, Augsburg

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e. V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer

Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e. V.

Die Beiträge in diesem Heft geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder; die Autoren tragen für ihre Texte die volle Verantwortung. Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn ihnen ein Rückporto beiliegt.

Bezugspreis:

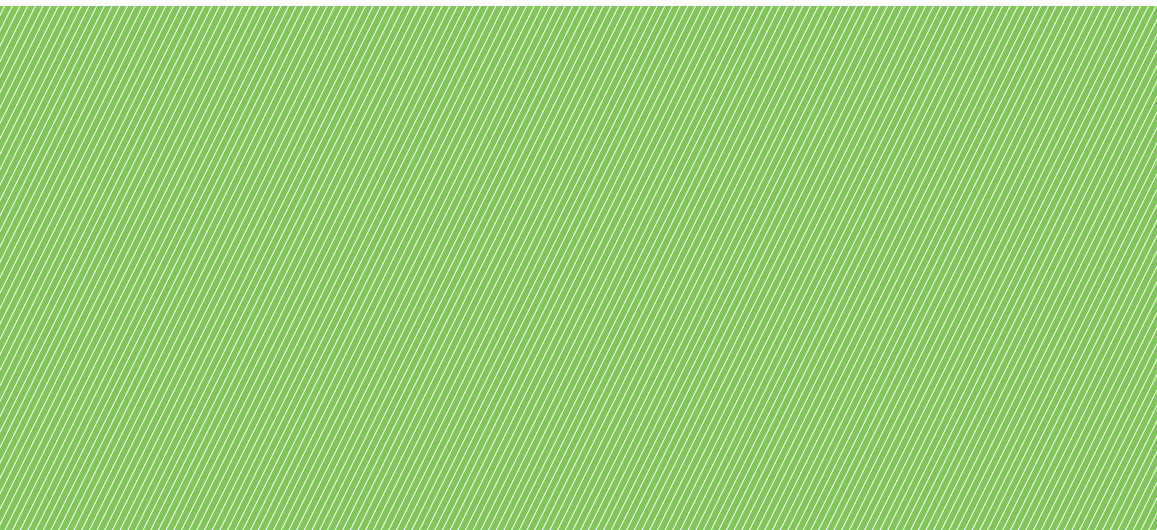
Einzelhefte € 4,50.

Jahresabonnement € 27,00

Schüler/Studenten-Jahresabonnement bei Vorlage einer gültigen Bescheinigung kostenlos. Die Zeitschrift Politische Studien erscheint als Periodikum und Themenheft. Darüber hinaus erscheinende Sonderausgaben sind im Abonnement nicht enthalten. Abbestellungen und Einzelheftbestellungen über die Redaktion und den Buchhandel.

Kündigungen müssen der Redaktion schriftlich mindestens 8 Wochen vor Ablauf des Abonnements vorliegen, ansonsten verlängert sich der Bezug um weitere 12 Monate.

Auf dem Cover: Natogipfel 2010 in Lissabon
Bildnachweis: NIDS / NATO Media Library





Hanns
Seidel
Stiftung